



Mit den Riesen auf Augenhöhe

Ein neuer Blick
auf Großstrukturen
der 1960er und 1970er Jahre

Herausgegeben von
Alexandra Apfelbaum
Gudrun Escher
Yasemin Utku



Mit den Riesen auf Augenhöhe

Ein neuer Blick auf
Großstrukturen
der 1960er und 1970er Jahre

Herausgegeben von
Alexandra Apfelbaum
Gudrun Escher
Yasemin Utku

Inhaltsverzeichnis



9 Einführung

21 Leben in der Raumstation. Großstrukturen der sechziger und siebziger Jahre

Sonja Hnilica

28 Bushof Aachen GE

42 Ruhr-Universität Bochum YU

56 Stadthaus Bonn YU

70 Commerzbank und DoC Medical Center Dortmund AA

84 „Hannibal“-Wohnkomplexe Dortmund YU

102 Großwohnsiedlung „Weiße Riesen“ Duisburg GE

116 Karstadt Hauptverwaltung Essen GE

130 Rathaus Gronau AA

144 Ingenieurwissenschaftliches Zentrum der TH Köln YU

158 Königsplätze Paderborn AA

173 „Sophiechen und der Riese“ – oder wie aus schlechten Riesen gute Riesen werden

Tim Rieniets

181 Anhang

184 Impressum

Übersicht der Objektstudien

28

Bushof
Aachen



42

Ruhr-Universität
Bochum



84

„Hannibal“-
Wohnkomplexe
Dortmund



102

Großwohnsiedlung
„Weiße Riesen“
Duisburg



130

Rathaus
Gronau



144

Ingenieurwissen
Zentrum der T



56

Stadthaus
Bonn



70

Commerzbank und
DoC Medical Center
Dortmund



116

Karstadt
Hauptverwaltung
Essen



158

Königsplätze
Paderborn



Mit den Riesen auf Augenhöhe — Ein neuer Blick auf Großstrukturen der 1960er- und 1970er Jahre



Wissenschaftliches
Zentrum Köln

8



Einführung

Gebaute Großstrukturen der 1960er und 1970er Jahre haben ein Versprechen an die Gesellschaft gegeben, es aber nicht immer in der erwarteten Weise eingelöst. Viele dieser Bauten stehen in der Kritik oder sind sogar vom Abriss bedroht. Wie sie sich heute, etwa vierzig Jahre nach ihrer Entstehung präsentieren, wird durch ihre Typologie, ihre Nutzbarkeit, ihr Verhältnis zum Stadtraum und davon, wie sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, bestimmt. All' dies bedingt letztendlich ihre Chancen für Erhalt, Veränderung oder Weiterentwicklung. Großbauten gehören zweifellos zu unserem gebauten Erbe und stehen für eine entscheidende Etappe in der fortschreitenden Urbanisierung unserer Lebenswelt. Um sie als wertvolles Erbe anzuerkennen, muss über die wissenschaftliche Perspektive hinaus der Aspekt der Aneignung stärker einbezogen werden als bisher. Kann die oft ungeliebte Architektur positiv umgedeutet werden? Ist es der Mühe wert, sich mit den Riesen zu versöhnen?

Kann die oft ungeliebte Architektur positiv umgedeutet werden? Ist es der Mühe wert, sich mit den Riesen zu versöhnen?

Die vorliegende Studie nähert sich an Hand von zehn Beispielen aus NRW großen, unterschiedlich genutzten Gebäudestrukturen, die aktuell in der Diskussion stehen oder standen. Untersucht wurden zehn Objekte in Aachen, Bochum, Bonn, Dortmund, Duisburg, Essen, Gronau, Köln und Paderborn. Die Studie fragt nach ihrer ursprünglichen Konzeption, bewertet die Aspekte des kritischen Diskurses und versucht in einem Fazit Qualitäten und Chancen zu benennen. Der Ansatz, sich den sprichwörtlichen „Riesen auf Augenhöhe“, d.h. aus dem Blick der Stadtbewohner zu nähern, manifestiert sich neben der textlichen Analyse von aktueller Debatte und historischen bzw. entstehungszeitlichen Planungskonzepten auf einer dritten, bildliche Ebene. Der Fotograf Ben Kuhlmann hat sich den zehn Riesen aus der Perspektive des Fußgängers in der Fern- wie in der Nahsicht genähert und

9



damit ihre heutige Situation dokumentiert. Letztendlich will die vorliegende Studie jedoch nicht Endergebnisse präsentieren, sondern Basismaterial für eine breitere Auseinandersetzung in unterschiedlichen Formaten und auf unterschiedlichen Ebenen liefern.

Architektur ist zur Zeit ihrer Entstehung selten einhellig begeistert aufgenommen worden. Auch über Schlösser und Kathedralen wurde in früheren Jahrhunderten zum Teil heftig gestritten, aber sie wurden durch die Autorität ihrer Auftraggeber gedeckt. Die Auftraggeber der Großbauten der

**„Seit Freitag dem 17. Oktober ist Leverkusen keine ‚Un-Stadt‘ mehr, sondern eine Stadt mit einem frisch eingepflanzten Herzen.“
(Die Zeit 17. 10. 1969)**

Nachkriegszeit handelten jedoch im Auftrag der Gesamtgesellschaft mit dem Versprechen, bedrückenden Missständen abzuhelpfen und den Boden für eine gedeihliche Zukunft zu bereiten. Darüber, wie die Zukunft aussehen sollte, gingen die Meinungen von Anfang an oft genug auseinander und so auch über die gebauten Repräsentanten der neuen Zeit.

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ feierte 1969 die Eröffnung des neuen City-Centers in Leverkusen, ein Großbaukomplex auf 70.000 qm Baufläche, der über eine Schnellstraße hinweg eine Brücke zwischen bisher unverbundenen Stadtteilen schlagen und zugleich wesentliche Zentrenfunktionen aufnehmen sollte: Öffentliche Verwaltung, Einkaufszentrum, Bowlingbahn, Gastronomie, Büros, Wohnungen, Volkshochschule und Bushaltestellen. Der emphatische Tenor des Zeitungsberichts erscheint aus heutiger Sicht und im Wissen um die massiven städtebaulichen und funktionalen Probleme vor Ort unverständlich, entsprach jedoch damals der vorherrschenden Auffassung davon, wie Stadtentwicklung zukunftsfähig gestaltet werden sollte. Eine Triebfeder des Baudenkens war das Bestreben, dass die Einwohner, die im Chemiewerk Bayer ihr Geld verdienen,

es nicht länger in den Nachbarstädten ausgeben sollten. Als Stadtplaner wirkten Max Guthier, der noch bis 1991 den Lehrstuhl für Städtebau und Siedlungswesen an der TU Darmstadt inne hatte, und Rudolf Hillebrecht, Stadtbaurat aus Hannover. Ob er den Investor Carl Schaetzle mitbrachte, dem auch das Ihme-Zentrum in Hannover zu verdanken ist, oder umgekehrt spielt hier keine Rolle. Fakt ist, dass die eigenwillige Finanzierungsvariante mit letztlich über 100 Einzeleigentümern eine der Ursachen für die späteren Probleme in Leverkusen wie auch in Hannover darstellte. In den Investitionsplänen dieser und anderer gebauter „Riesen“ waren jedenfalls in der Regel Aufwendungen für Instandhaltung der Anlagen und Pflege des Umfelds nicht vorgesehen. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung in Leverkusen kam die Zeit der Flächensanierungen in alten Stadtbezirken erst richtig in Schwung, gleichzeitig formierte sich wachsender Widerstand gegen Großbauvorhaben. Kritische Stimmen fanden einen argumentativen Rückhalt bereits in den frühen Darmstädter Gesprächen, so 1951 zum Thema „Mensch und Raum“ und ein Jahr später zum Thema „Mensch und Technik“, beide unter Diskussionsleitung von Otto Bartning, damals Vorsitzender des BDA und zweiter Vorsitzender des Deutschen Werkbunds, mit Martin Heidegger und Ortega y Gasset, mit Egon Eiermann, Hans Scharoun und Hugo Kückelhaus, um nur einige wenige zu nennen. Ihr Kredo, den einzelnen Menschen als Maß der Dinge nicht aus dem Auge zu verlieren, bildete in einer Zeit, in der das Schlagwort von der „Vermassung“ die Runde machte, einen cantus firmus der Gegenpositionen, ohne jedoch auf die vorherrschende Ausrichtung von Städtebau und Bauwesen spürbaren Einfluss auszuüben. Dem exorbitanten Wachstum der Bevölkerungszahlen wie der Wirtschaftsleistung, das bereits 1958 zu einem Wohnungsbestand geführt hatte, der dem Vorkriegsbestand entsprach aber bei weitem nicht mehr ausreichte, wurde mit Wachstum durch Konzentration begegnet. Auf der einen Seite wurde Wohnungsbau „im Grünen“ in Großsiedlungen konzentriert, ganz den Direktiven der Charta von Athen und der Trennung der Funktio-

Mit den Riesen auf Augenhöhe – Ein neuer Blick auf Großstrukturen der 1960er und 1970er Jahre



11

nen entsprechend, andererseits erforderten die wachsenden Unternehmen immer größere Verwaltungsbauten und der wachsende Bildungsanspruch immer umfangreichere neue Hochschulen. Noch hatte das ursächlich soziale Projekt der Moderne Gültigkeit, das allen Bürgern gleiche Chancen zum Leben, Arbeiten und für die Freizeit

bieten müsse. Dafür meinte man bei der Avantgarde der 1920er Jahre unmittelbar anknüpfen zu sollen, unter Aussparung der Zeit 1933 bis 1945, bei Walter Gropius etwa und Bruno Taut, die Tatsache inbegriffen, dass deren Konzepte in der Regel kompromisslosen Neubau voraussetzten. Unvermindert galt angesichts des Wirtschafts-

wunders der Glaube an eine lineare Fortdauer des Wachstums. Darauf stellten sich die kommunalen Ver-

Erst die florierende Wirtschaft mit wachsendem Steueraufkommen versetzte Unternehmen und öffentliche Hand in die Lage, entsprechend große Bauvorhaben anzugehen.

12



waltungen mit Stadtentwicklungsplänen für immer mehr Stadtbewohner, immer mehr Büroagglomerationen in den Zentren und immer mehr automobilen Verkehr auf immer breiteren Straßen ein. Auch die Raumanforderungen der öffentlichen Verwaltungen wuchsen überproportional, gepaart mit dem Bedürfnis nach Stadthallen, nach Kultur- und Freizeitstätten sowie Einkaufszentren. Das alles ließ sich planerisch mit Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs kombinieren in vielerorts heranwachsenden „City Centern“ wie dem in Leverkusen. Der Rückgriff auf Ideen wie der „Stadtkrone“ von Bruno Taut, kombiniert

mit amerikanischen Vorbildern, konnte unverdächtige, weil nicht durch Nazi-Gedankengut infizierte Vorbilder abgeben. Erst der Club of Rome und seine Erkenntnisse über die „Grenzen des Wachstums“ 1972 ließen allmählich Zweifel aufkommen. Die absolut höchste Zahl an fertiggestellten Neubauwohnungen wurde 1973 in Gesamtdeutschland (Ost und West) mit über 800.000 Wohnungen erreicht (Quelle: Prestel Institut), davon über zwei Drittel im Geschosswohnungsbau.

Erst die florierende Wirtschaft mit wachsendem Steueraufkommen versetzte Unternehmen und öffentliche Hand in die Lage, entsprechend große Bauvorhaben anzugehen. So lässt sich der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg sehr deutlich in zwei Phasen unterscheiden, die erste unmittelbar ab der Währungsreform 1949, in der tatsächlich „Wiederaufbau“ von zerstörten Gebäuden im Vordergrund stand und eine zweite nach ca. 1960, die letztlich auf eine fundamentale Umgestaltung der Städte abzielte. Dafür standen Altbauten oft im Wege, die sprichwörtlich gewordene „zweite Zerstörung der Städte“ konnte Raum greifen, verstanden und ins Werk gesetzt als segensreiche Gesundung unzureichender, veraltet und zu dicht bebauter Stadtbezirke, kurz als „Stadtsanierung“. Der auf Camillo Sitte zurückgehende Begriff wurde erst in den 1920er Jahren im Planungsalltag gebräuchlich und meinte die Gesundung von Wohnverhältnissen, all' das, was unter dem Motto „Licht, Luft und Sonne“ das Aushängeschild des Neuen Bauens war. Erst 1971 schuf das neue Städtebauförderungsgesetz Klarheit über Bedingungen von Sanierungsvorhaben, d.h. der Beseitigung von städtebaulichen Missständen, und unterschied zwischen Objekt- und Flächensanierung (Krause 2013). Ungeachtet der Tatsache, dass großflächige innerstädtische „Sanierungen“ z.B. in Kassel oder Frankfurt am Main bereits in den 1930er Jahren unter nationalsozialistischen Vorzeichen durchgeführt worden waren, hatten Pläne der Vorkriegs- oder sogar Kriegszeit jetzt im Wiederaufbau vielerorts weiter Bestand wie z.B. in Duisburg, wo dem Durchbruch der Schwanenstraße ein historisches Altstadtquartier zum Opfer fiel. Verantwortlicher Dezernent war ab 1961 Walter Sittel. Er äußerte sich erfreut, dass Duisburg so stark zerstört sei, dass eine Neuordnung nicht auf starke Widerstände stoßen werde. Zum Bundesparteitag



der SPD 1964 war er als Experte für „Grundprobleme der Stadterneuerung“ geladen, gemeinsam mit Klaus Müller-Ibold aus Kiel und Hans H. Linz aus Bochum (Bauwelt 1964 S.648). Allgemein galt es im damaligen Sprachgebrauch als modern und zukunftsweisend, enge Altstadtgassen durch großzügige, geradlinige Straßendurchbrüche zu ersetzen. Solche neuen Magistralen wurden dann flankiert von zeitgemäßen Rasterbauten mit Staffelgeschoss, um die Geschossflächenzahlen auszunutzen, und womöglich in Großtafelbauweise hergestellt, denn auch die wurde mit Fördermitteln unterstützt. 1969 forderte, wenn auch ohne Erfolg, der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes die Abkehr von der einseitigen Förderung, da keine nennenswerten preislichen und qualitativen Vorteile gewonnen würden, dafür eine monotone Erstarrung in Grund- und Aufrissen (db 1969).

Was als sozialer Aufbruch begonnen hatte, drohte in Gleichförmigkeit und Austauschbarkeit zu versanden, in dem was Heinrich Klotz als „Bauwirtschaftsfunktionalismus“ brandmarkte (Pehnt 2006 S. 371). Die

geforderte Massenproduktion von Bauleistungen hatte zu einem Paradigmenwechsel im Bauwesen geführt und angesichts explodierender Preise das elementierte Bauen befördert. Allein zwischen 1955 und 1964 stieg gemäß Zahlen der Deutschen Bundesbank der Preisindex für Bauleistungen an Wohngebäuden um über 50 % (Bauwelt 1964 S. 647). Systemplanung statt einmaliger Grundrisse sollte innere Flexibilität z.B. für Großraumbüros ermöglichen, ohne Veränderungen an den möglichst neutral gehaltenen Fassaden erforderlich zu machen. Das führte im Extremfall zu einer Architektur ohne besondere Signifikanz, ausgedehnt als weitgehend uniforme Masse in den neuen Büroquartieren. Aber auch Geschäftsviertel mit Kaufhäusern folgten dem Diktat der großen Form ebenso wie der Massenwohnungsbau

Das städtebauliche Kredo der Zeit schlechthin, die „Urbanität durch Dichte“ beruhte allerdings auf einem eklatanten Missverständnis.



mit Standardgrundrissen und in möglichst hoher Stückzahl produzierten Fassadenelementen. Für Standardisierungen im Schul- und Hochschulbau gab es eigene Forschungsabteilungen. Das städtebauliche Kredo der Zeit schlechthin, die „Urbanität durch Dichte“ beruhte allerdings auf einem eklatanten Missverständnis. Auslöser war ein Vortrag des Schweizer Soziologen Edgar Salin 1960 beim Deutschen Städtetag in Augsburg, der den Begriff der Urbanität aus dem dichten Geflecht der antiken Stadtbürgerkultur herleitete (Pehnt 2006 S. 333). Die Übertragung seines Begriffes auf die Hochhauscluster in Innen- und Trabantenstädten und deren Baudichte war zwar

sondern die Entmischung der Funktionen, die „zu einer monströsen, inhumanen Konzentration in der City und zu einer ständig zunehmenden, ebenso inhumanen Verödung der übrigen Stadt geführt hat“ (Lehmbrock/Fischer 1971). Dagegen propagieren die Autoren Quartiere von 20.000 bis 30.000 Menschen, die die Bedürfnisse des täglichen Lebens im Nahbereich des Quartiers erfüllen können, finanziert durch die vor Ort vorhandene Kaufkraft und den „ihnen zustehenden Anteil an öffentlichen Mitteln und Einrichtungen.“ Es folgt die Darstellung eines Quartierszentrums als Arrangement von Flachbauten zwischen Turmhäusern – nah verwandt den zeitgleich realisier-

Mit den Riesen auf Augenhöhe – Ein neuer Blick auf Großstrukturen der 1960er und 1970er Jahre



unzutreffend, bewährte sich aber als Alibi bis in Bewertungen unserer Zeit. In abgewandelter Form griff Josef Lehmbrock den Begriff der Urbanität im Katalog zu der 1971 gemeinsam mit Wend Fischer in München organisierten Ausstellung „PROFITOPOLI\$ oder Der Mensch braucht eine andere Stadt“ auf. Der Abschnitt „Urbanität als Quartier“ verdeutlicht, dass hier nicht der verdichtete Hochbau als solcher inkriminiert wird,

ten City-Centern – und die Konzeption einer City als Kommunikationszentrum einer Region aus vielen Quartieren. Neubausiedlungen mit dem Angebot unterschiedlicher Wohnungszuschnitte in abgestufter Bauweise von Punkthochhäusern bis zu Reihenhäusern würden wie von selbst für die Durchmischung der Bevölkerung sorgen, die Urbanität erfordert – Ideen, die sich bei Bruno Taut vorgeprägt finden in seiner Konzeption einer



Gruppierungen, die das Schlagwort der auf Profit aufgebauten

Stadt aufgriffen, meinten jedoch mit den Profiteuren des damaligen Städtebaus auch die Bauweise selbst bis hin zum Beton, der an allem Schuld sei, auch an der Verwahrlosung der Jugend.

1 Groß-Siedlung. „(...) was ist also eine Groß-Siedlung? Eine Siedlung, die nicht nur zufällig, sondern die deshalb groß ist, weil in ihr die gesamten Lebensbedürfnisse der Bewohner organisch gegliedert sind. Die Größe also nicht nur als ein Gebot rationeller Errichtung und Verwaltung, sondern ebenso und mehr noch als eine Notwendigkeit, um die Beziehungen zwischen Gemeinschaft und Individuum zu ordnen (...). Unter Ordnung verstehen wir einen gesellschaftlichen Zustand, in dem die für alle gleichartigen Bedürfnisse gemeinschaftlich, zentral, kollektiv, oder wie man es nennen will, erfüllt werden, so daß das eigentlich individuelle Bedürfnis um so größeren Spielraum erhält“ (Taut 1931). Das Weiterbauen oder Einordnen in überkommene Stadtstrukturen galt für Taut wie für viele Vertreter der Nachkriegsgeneration als unzeitgemäß und rückwärtsgewandt. Wenn „Urbanität durch Dichte“ auf einem Missverständnis beruht, dann ebenso das Schlagwort der „PROFITOPOLI\$“, denn hier wird nicht für das

Bewahren überkommener, kleinteiliger, heimatgebender Stadtstrukturen und ihres Funktions- und Eigentumsgeflechts eingetreten, sondern für ein eher sozialistisches Betreiberkonzept für eine neue Stadt ex ovo basierend auf einer Neuordnung des Bodenrechts. Gruppierungen, die das Schlagwort der auf Profit aufgebauten Stadt auf-

griffen, meinten jedoch mit den Profiteuren des damaligen Städtebaus auch die Bauweise selbst bis hin zum Beton, der an allem Schuld sei, auch an der Verwahrlosung der Jugend. Streitschriften wie die des Psychoanalytikers Alexander Mitscherlich über die „Unwirtlichkeit der Städte: Anstiftung zum Unfrieden“ (Mitscherlich 1965) galten als Rechtfertigung für solche Schlussfolgerungen und wurden als Aufforderung zum Widerstand verstanden, auf den sich spätere Bürgerinitiativen immer wieder beriefen. Mitscherlich beklagt es, dass beim Wiederaufbau in den kriegszerstörten deutschen Städten die Chance vertan wurde, „Bausünden der Vergangenheit“ zu

„Bausünden der Vergangenheit“ zu korrigieren, indem sie ungesunde Wohnverhältnisse beseitigten, um dunkle, verwinkelte und Kriminalität fördernde Stadtbezirke in einer neuen hellen, offenen Ordnung zusammenzuführen. In diesem Sinne nahm Sittel ausführlich Stellung im selben Jahr 1965, in dem Alexander Mitscherlichs Buch erschien, bei einer Tagung des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege (Sittel 1965). Ein Jahr vorher sorgte der stark polemisch gefärbte Rundumschlag des amerikanischen Schriftstellers Norman Mailer gegen die moderne Architektur in USA für Aufregung auch im deutschen Blätterwald, bedingt schon durch den Titel



korrigieren. Stattdessen nehme die Unwirtlichkeit der Städte zu. Statt Heimatgefühl und ein konstruktives Sozialverhalten zu fördern, seien sie heute so gestaltet, dass ein soziales Engagement erst gar nicht aufkomme. Infolgedessen würden sich destruktive Verhaltensweisen verbreiten. Gegen kühnes Bauen in die Höhe hätte er jedoch nichts Prinzipielles einzuwenden. Städtebauer wie Walter Sittel hatten tatsächlich das Ziel, die

„Totalitarismus im 20. Jahrhundert“. Totalitäres Denken habe die Suche moderner Architekten nach Schlichtheit durch Eintönigkeit ersetzt in Gebäuden mit flachen Dächern, riesig großen Glasflächen und ersticke die Bewohner mit übermenschlich großen Heizsystemen. Diese neue Architektur wische die Vergangenheit völlig weg. Die glatten Außenflächen und die öde Ornamentik neuer Schulgebäude sperre die Kinder „in dem

endlosen Korridor der Gegenwart ein“ (Mailer 1964). Alles schien damals – mit bester reformerischer Absicht – berechenbar und wissenschaftlich belegbar, Verkehrsaufkommen oder Wohnbedarfe, die in detaillierten Umfragen erhoben wurden, ebenso wie die Beurteilung von Raumwirkungen und Einzelgebäuden dank der Informationsästhetik von Max Bense, die dem „spekulativen Kunstgeschwätz der Kritik“ und dem „pädagogischen Irrationalismus der Akademien“ ein Ende bereiten sollte (Bense 1959).

Bedarfe galt es zu analysieren und die funktionsgerechte Bedarfsstillung zu organisieren. Den Widerpart zu einem solchen Funktionalismus des Machbaren, der sich nicht zuletzt in Großbauten und großen Bauensembles manifestierte, bildeten zunehmend kleine, selbstorganisierte Gruppierungen, die von Architekten begleitet, bestehende Wohnungen umbauten oder eigene Kolonien errichteten. Dafür lieferte ausgerechnet ein Wirtschaftswissenschaftler den passenden Slogan: „Small is beautiful. A study of economics as if people mattered“ veröffentlichte der Brite E. F. Schumacher 1973.

Als 1975 im Europäischen Jahr des Denkmalschutzes das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz die programmatische Schrift „Unser Lebensraum braucht Schutz. Denkmalschutz“ vorlegte, fielen die enthaltenen Leitsätze und Standpunkte auf gut vorbereiteten Boden (Bode 1975). Der Titel „Haus für Haus stirbt dein Zuhause“ geriet zum Fanal gegen weitere Flächenanierungen, gegen den fortdauernden Abriss ganzer Häuserzeilen und Altquartiere, um für neue Großbauten Platz zu schaffen. Der Text von Peter M. Bode liefert programmatische Überschriften wie „Denkmalschutz als Stadtschutz“, „Zweck contra Schönheit“, „Das geschändete Dorf“ oder „Reißbrettideologie“ und zugleich einprägsame Bilder, die die meist großen Neubauten als „alle Maße sprengende Hochhausriesen“ oder „inhumane Wohnsilos“ abqualifizieren. Der unbestreitbare Verdienst der Broschüre liegt darin, erstmalig an Hand zahlreicher Beispiele breite Aufmerksamkeit nicht nur für den Denkmalschutz

Eine neuerliche Vergewisserung über den eigenen Standpunkt und eine unvoreingenommene Analyse der Baubestände aus jener zweiten Moderne bis etwa 1975 sei das Gebot der Stunde.

generell, sondern gleichzeitig für den städtebaulichen Kontext geweckt zu haben. Neue Architektur zumal im großen Maßstab fiel dabei der polemischen Absicht zu Opfer. Immerhin plädiert der Autor dafür, „Vom Gegeneinander zum Miteinander“ zu gelangen. Als die Denkmalschutzgesetze der Länder in Deutschland Mitte der 1970er Jahre formuliert wurden, geschah dies entsprechend aus Sorge um den älteren Bestand, um zu verhindern, dass „Riesen“ die alte Stadt überwuchern. In diesem Sinne argumentierte auch noch die Charta von Leipzig, wie die Landeskonservatorin Rheinland Andrea Pufke anlässlich der Jahrestagung der Fachgruppe Städtebauliche Denkmalspflege 2015 vermerkte. Wenn jetzt die dominanten Großbauten jener Zeit auf ihren Denkmalwert geprüft würden, habe dann die Denkmalspflege quasi die Seiten gewechselt? Eine neuerliche Vergewisserung über den eigenen Standpunkt und eine unvoreingenommene Analyse der Baubestände aus jener zweiten Moderne bis etwa 1975 sei das Gebot der Stunde. Zu diesem Ergebnis kam auch die Tagung zum 50. Geburtstag des ICOMOS (Pecht 2016). Sie fand programmatisch passend im Mainzer Rathaus statt, einem jener Bauten der 1970er Jahre, die von Beginn an harter Kritik ausgesetzt waren und deren Renovierung gegen den ausdrücklich für Abriss plädierenden Bürgerwillen durchgesetzt wurde. Die Spätmoderne erodiere rascher, als Wertschätzung für sie reift, so wurde das Dilemma beschrieben, verursacht durch technische Mängel, Nutzungsmängel, Mängel der Pflege oder

schlicht die Feststellung: aus der Mode gekommen. Rettung verspreche das Weiterbauen, Verbessern in der Substanz und Umnutzen, was Reiner Nagel von der Bundesstiftung Baukultur in dem Begriff „Verheutigung“ zusammen fasste. Nicht zuletzt gelte es, zumal bei stadtbildprägenden Bauten – und dies sind die alles überragenden „Riesen“ allemal – den öffentlichen Diskurs zu intensivieren und auf eine stärkere Sensibilisierung hinzuarbeiten. Denkmalpfleger und Architekten wurden in die Pflicht genommen, in der breiten Bürgerschaft ein besseres Verständnis für die Wertigkeit von Bauwerken jüngerer Zeit zu wecken. Schließlich gab der Autor des Nachberichts und Kenner des Architekturgeschehens Andreas Pecht zu, dass er „das Sinnfällige, Wertige, ja die eigenwillige Schönheit manches Modernegebäudes“ erst jetzt, gut analysiert und präsentiert, richtig zu schätzen gelernt habe. Ein Aspekt, der hier offenbar nicht zur Sprache kam, sind die Eigentumsverhältnisse, die es, hervorgegangen aus früheren Finanzierungsstrukturen, bei vielen Großbauten schwer machen, überhaupt einzugreifen.

Inzwischen häufen sich nicht nur die Berichte vom Abriss großer Bauensembles der Nachkriegsarchitektur, sondern auch Unterschutzstellungen wie für das Rathaus in Gronau oder erfolgreiche Umnutzungen wie beim früheren Gebäude der Westdeutschen Landesbank in Dortmund als Gesundheitszentrum. In Mülheim an der Ruhr gelang die teilweise Wiederbelebung des City Centers dadurch, dass die Stadtverwaltung mit dem Umweltamt einen der zuvor sanierten Bürotürme bezog, immerhin ein Teilerfolg. Auch in Leverkusen ist ein Neustart in Arbeit ohne den Baubestand ganz zu negieren. Ein Totalabriss solcher „Riesen“ wäre auch kaum in einer wirtschaftlich tragfähigen Baukalkulation unterzubringen und gliche im Fall der City Center einer Operation am offenen Herzen der Stadt, um das eingangs zitierte Bild aus dem Bericht der „Zeit“ aufzugreifen. Wie Großbauten zu bewerten seien, durchzieht auf der einen Seite die Fachdiskussionen landauf landab, auf der anderen Seite fallweise Kommentare in den Medien. Beide Seiten in einen Kontext zu bringen, ist das Ziel des kleinen Studienprojektes „Mit den Riesen auf Augenhöhe“.

Literatur und Quellen

- BAUWELT 1964.** Bauwelt 23/1964, S. 647–648.
- BENSE 1959.** Max Bense: Einführung in die informations-ästhetische Ästhetik, Hamburg 1959, S. 8 zit. nach Wolfgang Pehnt 2006, S. 376.
- BODE 1975.** Peter M. Bode: Haus für Haus stirbt dein Zuhause, hg. von der Aktion Gemeinsinn e.V. in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Nationalkomitee Denkmalschutz, Bonn/Bad Godesberg 1975.
- DB 1969.** Deutsche Bauzeitung 1/1969, S. 36.
- DIE ZEIT 1969.** Leverkusens neues Herz. In: Die Zeit vom 17. Oktober 1969.
- KRAUSE 2013.** Karl-Jürgen Krause: Notizen zur Geschichte der Stadtanierung. In: Stadtanierung in der Stadtentwicklungspolitik (=Beiträge zur Städtebaulichen Denkmalpflege 4), Essen 2013, S. 27–28.
- LEHMBROCK/FISCHER 1971.** Josef Lehmbruck, Wend Fischer: PROFITOPOLI\$ oder Der Mensch braucht eine andere Stadt (=Katalog zur Ausstellung), München 1971, S. 49 f.
- MAILER 1964.** Norman Mailer: Totalitarismus im 20. Jahrhundert. In Auszügen übersetzt in: Bauwelt 23/1964, S. 645–646.
- MITSCHERLICH 1965.** Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit der Städte: Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1965.
- PECHT 2016.** Andreas Pecht, in: Rheinische Heimatpflege, hg. vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz 2/2016, S.139–142.
- PEHNNT 2006.** Wolfgang Pehnt: Deutsche Architektur seit 1900, München 2006, S. 371.
- SITTEL 1965.** Walter Sittel: Stadtplanung in Duisburg. Vortrag anlässlich der Tagung des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz am 26. Juni 1965. In: Duisburg – Stadt Montan. Jahresversammlung des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz vom 26. bis 28. Juni 1965, S. 26–42.
- TAUT 1931.** Bruno Taut: Was ist eine Groß-Siedlung und welche Bedeutung hat sie für die Gartenstadtbewegung? In: Gartenstadt 15/1931 H. ½, S. 9. Zitiert nach: Bruno Taut 1880–1938. Ausstellung Akademie der Künste Berlin 1980 (= Akademie-Katalog 128), S.236.

Leben in der Raumstation.

Großstrukturen der sechziger und siebziger Jahre

Als der Rezensent einer französischen Architekturzeitschrift in den achtziger Jahren das soeben fertiggestellte Klinikum Aachen besuchte, war er von dessen Größe schier überwältigt. Es sei wie eine „gigantische Festung oder wie eine nicht weniger große Raumstation“ (Goulet 1984, 74). (ABB 01) Hier schwingt Bewunderung mit, aber auch Beklommenheit.

Großstrukturen zählen zu den markantesten Innovationen der Architektur der sechziger und siebziger Jahre. Bauwerke wurden größer als das, was man gemeinhin noch als Haus bezeichnen würde – eher schon als ein Stück Stadt. Manche Bauten wollten auch genau das sein, eine „Stadt in einem Haus“. In einem einzigen Bauwerk sollten in größtmöglicher Dichte alle Funktionen vereint werden, die eine Gesellschaft zum Leben braucht. Es entstanden großvolumige kommunale Zentren mit integrierten Shopping Malls und Wohnungen. Das Mischen von Nutzungen widersprach ja eigentlich dem funktionalistischen Dogma der Funktionstrennung im Städtebau, doch mit dem neuen Leitbild der „Urbanität durch Dichte“ gewann die Idee an Attraktivität, unterschiedliche

Nutzungen übereinander zu stapeln. Demgegenüber stand die Idee, einzelne und hochspezialisierte Funktionen an einem Ort zu konzentrieren und alle Abläufe zu optimieren. Die Konzentrationsprozesse des hochindustrialisierten Kapitalismus wurden in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts zum Vorbild für die Organisation aller Gesellschaftsbereiche. Ob es um Wissen ging oder um Gesundheit, um Waren oder Information – in allen Sektoren ging man davon aus, dass man durch Konzentration die Qualität erhöhe und durch Bündelung Kosten spare. Aus dieser Überzeugung entstanden hochspezialisierte Großarchitekturen. Hierzu zählen neben Krankenhäusern auch Massenuniversitäten wie die Universität Bielefeld, Konferenzzentren wie das ICC Berlin oder Konzernzentralen wie das Karstadt-Hauptquartier in Essen. Als eine Art Schnittstelle zwischen Menschen und Maschinen sollten Großstrukturen Menschen, Waren oder Informationen wandeln, transportieren oder speichern.



ABB 01: Außenansicht des Klinikums Aachen, Ansicht 2007
(Foto: Thomas Robbin)

Das 1969–85 vom Architekturbüro Weber + Brand und anderen errichtete Uniklinikum Aachen wurde sowohl als Riesenmaschine, als auch als kleine Stadt gedeutet (Buchanan 1986, 96). Zwischen 24 Versorgungsgeschächten aus Stahlbeton sind weit gespannte Stahlbetondecken eingehängt. 130.000 Quadratmeter Nettotonutzfläche sind in einem Raster von 1,20 x 1,20 Metern organisiert. Die freiliegenden farbigen Installationen im Inneren wie auch Außen erinnern an eine Raumstation oder Raffinerie. Die Baustelle war Reiseziel für Architekten aus aller Welt. In der Öffentlichkeit wurde das Bauwerk jedoch seit seiner Errichtung stark angefeindet und galt vie-

len als Inbegriff menschenverachtender Apparatedizin.

Zum ersteren Typus zählt das Nordwestzentrum in Frankfurt am Main. Otto Apel, Hannsgeorg Beckert und Gilbert Becker errichteten es von 1962 bis 1968 als neue Mitte einer großen Neubausiedlung. Ein einziges großes Gebäude sollte die Funktionen eines ganzen Stadtzentrums aufnehmen. Integriert wurden ein Einkaufszentrum, Wohnungen und Büros, Schwimmbad, Kindergarten, eine Fachhochschule mit Studentenheim, Bücherei und öffentliche Plätze (ABB 02). Zeitgenossen priesen das Nordwestzentrum wegen seiner inneren Qualitäten als Beispiel für die Stadt der Zukunft. Das Stück Stadt aus einer Hand ist allerdings kein echtes Zentrum, sondern eher eine Insel. Der Komplex sitzt auf einem riesigen Parkhaussockel mit integriertem Busbahnhof und U-Bahnanschluss. Er ist für Fußgänger, die aus den umliegenden Wohnquartieren kommen, nur über Brücken zu erreichen, da er von einer mehrspurigen Verkehrsspanne umflossen wird. Von außen wurde es als abweisend und burgartig erlebt (N.N. Gedankensplitter 1969, 333f.). Diese Abschottung nach Außen ist ein Problem, das fast alle Großbauten der Epoche teilen. Eine Handvoll weiterer Beispiele soll im Folgenden die Hoffnungen und auch die Probleme dieser Großstrukturen umreißen.



ABB 02: Nordwestzentrum in Frankfurt am Main von Otto Apel, Hannsgeorg Beckert und Gilbert Becker, 1962-68, Ansicht 1968 (Foto: Walter Schröder, Bildarchiv Foto Marburg)

Fortschrittsglaube

Die Bauten, von denen hier die Rede ist, sind nicht nur groß, sondern auch zahlreich. Man findet sie in nahezu jeder deutschen Stadt. Rund 40 Prozent aller Bauten in Westdeutschland wurden in der Zeit zwischen 1950 und 1975 errichtet. Keine andere Epoche hat das Aussehen der deutschen Städte so sehr geprägt. Das bundesdeutsche Baugeschehen war jedoch – das muss betont werden – mitnichten ein nationales Phänomen, sondern Teil eines international geführten Diskurses, an dem sich Architekten aus allen Teilen der Welt beteiligten. Le Corbusier hatte in den dreißiger Jahren Maßstäbe gesetzt. In seinem sogenannten Plan Obus entwarf er eine kilometerlange Betonstruktur für die nordafrikanische Hafenstadt Algier. In einer Art riesigem Betonregal sollten Wohnungen und Gärten eingeschichtet werden, obenauf eine Autobahn entstehen. Le Corbusier hatte den Prototypen einer Großstruktur entworfen, der individuelles Leben in der modernen Massengesellschaft ermöglichen sollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg schien die Zeit reif, derart große Gedanken auch umzusetzen. Der japanische Architekt Kenzo Tange publizierte 1960 ein Projekt, in dem er die Bucht von Tokyo mit einer riesigen Brücke überspannen wollte, eine ganz neuartige Stadt aus weitgespannten Großstrukturen und auf Plattformen über dem Wasser schwebenden Hügelhäusern. Tanges Entwurf ging in Publikationen um die Welt und wurde zum Vorbild für Architekten weltweit. Allerorten hatten Architekten ganz ähnliche Ideen. Die Großbauten der Boomjahre waren das architektonische Resultat des modernen technischen Fortschrittsglaubens. Sie wurden rational organisiert, streng im Raster konstruiert und hochgradig industriell vorgefertigt. Und sie hatten einen utopischen Gehalt, denn allesamt galten die ausgeführten Bauten als erste kleine Schritte einer viel größeren, alles bisher Dagewesene umwälzenden Architekturentwicklung. Man erwartete, dass Großstrukturen die traditionelle Stadt mit ihrem Straßennetz und Plätzen, parzellierten Blöcken und Einzelhäusern in naher Zukunft ablösen würde.

Das Bauen im übermenschlichen, oder auch landschaftlichen Maßstab war technisch möglich geworden und schien zur Lösung der Menschheitsprobleme beizutragen. Kurzum: Man glaubte

an die Technik als Fortsetzung der Evolution mit anderen Mitteln. Das Vertrauen in die Zukunft war riesengroß. Architekten entwarfen Megastrukturen, die über den Dächern der alten Städte schwebten, Gebirge erschließen und die Arktis besiedeln sollten. Es schien nicht einmal ausgeschlossen, eines Tages auf dem Mond zu wohnen. Das bereits erwähnte Klinikum Aachen kann man mit gutem Gewissen als das Denkmal einer technikgläubigen Epoche bezeichnen. Im Dehio, dem Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler wird das Klinikum Aachen zu den wichtigsten Bauten der Epoche gezählt (Dehio 2005, S. XXIX). Es steht seit 2009 unter Denkmalschutz (vgl. Hnilica 2017, 238).

„Nebenwirkungen“ der Größe

Im Zuge der Technikbegeisterung wollte man auch Wissen wie in einer Fabrik produzieren. „Die Universitäten unserer Tage sind wissenschaftliche Großbetriebe“, formulierte Dietrich Storbeck (Storbeck 1975, 13). Die Universität Bielefeld wurde als Reformuniversität gegründet, die nach dem Willen des Gründungsrektors Helmut Schelsky den interdisziplinären Kontakt unter Wissenschaftler stärken sollte (Schelsky 1966). Die Architekten Klaus Köpke, Peter Kulka und Katte Töpfer u.a. entwickelten in einem Architektenwettbewerb 1969 eine rationale Großform, die dieser Anforderung voll entsprach.

Eine 240 Meter lange glasgedeckte Halle ist das identitätsstiftende Kernstück des Baus. Die Halle erschließt außerdem die Institutsbauten, die als Hochhäuser den verbindenden Komplex kammartig einfassen. Auf einer umlaufenden Galerie ist eine gemeinsame Bibliothek angeordnet, die alle Fakultäten räumlich und inhaltlich verbindet. Die Halle ist heute ein beliebter Kommunikations- und Aufenthaltsraum – trotz ihrer durch die 68er-Studentebewegung geprägten, bewusst antirepräsentativen Anmutung. „Kommunikation“ ist hier das Schlüsselwort. Die Halle übe „fast einen Zwang zur Kommunikation“ aus, wurde von Bielefelder Wissenschaftlern attestiert (Braungart 2009, 53). Die innere Verflechtung vollzog sich jedoch um den Preis mangelnder Vernetzung mit der äußeren Umgebung (ABB 03). Wie fast alle neuen Massenuniversitäten, die in der jungen Bundesrepublik gegründet wurden, wurde der

Bau als Großstruktur in Insellage abseits der Innenstadt auf die grüne Wiese gesetzt. Die Wissenschaftler bleiben dort unter sich. Sie kreisen in ihrem kleinen Kosmos um sich selbst, während sich das tägliche Leben der meisten Bielefelder anderswo abspielt.



ABB 03: Universität Bielefeld von Klaus Köpke, Peter Kulka und Katte Töpfer u.a., 1969–76, Ansicht 1980
(Foto: Michael Jeiter, Bildarchiv Foto Marburg)

Im Zuge der inneren Optimierung wurde – ohne es zu wollen – die Trennung von Wissenschaft und Leben in die Universität eingebaut. Das liegt nicht nur in der Architektur begründet, sondern ist ganz wesentlich eine Folge der Standortwahl, auf die die Architekten keinen Einfluss hatten. Das gleiche Problem haben heute die Universitäten in Bochum und Ulm, in Regensburg und Konstanz, in Dortmund und Wuppertal. Großkomplexe erfordern große zusammenhängende Flächen, und diese wurden in fast allen Fällen weit draußen am Stadtrand gefunden. Die vielen nach dem Krieg gegründeten Campusuniversitäten leiden bis heute als weitgehend monofunktionale Inseln an mangelnder Integration.

Femdkörper in der Stadt

Die hier geschilderte Problematik ist in anderen Ländern ähnlich gelagert. Um hier nur ein Beispiel herauszugreifen: In der New Town Cumbernauld in Schottland errichtete ein Team unter der Leitung von Geoffrey Copcutt 1958–69 ein Stadtzentrum mit ganz ähnlichem Anspruch wie in der Frankfurter Nordweststadt. Die hochverdichtete Struktur nimmt ebenfalls alle Funktionen eines Stadtzentrums in einem einzigen Gebäude auf:

Verkehr, Shopping, Unterhaltung, Wohnen und Dienstleistungen wurden auf mehreren Ebenen übereinander geschichtet. Von zeitgenössischen Kritikern wurde der Komplex als burgartige Riesenmaschine beschrieben: „eine vielgeschossige Zitadelle für Menschen und Maschinen [...] hockt auf ihrem Hügel wie ein altes italienisches Bergstädtchen“ (N.N. 1964, 207). Von großen Reserveflächen umgeben, thronte der Komplex über der ansonsten sehr kleinteiligen Stadt als monumentale Maschine weithin sichtbar auf einem Hügelkamm (ABB 04). In einer mehrgeschossigen Folge von teils umbauten, teils offenen Passagen und Plätzen sollte für die Einwohner der New Town ein vor Wetter und Autolärm geschütztes urbanes Erlebnis kreiert werden. Für die Bewohner der umliegenden Stadt war er nur über lange Rampen erreichbar. Obwohl er im Zentrum der Stadt lag, blieb der Bau ein Fremdkörper.



ABB 04: Cumbernauld Central Area von Geoffrey Copcutt et al., 1958–69, Ansicht 1963 (Richard Langendorf Collection)



ABB 05: Cumbernauld Central Area von Geoffrey Copcutt et al., 1958–69, Ansicht 2015 (Foto: Douglas McGregor)

Es ließen sich zahlreiche weitere Beispiele nennen. Tatsächlich erscheint aus heutiger Sicht die Ausgestaltung der Ränder als besonders problematisch. Die Großkomplexe sind dafür geschaffen, sie mit dem Auto aufzusuchen oder unterirdisch mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzukommen. Viele Komplexe sitzen auf unwirtschaftlichen Parkhaussockeln, um der damals so wichtigen Forderung nach Verkehrstrennung Rechnung zu tragen. Auf dem Erdgeschossniveau sehen sich Fußgänger Garageneinfahrten, Liefereingängen und Müllräumen gegenüber. Die Großkomplexe werden so zu Barrieren im Stadtraum.

Der Umraum wird aber auch deshalb unwirtschaftlich, weil die im Inneren geschaffenen Freiräume mit dem umgebenden Stadtraum in Konkurrenz stehen. Rem Koolhaas, der sich bekanntlich für großvolumige Hybridbauten begeistert, schrieb: „Beyond a certain scale, architecture acquires the properties of BIGNESS“ (Koolhaas 1995, 494). Ab einer bestimmten Größe übernehmen Innenräume alle Funktionen des öffentlichen Raums. Es werden Atrien, Plattformen oder interne Straßen ausgebildet. Der öffentliche Raum wird im gleichen Zuge zur umgebenden Landschaft degradiert und verwandelt sich, so Koolhaas, in „eine stille metropolitane Prärie, aus der bloß noch die in sich geschlossenen Universen der Berge herausragen“ (Koolhaas 1999, 185). Diese „Nebenwirkung“ ist es, die Großstrukturen zum Feindbild einer ganzen Generation von Stadtplanern und Architekten gemacht hat.

Seit Mitte der Siebziger Jahre die Altstädte wiederentdeckt wurden, kämpfen viele Architekten, Bürger und die Politik um die Rückgewinnung eines lebenswerten, urbanen Stadtraums.

Ursprünglich mit den größten Zukunftshoffnungen verbunden, galten die Beton-Kolosse schon bald als Problemfälle. Exemplarisch sei hier der Kritiker Peter M. Bode zitiert, der 1976 schrieb: „Wohnen in Klumpen hier, dort der Zentrumskoloss, da die Kultur- und Kongressfestung, woanders ein Universitätsriese [...] und weit draußen die Gesamtschulfabrik für 2000 Kinder. Alles inhuman...“ (Bode 1976, 28).

Das Stadtzentrum von Cumbernauld war zur Zeit seiner Entstehung von der Fachwelt gefeiert und mit einem renommierten Städtebaupreis ausgezeichnet worden. Um die Jahrtausendwende wählten es die Bürger zweimal zum hässlichsten Stadtzentrum Großbritanniens. Heute ist das

Ensemble durch mehrere Umbauten entsteht und steht im Schatten eines noch viel größeren Einkaufszentrums (ABB 05). Die Diskrepanzen zwischen architektonischer Utopie und gebauter Wirklichkeit hätten größer kaum sein können.

Neue Perspektiven entwickeln

Auch das Nordwestzentrum in Frankfurt litt schon bald unter schlechter Auslastung der Geschäftslokale und einem schlechten Image. Die verwaiste Ladenpassage war bereits in den 1980er Jahren dringend sanierungsbedürftig. Die Stadt war nicht zu größeren Investitionen bereit und verkaufte das Bauwerk dann aber an einen privaten Investor, der es ab 1986 zu einem Shopping Center nach amerikanischem Vorbild umbaute. Äußeres Zeichen dieses Funktionswandels war eine großvolumige Glasüberdachung der ehemals öffentlichen Bereiche (vgl. Ernst/Müller 2006) (ABB 06). Im Ergebnis ist das einst sehr einheitliche Ensemble heute stark verändert. Ein dysfunktionales Riesengebäude wie ein Stadtviertel zu behandeln, es also parzellenweise zu verändern, nachzuverdichten und weiter zu nutzen, erscheint grundsätzlich als sinnvolle Strategie (und ist jedenfalls ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen als ein Abriss). Doch selbst wenn man die Eingriffstiefe der Umbauten im Falle des Nordwestzentrums nicht grundsätzlich in Frage stellt, so hätte man sich architektonisch ambitioniertere Interventionen gewünscht. Die städtebauliche Inbesitznahme der Großstruktur hätte ja auch zu einer Aufwertung im architektonischen, nicht nur im ökonomischen Sinne führen können. Diese Gelegenheit wurde in Frankfurt aber versäumt.

Tatsächlich haben sich die Großbauten der Boomjahre als erstaunlich sensibel erwiesen. Mangelnde Wertschätzung und Pflege haben ihnen zugesetzt. „Gestrandete Wale“ hieß eine 2014 erschienene Fachpublikation zum Thema. Dennoch ist es zu kurz gegriffen, Großstrukturen pauschal zu einer Sackgasse der Geschichte zu erklären und zum Abbruch freizugeben. Gerade unter den besonders Großwohnkomplexen des sozialen Wohnungsbaus sind jüngst einige erfolgreiche Aufwertungskampagnen zu verzeichnen (vgl. Hnilica, Sonne 2015).

Weiterbauen kann manchmal sogar die einzige



ABB 06: Nordwestzentrum in Frankfurt am Main nach dem Umbau zur Shopping Mall, Ansicht 2016 (Foto: Max Riesselmann)



ABB 07: Ihme-Zentrum in Hannover von Helmut Kloss, Peter Kolb & Partner, 1972–75, Ansicht 2016 (Foto: Sonja Hnilica)

Perspektive sein, wie das Beispiel des Ihme-Zentrums in Hannover zeigt. Errichtet wurde es von Helmut Kloss, Peter Kolb & Partner 1972–75 als multifunktionale „Komplexbebauung“. Die Stadt Hannover baute es in Zusammenarbeit mit einem Investor als Public-Private-Partnership. Das gebirgeartige Bauwerk erstreckt sich knapp einen halben Kilometer entlang des Flüsschens Ihme. Es hat 285.000 Quadratmeter Nutzfläche. Im Sockel waren große Gewerbeflächen, darüber lag eine offene Fußgängerpassage sowie 860 Eigentumswohnungen und Büroflächen. Von außen erscheint das bis zu 92 Meter hohe, plastisch durchgebildete Bauwerk als eine trutzige Burg (ABB 07).

Während die Eigentumswohnungen sorgfältig gepflegt wurden, wirtschafteten Großeigentümer die öffentlichen Bereiche herunter. Die Geschäftsflächen stehen zum Großteil seit Jahren leer und bieten einen wüsten Anblick. Schließlich schritt die Stadt ein, es folgten eine Zwangsver-

steigerung und Abrisspläne. Ein Abriss wäre jedoch nicht nur eine enorme Ressourcenvergeudung, sondern würde auch die Heimat von 2.500 Bewohnern zerstören. Jüngst hat sich eine Initiative engagierter Bewohner und Künstler gebildet, die für eine Neubewertung des Komplexes kämpft. Im Sommer 2016 wurden Teile der desolaten Plattform von einer Urban Gardening-Initiative belebt, es fanden Konzerte und Filmabende statt (ABB 08). Ein neuer Diskussionsprozess ist damit in Gang gekommen. Die Denkmalschutzbehörde hat indessen kundgetan dass eine Unterschutzstellung des Ihme-Zentrums aufgrund des schlechten Erhaltungszustands nicht zur Debatte stehe. Die Zukunftswerkstatt Ihmezentrum legte im August 2016 einen Maßnahmenkatalog vor, um den ruinösen Sockel umzubauen und dadurch den gesamten Komplex aufzuwerten (Zukunftswerkstatt Ihme-Zentrum 2016). Eine Konservierung des derzeitigen Zustands kann in diesem Fall kein Ziel sein, nur Weiterbauen kommt in Frage. Wie Anfang 2017 bekannt wurde, kann ein solcher Umbau nun tatsächlich beginnen, da das Bundesbauministerium für die Aufwertung des Sockels Mittel aus der Städtebauförderungen bewilligt hat, wobei ausdrücklich das bürgerschaftliche Engagement gewürdigt wurde. Der Schandfleck könnte zum Modellprojekt werden, für zahlreiche ähnliche Immobilien in Deutschland.

Die Großkomplexe der Boomjahre wurden als große Maschinen und kleine Städte konzipiert. Städte verändern sich über die Zeit. Parzellen werden neu bebaut, Bauten werden umgenutzt, Monumentalbauten und das Straßennetz hingegen überdauern die Jahrhunderte. Warum soll man Großkomplexe nicht auch so behandeln? Zwischen der Konservierung als Denkmal und einem Abriss gibt es viele Möglichkeiten. Die Hinwendung zum Weiterbauen mag in Deutschland wie ein Umbruch erscheinen, de facto ist es eher eine Rückkehr zur Normalität.



ABB 08: Bürgerschaftliches Engagement im Ihme-Zentrum in Hannover, Urban Gardening im Sommer 2016 (Foto: Sonja Hnilica)

Literatur und Quellen

- BODE 1976.** Peter M. Bode: Architektur seit 1960. In: Paolo Nestler, Peter M. Bode: Deutsche Kunst seit 1960. Architektur, München 1976, S. 9–30.
- BRAUNGART 2009.** Wolfgang Braungart: ‚Epochale‘ Architektur. Das Gebäude der Universität Bielefeld. In: Sonja Asal, Stephan Schlak (Hg.): Was war Bielefeld? Eine ideengeschichtliche Nachfrage, Göttingen 2009, S. 36–63.
- BUCHANAN 1986.** Peter Buchanan: Medical Megastructure. In: Architectural Review 10/1986, S. 94–101.
- DEHIO 2005.** Georg Dehio: Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler: Nordrhein-Westfalen, Bd. 1 Rheinland, München/Berlin 2005.
- ERNST/MÜLLER 2006.** Günter Ernst, Harald Müller: Nord-WestZentrum Frankfurt am Main. TL.1: Umbaumaßnahmen und Ertüchtigungen, TL.2: Erweiterungsbauten. In: Bautechnik 8/2006, S. 541–549 und 10/2006, S. 681–687.
- GOULET 1984.** Patrice Goulet: Faculté de Médecine. Aix-la-Chapelle, R.F.A. In: L'Architecture d'aujourd'hui 232/1984, S. 74–81.
- HNILICA 2017.** Sonja Hnilica: Großstrukturen der Nachkriegsmoderne. Ideengeschichte und Konservierungsfragen, in: Hans-Rudolf Meier u.a. (Hg.): Welche Denkmale welcher Moderne?, Berlin (erscheint 2017).
- HNILICA/SONNE 2015.** Sonja Hnilica, Wolfgang Sonne: Gebaute Großobjekte der Moderne. Denkmal, Mahnmal, Hypothek, Ressource? In: Forum Stadt 1/2015, S. 21–38.
- KOOLHAAS 1995.** Rem Koolhaas: Bigness and the Problem of Large. In: Ders., Bruce Mau, S, M, L, XL, New York 1995, S. 494–516.
- KOOLHAAS 1999.** Rem Koolhaas: Delirious New York. Ein retroaktives Manifest für Manhattan, Aachen 1999.
- MODERNE REGIONAL 2014.** Gestrandete Wale (Themenheft) 2/2014, www.moderne-regional.de/gestrandete-wale/.
- N.N. 1964.** N. N.: The City as a Single structure. In: Architectural Forum 10/1964, S. 200–209.
- N.N. 1969.** N. N.: Gedankensplitter. In: Architektur und Wohnform 6/1969, S. 331–334.
- SCHELSKY 1966.** Helmut Schelsky: Grundzüge einer neuen Universität. Denkschrift. In: Paul Mikat, Helmut Schelsky: Grundzüge einer neuen Universität. Zur Planung einer Hochschule in Ostwestfalen, Gütersloh 1966, S. 35–70.
- STORBECK 1975.** Dietrich Storbeck: Struktur und Baugestalt. In: Kunsthalle Bielefeld (Hg.): Bauen in der industriellen Welt. Eine Dokumentation zur Architektur der Universität Bielefeld, Bielefeld 1975, S. 11–13.
- ZUKUNFTSWERKSTATT IHME-ZENTRUM 2016.** Zukunftswerkstatt Ihme-Zentrum: Zehn Thesen zur Zukunft des Ihme-Zentrums, Broschüre. <https://experimentihmezentrum.wordpress.com/2016/08/17/10-thesen-fur-die-revitalisierung-des-ihme-zentrums/>.

AACHENER ZEITUNG
11.03.2011

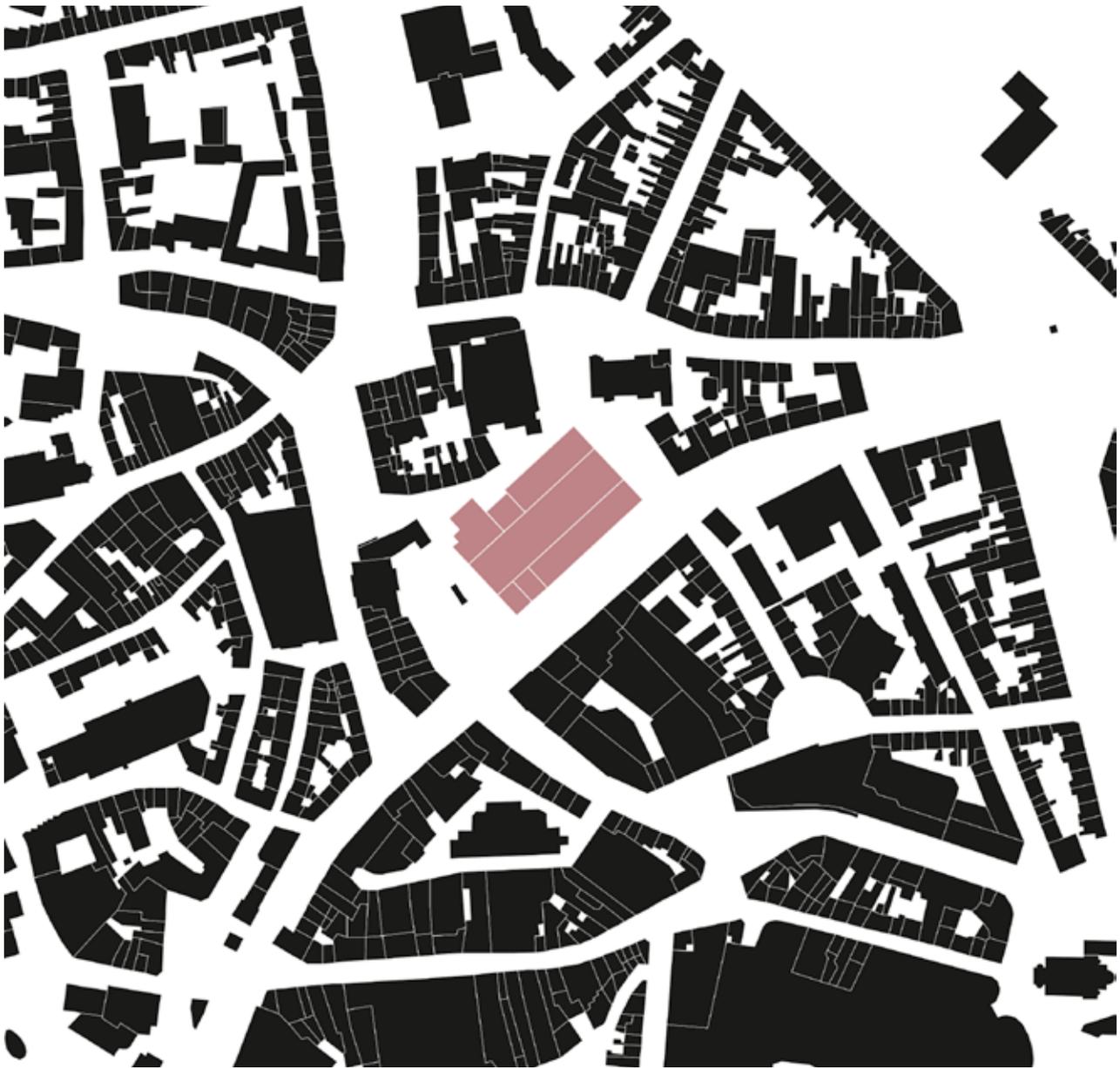
„Während das
Bushofgebäude in den
1970er-Jahren als
modern galt, wird es
heute oft als Bausünde
betrachtet“





Bushof Aachen

Objekt: Bushof mit Volkshochschule
Standort: Peterstraße 21-25, Kurhausstraße, Couvenstraße,
Peterskirchhof, 52062 Aachen
Baujahr: 1968-1973
Architekten: Siegfried Reitz und Willy Frings, Aachen



Der Multifunktionsbau „Bushof“ wurde als eine Kombination aus Verkehrsbauwerk mit Tiefgarage, Einkaufszentrum, Büros, Freizeiteinrichtungen und Wohnetagen errichtet. Dem Bau ging eine längere Planungszeit voraus. Dabei wurden von Beginn an sowohl eine verkehrliche Neuordnung in dem Bereich angestrebt als auch neue Angebote für Einzelhandel und Wohnungen im Stadtzentrum. Über der Tiefgarage nehmen die überdachten Bussteige den größten Teil der Erdgeschosses ein; bis auf die Bauzeile entlang der Peterstraße. Dazu kommen Aufbauten über dem Bushofdach. Die Kombination der Nutzungen spiegelt sich schließlich auch in der zwischen Stadt und Privatbesitzer geteilten Eigentümerstruktur. Der eigentliche Bushof mit der Hälfte der

übrigen Gebäudeteile gehört der Stadt, der Rest einem Privatinvestor. Nachdem sich die ursprünglich vorgesehene Funktion als Einkaufszentrum über den Bussteigen nicht bewährt hatte, zog als Notlösung die städtische Volkshochschule in die oberen Etagen, um die Flächen in städtischem Besitz weiter zu nutzen. Seit langem erscheint die Gesamtsituation weder funktional noch städtebaulich zufriedenstellend. Insgesamt gilt der Baukomplex am Rand der historischen Kernstadt als ausgesprochen problematisch. Die städtische Volkshochschule kritisiert die unzureichende räumliche Situation und die Öffentlichkeit vor allem die mangelnde Sicherheit. Dass sich im und um den Bushof alles ändern soll, steht lange fest, aber es ist nichts entschieden.



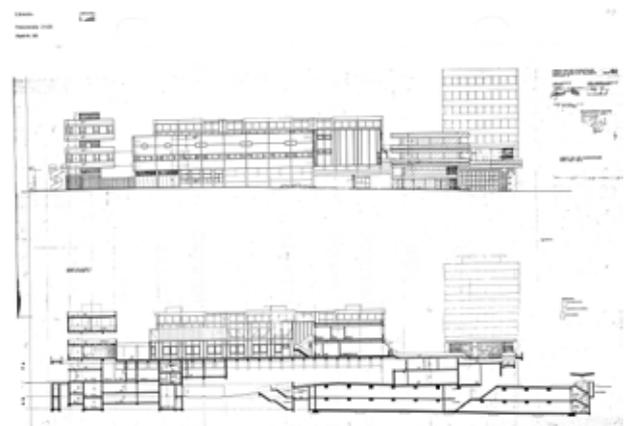
Ansicht von der Peterstraße 1976
(Quelle: Fachbereich für Stadtentwicklung der Stadt Aachen)

Die öffentliche Debatte

Der Bushof galt 1973 als richtungweisend. Die flankierenden Straßenbaukosten wurden über eine Konjunkturspritze aus der Mineralölsteuer finanziert. Die Hochbaukosten von 25,5 Millionen DM teilten sich die Stadt Aachen und der Grundstückseigner, die SaGeBau, Sanierungs- und Gewerbebau GmbH & Co.KG, eine Tochter der 1924 gegründeten gemeinnützigen Gehag, Berlin, die 2009 in dem Unternehmen Deutsche Wohnen aufgegangen ist. Die Stadt übernahm den Part des Verkehrsbauwerks Bushof für die städtische ASEAG. Die Bauteile entlang der Peterstraße sollten gemischt genutzt werden, vor allem für Geschäfte, oben für Büros und Wohnungen im Turm. Auf der Dachfläche des Bushofs ließ die SaGeBau zusätzlich Pavillons errichten für weitere Geschäfte und Gastronomie. Im September 1974 wurde annähernde Vollvermietung gemeldet, aber schon bald zogen die Mieter nach und nach wieder aus. Eine Umnutzung der gesamten Mietfläche als Volkshochschule, die noch kein eigenes Haus hatte und dort bereits mit Teilen der Verwaltung untergebracht war, lehnte der damalige Direktor Dr. Ruhrmann strikt ab. Der Bushof sei „ein denkbar ungünstiger Stand-

punkt“. Die VHS solle da stehen, wo das Leben pulsiert und könne nicht ein bestehendes Negativ-Image umkehren. Schon damals galt der Bushof als unsicher und unsauber, die Treppenhäuser seien zu eng, die Aufzüge zu klein, so die Aachener Nachrichten vom 16. April 1975.

Ein Umbau der Peterstraße, in der führenden Aachener Zeitung kommentiert als „Reiner Schwachsinn oder sinnvolle City-Kosmetik?“ (Aachener Nachrichten 8.06.1993) hat den Konflikt zwischen Bus- und Autospuren nicht behoben. Behindertenfeindlich sei der Bushof und an den straßenseitigen Bushaltestellen fehlten Wartehäuschen. Der Baukomplex selbst wird in



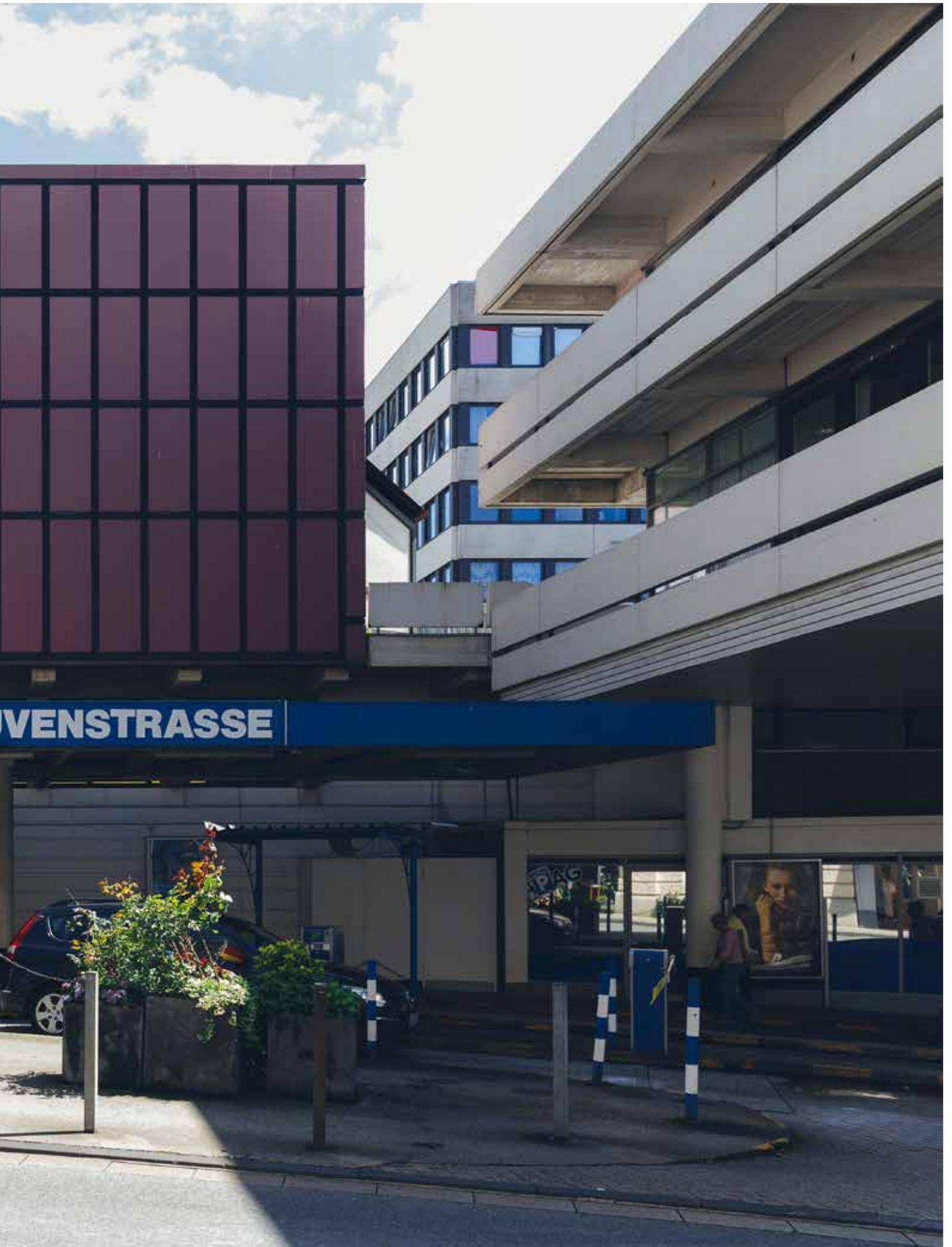
Ansicht und Schnitt von der Couvenstraße
(Quelle: Fachbereich für Stadtentwicklung der Stadt Aachen)

der Presse stereotyp als „70er-Jahre-Betonklotz“ charakterisiert (Aachener Zeitung 08.11.2011) oder auch als „Unort“: „Bei einer Bürgerbefragung erhielt der Betonklotz vor ein paar Jahren keine einzige positive Bewertung und eroberte unangefochten die Top-Position auf der Liste der Aachener ‚Unorte‘. Aktuell kommt das Image als ‚Angstort‘ hinzu“. Dazu die Bildunterschrift: „Städtebaulicher Schandfleck mitten in der Innenstadt: Der hässliche Betonklotz namens Bushof ist vielen Stadtplanern und Politikern schon seit Jahren ein Dorn im Auge“ (Aachener Zeitung 13.06.2016). Nicht zuletzt manifestiert sich die Geringschätzung für das Gebäudeensemble darin, dass kaum Fotodokumente aus der Zeit nach der Eröffnung überliefert sind. Über den Bushof wird auf zwei Ebenen diskutiert: Einerseits konzentriert sich öffentliche Kritik auf die unerfreulichen Zustände im Umfeld, auf Dreck, Kriminalität, Unsicherheit, andererseits ist der Baukomplex Dauerthema als Projekt der

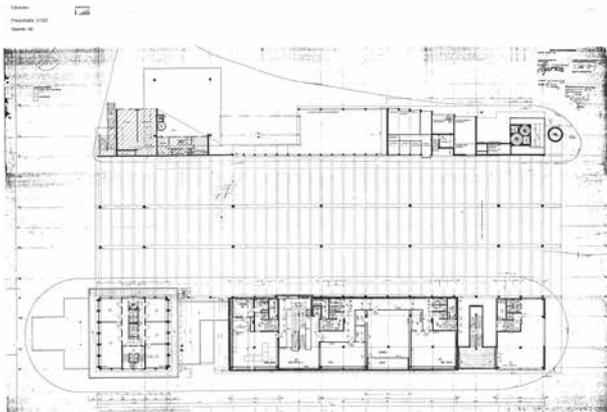








Stadtentwicklung. Schon 2009 hatten CDU und Grüne im Koalitionsvertrag nach der Kommunalwahl die Aufwertung oder einen Abriss des Bushofes festgeschrieben. In der Kommunalwahl 2014 spielte der Bushof dann erneut eine große Rolle mit dem Versprechen Abhilfe zu schaffen (CDU 2014, SPD 2014). Bündnis 90/die Grünen favorisieren in ihrem aktuellen Programm den Abriss des überdachten Busparkplatzes für einen weiteren öffentlichen Park mit Freilegung von Bachläufen und ggf. eine Frischmarkthalle (Bünd-



Geschossgrundriss über Bushofecke
(Quelle: Fachbereich für Stadtentwicklung der Stadt Aachen)

nis 90/die Grünen 2014). Bisher ist jedoch weder der versprochene Wettbewerb ausgelobt worden, noch sind Entscheidungen über die Ziele eines solchen Wettbewerbs gefallen. Als Sofortmaßnahme wurde stattdessen eine Fußgängerunterführung unter der Kurhausstraße kurzerhand geschlossen, um weitere Vermüllung im Umfeld zu unterbinden. Insgesamt gilt die Umgebung des Bushofs als wenig sicher. Kleinkriminalität und Schlimmeres scheint an der Tagesordnung, das Rotlichtviertel in Sichtweite. Diebstahl, Körperverletzung, Raub: Wegen dieser Straftaten ermittelt die Polizei am häufigsten am Bushof, weshalb Kameras installiert werden sollten (WDR 07.04.2016). Der großvolumige Mehrzweckbau, genauer gesagt die Straßen ringsum, scheinen die Probleme eines sozialen Brennpunkts mit vorwiegend jugendlichen Tätern magisch anzuziehen.

Mit der Architektur selbst beschäftigten sich in jüngerer Zeit weder die öffentlichen noch die politischen Debatten, allenfalls mit der städtebaulichen Gesamtsituation. In dem eingangszitierten Bericht der Aachener Zeitung vom

11.03.2011 gab die damalige Planungsdezernentin Gisela Nacken eine eindeutige Stellungnahme ab. Zwar gehe man nach wie vor davon aus, dass man an Ort und Stelle auch in Zukunft einen zentralen Umsteigeplatz für den Linienbusverkehr benötige, „aber wir wollen sehen, dass wir von diesem Gebäude wegkommen“. Denn: „An so einem zentralen Platz in Aachen kann man städtebaulich viel Besseres machen.“ Dieses Votum gegen die Architektur der 1970er Jahre gilt tendenziell auch unter ihrer Nachfolgerin Gaby Hens. So bilden der Bushof und sein Umfeld einen von acht räumlichen Schwerpunkten in dem „Integrierten Handlungskonzept für die Aachener Innenstadt 2022“, aufgestellt im Mai 2015. Darin heißt es: „Der bereits im Innenstadtkonzept 2002 genannte Handlungsbereich ‚Bushof und Umgebung‘ gehört mit seinen städtebaulichen, verkehrlichen, funktionalen, immobilienwirtschaftlichen und gestalterischen Defiziten zu dem zentralen Handlungsfeld der zukünftigen Innenstadtentwicklung.“ Ziel sei eine städtebauliche und verkehrliche Neuordnung des Umfeldes, die bauliche Entwicklung des Bushofgebäudes mit den Optionen Modernisierung, Teilabriss oder vollständiger Abriss sowie der Bau eines zentralen ÖPNV-Ver-

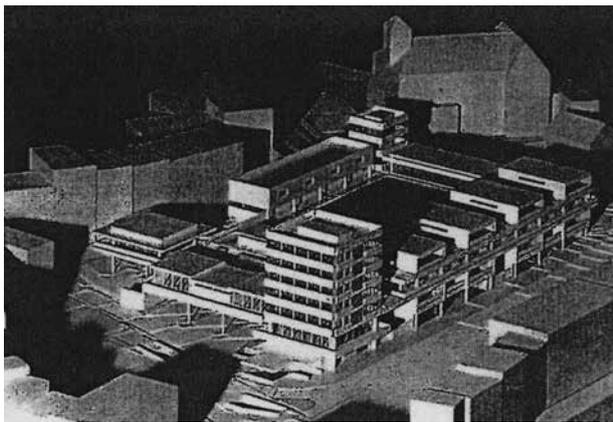


Ansicht von der Peterstraße
(Quelle: Fachbereich für Stadtentwicklung der Stadt Aachen)

knüpfungspunktes.

Ende 2011 erwarb der Aachener Investor Gerd Sauren die 50 %-igen Anteile der SaGeBau am Bushof-Komplex. Die andere Hälfte gehört nach wie vor der Stadt Aachen. Beide Eigner bekräftigten damals, die Immobilie „mit großem Entwicklungspotential“, so Gerd Sauren, gemeinsam nach vorne bringen zu wollen. Gerd Sauren ist u.a. Eigentümer des nahe gelegenen ehemaligen Kaufhauses Horten, umgebaut zum Shoppingcenter „Lust for Life“, das inzwischen jedoch seinerseits wieder schließen musste, denn die Kundenströme werden von dem nochmal neueren, östlich gelegenen Einkaufszentrum „Aquis Plaza“

angezogen. 2015 seitens der Stadt beantragte Städtebaufördermittel für die Erarbeitung einer städtebaulich-verkehrlichen Machbarkeitsstudie wurden bewilligt. Im Vorfeld hat die ASEAG bereits bestätigt, dass sie an dem zentralen Bushaltestpunkt „Bushof“ festhalten wolle. Für öffentlichen Unmut sorgt, dass zwar viel diskutiert wird, aber wenig geschieht. Die städtischen Verkehrsbetriebe ASEAG bemühen sich medial um Kundenfreundlichkeit ohne an den räumlichen Bedingungen etwas zu ändern und die VHS bemüht sich, mit den als unzulänglich erachteten Räumlichkeiten zu Recht zu kommen und mit Farbe die Atmosphäre drinnen zu verbessern. Draußen flickt das städtische Immobilienmanagement nach eigener Aussage die auftretenden Bauschäden am Beton – hervorgerufen durch die Erschütterungen des Busverkehrs und der Feuchte an der Wetterseite – notdürftig und nach Kassenlage repariert, bis weitergehende Entscheidungen getroffen sind.



Modellaufnahme des Bushofs mit Parkhaus und Geschäftsbauten an der Peterstraße
(Quelle: Fachbereich für Stadtentwicklung der Stadt Aachen)

Aspekte des ursprünglichen Planungskonzepts

Die Vorgeschichte des heutigen Bushof begann 1963, als eine durch Kriegszerstörungen frei gewordene Trümmerfläche an der Peterstraße provisorisch als Bushaltestelle genutzt wurde. Damals wurde bereits diskutiert, die in die Peterstraße einmündende Blondelstraße geradlinig bis zum Seilgraben fortzuführen, um eine – verkehrsgerechtere – rechtwinklige Kreuzung zu erhalten. Ausgeführt wurde diese Lösung 1967, wodurch bedingt der bisherige Garten des Alten Kurhauses der neuen Kurhausstraße zum Opfer fiel. Seit-

her kehrt das historische Kurhaus der neuen Straße die Rückseite zu, ergänzt um einen modernen Anbau, der im OG als „Klangbrücke“ die Kurhausstraße überquert, um den Verkehrsfluss darunter nicht zu behindern. Damals erwog das Planungsamt der Stadt eine Überbauung des Busplatzes mit einer Parkebene für Pkw, flankiert entlang der Peterstraße von einem Bauriegel für Geschäfte und Büros. 1968 ging dann aus einem Ideenwettbewerb der Entwurf von Siegfried Reitz und Willy Frings siegreich hervor, der eine Tiefgarage und die vollständige Überbauung der Bussteige vorsah. Dieser Entwurf wurde umgesetzt und am 30. September 1973 Einweihung gefeiert. Der fertige Bau wurde gerühmt als größter überdachter Bushof Deutschlands und als interessanter Akzent im Stadtbild Aachens. Der Baukomplex bestehend aus 56.000 Kubikmetern umbauten Raum überirdisch und 41.000 Kubikmetern unterirdisch, davon 13.000 Quadratmeter Tiefgarage mit 542 Plätzen, füllt das Geviert zwischen Peterstraße, Kurhausstraße, Couvenstraße und Peterskirchhof vollständig aus. Strukturierende Elemente der stark gegliederten Baumasse sind horizontal umlaufende Bänder in Sichtbeton, dazwischen bei geschlossenen Mauern Ziegelverblendungen sowie großflächige, oft von den Außenkanten weit zurückweichende Verglasungen. Die vier Seiten sind unterschiedlich ausgeprägt. Trotz der starken Durchgliederung wirkt der Komplex von außen fast unzugänglich, innen eher unübersichtlich.

Zusätzlich zu den Bushaltestellen an der Front Peterstraße wurde parallel zur Couvenstraße der eigentliche Bushof in erforderlicher Bauhöhe errichtet mit Bussteigen und Halteplätzen für Busse, die nur zu besonderen Zeiten im Einsatz sind. Für die Ein- und Ausfahrten der Busse mussten an beiden Enden die neue Kurhausstraße und der Peterskirchhof entsprechend breit ausgebaut werden. Im vorderen Bauteil entlang der Peterstraße wurden Geschäfte eingerichtet. Die Geschossebene darüber überspannt den gesamten Bau, bildet die Decke über dem Bushof und die Grundfläche für die übrigen Aufbauten. Die Ecke Peterstraße überragt ein Wohnblock mit weiteren fünf Etagen, flankiert von vier niedrigeren blockhaften Aufbauten. An der Seite Couvenstraße ist ein stärker geschlossener Zweigeschossiger aufgesetzt – damals für die Verwaltung der ASEAG vorgesehen – und an der Ecke Kurhaus-





straße ein Flachbau. Als Sonderbauteil ist gegenüber der Peterskirche ein zweigeschossiger Pavillon aufgeständert als Jugendtreff und Kinderspielhaus.

Die Front Couvenstraße bietet keinen fußläufigen Zugang. Der Aufbau über der Bussteigebene ist dem leicht geschwungenen Straßenverlauf folgend gestaffelt, um die lange Bauflucht aufzulockern, besitzt jedoch kaum Fenster. Ein durchlaufendes Ziegelband in Höhe des ersten Obergeschosses setzt die hier sonst fehlende Horizontalbetonung der anderen Schauseiten fort. Die Betonfassade steht in lebhaftem Kontrast zu der Zeile älterer Bestandsbauten auf der anderen Straßenseite. Jenseits der Abfahrt zur Tiefgarage folgt ein bis zur Gehsteigkante herausgeschobener zweigeschossiger Aufbau mit Anschluss an die obere Etage der Seite Kurhausstraße. Im Halbdunkel unter der vorkragenden Geschossdecke besteht auf Straßenniveau eine Serviceeinrichtung des Garagenbetreibers. Die kurze Seite an der Kurhausstraße zeigt ein uneinheitliches Bild mit einer parallel geführten, massiven betonierten Freitreppe, der höhlenartigen Bushofeinfahrt und dem Hochhaus an der Ecke Peterstraße. Einheitlicher dagegen die Front Peterskirchplatz mit der ruhig durchlaufenden Fensterreihe des Obergeschosses über dem Busbahnhof zwischen den Eckaufbauten. Dem aufgeständerten Spielhaus an der Ecke Couvenstraße ist eine Betonspindeltreppe als Rettungsweg zugeordnet.

An der Peterstraße verschattet die vorkragende Geschossdecke die Geschäfte im Erdgeschoss. Versteckt zwischen den wenigen Läden der untersten Preiskategorie befindet sich der Haupteingang zur Volkshochschule. Andere Eingänge in das Gebäude sind mit Gittern verschlossen. Für die VHS wurden innen Umbauten vorgenommen. So ist die Rolltreppe abgebaut, aber der Schacht noch erhalten, und das Haupttreppenhaus scheint früher in die Tiefe des Gebäudes weitergeführt zu haben, davon zeugt ein jetzt unmotivierter Absatz mit zwei Stufen vor einer Bildwand. Die Pavillonaufbauten auf der Terrasse bilden eine formal unabhängige Baustruktur in einem Fachwerk aus schwarzen Trägern und ehemals burgundisch roten Feldern. Einen Bereich mit Außensitzplätzen nutzt die Cafeteria der VHS.



Chancen und Potenziale

Entworfen für hohe Passantenfrequenz in der Verquickung verschiedener Nutzungen und deren Durchdringung, schöpft die heutige fast monofunktionale Nutzung die Möglichkeiten nicht aus bzw. verbarrikiert sie im Wortsinn. Die Umzingelung des Komplexes durch den Bus- und Pkw-Verkehr schnürt den Ort ab von dem umgebenden Stadtraum. Die mangelnde städtebauliche Einbindung begünstigt „wilde“ Überquerungen der überbreiten Straßen. Ringsum werden Wege nicht angeboten, sondern Umwege erzwungen, so auch zur Peterskirche, die auf eine erhöhte Insel verbannt erscheint. Diese Umfeldsituation verstellt den Blick auf das Bauwerk selbst, auf die gut proportionierten aufragenden Baukörper im Wechselspiel von Horizontalen und Vertikalen, auf die abwechslungsreiche Gliederung der geschichteten Fassaden mit ihren Fensterbändern, die viel Licht ins Innere lassen, und auf Details wie den auf einen sogenannten Piloti gestellten Spielpavillon mit Spindeltreppe, ein Motiv aus der Avantgarde-Architektur der Nachkriegszeit. Genau betrachtet ist der Bushof alles andere als ein monolithischer „Betonklotz“. Das Bild von einer Stadt in der Stadt, das diesen, für die 1970er Jahre kennzeichnenden Multifunktionsbauwerken zugrunde liegt, drückt sich aus in der Vielfalt der Baustruktur, die einem vielfältigeren Leben den Rahmen bieten könnte.

40

Literatur und Quellen

- AACHENER NACHRICHTEN 08.06.1993.** Diskussion um den Umbau der Peterstraße – Reiner Schwachsinn oder sinnvolle City-Kosmetik? In: Aachener Nachrichten vom 08.06.1993.
- AACHENER ZEITUNG 08.11.2011.** Aachener Investor kauft den halben Bushof. In: Aachener Zeitung vom 08.11.2011. <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/aachen/aachener-investor-kauft-den-halben-bushof-1.393439>.
- AACHENER ZEITUNG 11.03.2011.** Betonklotz Bushof droht die Abrissbirne. In: Aachener Zeitung vom 11.03.2011. <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/aachen/betonklotz-bushof-droht-die-abrissbirne-1.37>.
- AACHENER ZEITUNG 13.06.2016.** Am „Angstort“ Bushof geht es kaum voran. In: Aachener Zeitung vom 13.06.2016. <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/aachen/am-angstort-bushof-geht-es-kaum-voran-1.1381172#plx1883402689>.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2014.** Kommunalwahlprogramm 2014–2020. S. 41, Memento vom 7. September 2014 im Internet Archive auf [gruene-aachen.de](http://www.gruene-aachen.de).
- CDU 2014.** CDU Aachen Wahlprogramm 2014. www.mediathek.netzunion.net.
- SPD 2014.** Aachen bewegen. Das Programm der SPD Aachen 2014–2020. Memento vom 25. November 2014. www.spd-aachen.de/archive.
- WDR 07.04.2016.** www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/video-beobachtung-aachen-100.html.

Mit den Riesen auf Augenhöhe – Ein neuer Blick auf Großstrukturen der 1960er und 1970er Jahre



DER WESTEN ONLINE
02.06.2015

„Ungemütlich, zugig, abweisend, kalt waren noch die gnädigeren gab. Von einer ‚Lernmaschine‘ Zeitgenossen.“



end, dunkel, labyrinthisch und
en Attribute, die man dem Bau
' sprachen angewiderte

Ruhr-Universität Bochum

Objekt: Ruhr-Universität Bochum
Standort: Universitätsstraße 150, 44801 Bochum
Baujahr: 1964-1974
Architekten: Hentrich, Petschnigg & Partner, Düsseldorf sowie
weitere Architekten für Einzelbauten



Mit über 40.000 Studierenden gehört die Ruhr-Universität Bochum (RUB) zu den fünf größten Universitäten in der BRD. Gegründet und errichtet in den 1960er und 1970er Jahren sind an den Bauten und Anlagen des Hochschul-Campus inzwischen deutliche Gebrauchsspuren erkennbar und seit Jahren wird über notwendige Anpassungen in Raumzuschnitten und Ausstattungen sowie die Beseitigung des Sanierungsstaus diskutiert. Im Jahr 2009 wurde ein Ideenwettbewerb zur Umgestaltung der Mittelachse, der so genannten „Magistrale“ des Gesamtkomplexes, also von der Eingangsbrücke bis hin zum Anschluss an das Ruhrtal durchgeführt. Den Wettbewerb gewann das Büro Molestina Architekten, die u.a. den Abbruch des Musischen Zentrums und weitrei-

chende strukturelle Veränderungen im zentralen Bereich des Hochschulkomplexes vorsahen (Der Westen 21.08.2015). Ein wesentlicher Aspekt dieses Wettbewerbs und weiterer Auseinandersetzungen mit der Campus-Uni war der Versuch einer „Re-Urbanisierung“ der RUB (z.B. Reicher u.a. 2011, 212f.), um die Monofunktionalität der großformatigen Beton-Uni zu durchbrechen und dem Hochschulkomplex ein neues und „urbanes“ Erscheinungsbild zu verleihen. Aus unterschiedlichen Gründen gelang eine vollständige Umsetzung dieses Konzeptes nicht; seit einigen Jahren läuft jedoch die Sanierung der einzelnen Hochschulbauten. Die denkmalpflegerische Unterschutzstellung des Hochschulkomplexes am 16. Oktober 2016 markiert einen weiteren Höhepunkt

in den Diskussionen um die Entwicklung der RUB – da die Hochschulverwaltung Rechtsmittel gegen die Unterschutzstellung eingelegt hat, ist dies Verfahren noch nicht abgeschlossen (pflichtlektüre 3.12.2015).

Die öffentliche Debatte

Die Diskussionen um eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der RUB wurden insbesondere durch die Unterschutzstellungsverfahren erneut angeheizt. Es bestand und besteht sowohl bei der Uni-Verwaltung als auch bei den Studierenden die Sorge, dass durch den Denkmalschutz dringend notwendige Sanierungen (u.a. wegen Schadstoffbelastung) nicht finanzierbar seien und Veränderungen bzw. Modernisierungen, etwa zur Erzielung von weitreichender Barrierefreiheit auf dem Gelände, nicht mehr möglich wären. Zudem bestanden Befürchtungen, dass das Musische Zentrum nun doch nicht abgerissen werden kann und die Pläne zur Umgestaltung der Magistrale nicht umgesetzt werden können (vgl. Karl-Heinz Schloßer, ehem. Kanzler der RUB, im Interview



Gesamtübersicht des Universitätsgeländes 1979
(Quelle: Universitätsarchiv Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 02)

mit Der Westen 15.03.2016). Demgegenüber sah Hans Hanke (LWL) die Sorgen um einen möglichen Modernisierungstau als unbegründet an und versuchte die Angst vor der Unterschutzstellung zu mildern: „Wie bei allen Baudenkmalern müssen auch bei der RUB Veränderungen möglich sein, um sie zukunftsfähig zu machen.“ (Der Westen 03.12.2015)

Unabhängig von den Diskussionen um den Denk-



Universität im Bau 1967, Ansicht von Süden
(Universitätsarchiv Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 02,
Aufn. H. Lohoff, © Stadtarchiv Bochum)

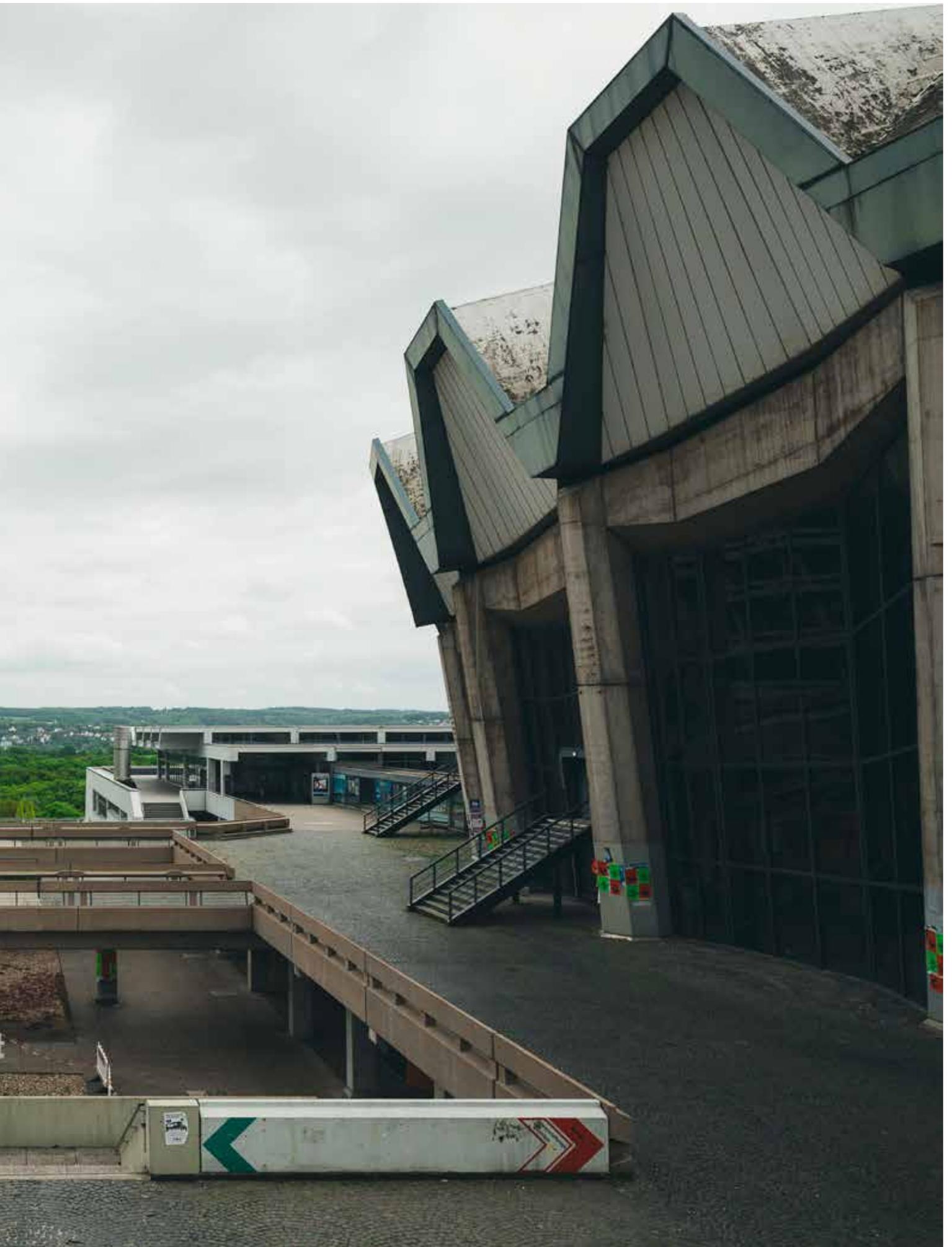
malschutz wurde die Sanierung im Allgemeinen als zu teuer und zu langwierig eingestuft (Der Westen 21.08.2015) und hinzu kam die bereits in den ersten Baujahren geäußerte Kritik, dass die RUB „permanente Baustelle“ sei (vgl. Hanke in: Hoppe-Sailer, Jöchner, Schmitz 2015, 131). An dieser Wahrnehmung hat sich bis heute nicht viel geändert und das Thema „Dauerbaustelle“ wird aktuell auch wieder als ein Kritikpunkt benannt (Der Westen 21.08.2015). „An der baulichen Tristesse allerdings hat sich seither nur punktuell etwas gebessert. Die Sanierung, seit 2006 in Gang, erweist sich als eine Aufgabe für Jahrzehnte; 1,2 Milliarden sind kalkuliert, was kaum reichen dürfte, sind geplant für den Ausbau und die Erneuerung bis 2025 – ein Unterfangen so groß fast wie der Bau damals.“ (Die Welt 02.06.15)

Die RUB im Allgemeinen und die Architektur im Besonderen werden in der Regel auf das negativ konnotierte Baumaterial Beton reduziert und dies äußert sich in Aussagen wie „[...] der hässliche Betonklotzstil [...]“ (in: Spiegel Online 26.11.2007) oder die „[...] anonyme Betonuni [...]“ (in: Die Welt 02.06.15). Die Kritik hängt sich vor allem am Material auf: „An einer hübscheren Uni werden zukünftige Studentengenerationen übrigens nicht studieren: Der Betonklotzstil bleibt wohl erhalten. Auch das neue Institutsgebäude wird aus Beton gebaut.“ (Spiegel Online 26.11.2007). Von dieser so genannten „Hässlichkeit“ und der „baulichen Tristesse“ wiederum abgeleitet wurden Bezeichnungen wie „Selbstmord-Uni“: „[...] in den Achtzigern berichteten einige Zeitungen, die grauen Fassaden deprimierten die Studenten zu Tode – und brächten sie dazu, Selbstmord zu begehen.“

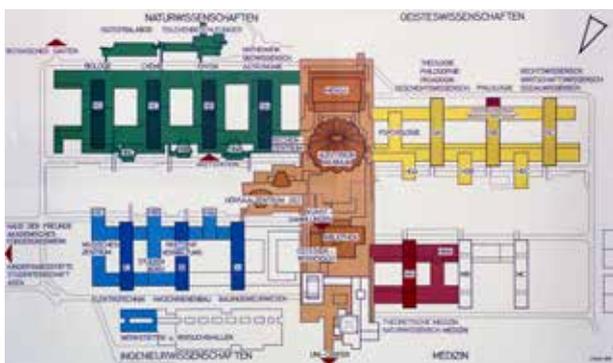








(Spiegel Online 26.11.2007) Es wird zwar einerseits von einer „Lernfabrik von überragender Scheußlichkeit“ (Die Welt 02.06.2015) gesprochen, aber andererseits: „an dem Bau scheiden sich die Geister, er markiert den Beginn einer neuen Ära.“ Von der Bochumer Aufbruchstimmung schwärmen manche noch heute. „Bochum wurde schnell eine erfolgreiche Uni, ja in manche Bereichen sogar führend“, erinnert sich der Historiker Jörn Rösen, der zur ersten Generation von Professoren gehörte, die wegen der noch Jahre andauernden Bauarbeiten oft in Gummistiefeln zur Vorlesung kam. Die junge Uni konnte bei Null



Funktionsschema, Stand 1976

(Quelle: Universitätsarchiv Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 02)

beginnen, junge Spitzenleute berufen, sie schleppte keine Altlasten, kein akademisches Mittelmaß mit sich herum und stieß unbefangen und selbstbewusst zur wissenschaftlichen Spitze vor.“ (Der Westen 02.06.2015)

50

Aspekte des ursprünglichen Planungskonzepts

Die Ruhr-Universität Bochum ist die erste Neugründung einer Volluniversität in der noch jungen BRD. Die Entscheidung zur Gründung wurde im Juli 1961 gefällt; nach einer Planungsphase mit vorausgegangenem internationalen Ideenwettbewerb und zahlreichen Anpassungen erfolgte 1962 die Grundsteinlegung; der Lehrbetrieb wurde im November 1965 bei andauernder Bautätigkeit aufgenommen. Die Ansiedlung der Ruhr-Universität im Industrieviertel galt als sichtbares und bedeutendes Zeichen für die Demokratisierung des Hochschulwesens und der Bau der RUB fällt zeitlich mit dem Strukturwandel Bochums bzw. des Ruhrgebiets zusammen. Entstanden ist die

Hochschule auf der „grünen Wiese“ weit außerhalb des Stadtzentrums als Campus-Universität mit angrenzender „Universitätsrahmenstadt“. Im Ergebnis ist ein neuer Typus Universität entstanden, für den es kein eindeutiges Vorbild gibt, das jedoch eng mit dem architektonischen Erscheinungsbild verknüpft ist und sämtliche Fachbereiche bzw. Fakultäten gleichwertig in den Uni-Komplex integriert. Für den Bau in vorgefertigter, serieller Bauweise wurde vor Ort eine Betonfabrik errichtet und mit dem Montagebau in Vorfertigung („Marburger System“) gestaltete sich der Bauprozess der RUB als innovativ und wegweisend. Trotz der seriellen Fertigung wurde Wert auf Details gelegt, sowohl gestalterisch bei den Bauten – v. a. in der Oberflächengestaltung des Betons (z.B. schalungsrauer Beton, Waschbeton etc.) – als auch in der Gesamtanlage. So ergibt sich die prägende Silhouette der RUB aus dem Wechsel zwischen Hoch- und Flachbauten und in der Ansicht von Süden aus dem Ruhrtal fungiert sie gar als „Landmarke“. Die RUB weist in ihrer klaren symmetrischen Struktur ein prägnantes städtebauliches und architektonisches Erschei-



Luftaufnahme des Gesamtgeländes Ende der 1970er Jahre
(Quelle: Universitätsarchiv Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 02)

nungsbild auf. Neben den seriell gefertigten Bauten entstanden eine Reihe individueller Einzelgebäude: das Musische Zentrum (mit dem neuartigen Angebot, sich jenseits des Hochschulstudiums künstlerisch-musisch betätigen zu können), die Universitätsverwaltung, die Universitätsbibliothek, das Audimax sowie die Mensen (die Mensa I ist heute die „BlueBox“ des Fachbereichs Architektur der Hochschule Bochum). Für die Gesamtanlage wurde in den 1980er Jahren ein Farbkonzept entwickelt, in dem eine helle

Farbigkeit für die Institutsgebäude sowie farbige Orientierungspunkte auf dem Gelände vorgesehen waren. Überall auf dem Campus finden sich Kunstwerke und Kunst am Bau von namhaften Künstlern; die meisten Objekte stammen noch aus der Errichtungszeit der Universität und bilden heute neben den Sammlungsbeständen der Ruhr-Universität einen herausragenden Fundus an zeitgenössischer Kunst.

Eine weitere Besonderheit der Ruhr-Universität umfasst die Grünanlagen und Freiräume in großer Zahl und Vielgestaltigkeit: der Botanische Garten, die Binnengärten innerhalb der Flachbauten, der Park zwischen den I- und N-Reihen mit Relief und Wasserlauf sowie die charakteristische Eingliederung der RUB in das südlich angrenzende Ruhrtal mit ursprünglich vorhandenen Sichtachsen (v. a. aus den Institutsgebäuden auf das Lottental) sind nur einige Beispiele aus dem „Freiraum-Programm“ der RUB.

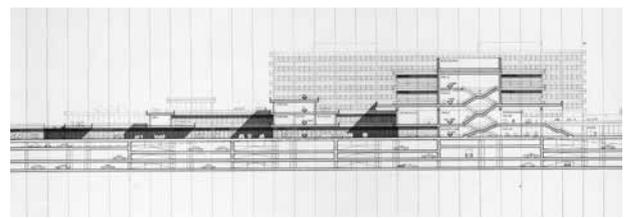
Über die Baugeschichte und die Entwicklung der Ruhr-Universität liegen zahlreiche Abhandlungen und Veröffentlichungen vor (z.B. Hanke, in: Hoppe-Sailer 2015; sämtliche Angaben in diesem Abschnitt sind dieser VÖ entnommen), da es sich auf unterschiedlichen Ebenen um einen besonderen und herausragenden Hochschulkomplex handelt; dies wurde nicht zuletzt mit dem denkmalpflegerischen Unterschutzstellungsverfahren herausgestellt.

Chancen und Potentiale

Die größten Chancen einer qualitätsvollen Weiterentwicklung liegen in der prägnanten Erscheinung und Struktur der Ruhr-Universität selbst. Der klare Aufbau der Gesamtanlage und die hohe Qualität der Einzelbauten in der zentralen Mittelachse sind wesentliche Elemente der einprägsamen Erscheinung des Hochschulkomplexes. Die im Laufe der Jahre entstandenen ergänzenden Einrichtungen und Angebote auf dem Campus-Gelände haben sich in diese robuste Struktur eingefügt und das Erscheinungsbild nicht wesentlich beeinträchtigt. Dies ist als gute Voraussetzung für den Sanierungsprozess zu werten und kann als Potential für weitere Maßnahmen gelten. Der Denkmalschutz steht diesen Entwicklungen nicht entgegen, sondern sichert vielmehr den Gesamtzusammenhang der Anlage und die Besonderheiten im Einzelnen.

Zudem ist die Ruhr-Universität Bestandteil eines im Zusammenhang entstandenen Stadtquartiers, der so genannten Universitätsrahmenstadt, die ebenfalls mit hochwertigen und qualitätsvollen Architekturen für unterschiedliche Wohnanforderungen und differenzierte Nutzungen ausgestattet wurde.

Geplant war von Beginn an, dass Funktionen wie das Kirchenforum im Wohngebiet oder das Audimax als Veranstaltungssaal auf dem Universitätsareal öffentliche Orte der Begegnung im Siedlungsgefüge darstellen. Das Uni-Center dient als zentraler Ort der Nahversorgung und Verknüpfung zwischen Universitätskomplex und Wohnstadt; hier liegt gleichzeitig auch die Haupterschließung für den Nahverkehr. Diese städtebauliche Grundstruktur ist nach wie vor gegeben und es böte sich an, dieses besondere Gefüge als ein eigenständiges und identitätstiftendes Potential für eine zeitgemäße „Wissensstadt“ herauszuarbeiten.



Schnitt durch alle Ebenen

(Quelle: Universitätsarchiv Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 02)

Ein weiteres Potential liegt in der Qualität von Wissenschaft und Forschung bzw. der Ausstattung der RUB; dazu zählen auch die Bestände der Kunstsammlungen bzw. der „Kunst am Bau“ oder die Einrichtung eines „Musischen Zentrums“. Hierfür wurden Räume und Anlagen geschaffen, die weit über ein Standardmaß von Hochschulangeboten hinausgehen und für die Orte (im Inneren und im Außenbereich) zur Verfügung stehen. Vielfach geht es um ein Sichtbarmachen dieser Qualitäten, die oftmals vom Grau des Betons „vernebelt“ werden. – Gleiches gilt auch für die Freiraumqualitäten in und im Umfeld der Hochschule: die starke Einbindung und visuelle Verknüpfung mit dem Ruhrtal, die Anlagen des Botanischen Gartens als Bestandteil der Ruhr-Universität und schließlich die Freiräume auf dem Campus selbst bieten starke Motive für einen Imagewandel. Mit einer gezielten und behutsamen Qualifizierung des Grüns lässt sich möglicherweise eine weitere Farbe neben dem Grau in den Erzählungen über die Ruhr-Universität Bochum etablieren.

52





Literatur und Quellen

- DER WESTEN 02.06.2015.** Christopher Onkelbach: Geist in Beton – Ruhr-Uni Bochum feiert 50-jähriges Jubiläum. In: Der Westen vom 02.06.2015.
- DER WESTEN 21.08.2015.** Markus Rensinghoff: Warum die Ruhr-Universität ewig eine Baustelle bleibt. In: Der Westen vom 21.08.2015.
- DER WESTEN 03.12.2015.** Andrea Böhnke: Denkmal Ruhr-Uni Bochum: Uni und Studierende sind skeptisch. In: Der Westen vom 03.12.2015.
- DER WESTEN 05.02.2016.** N.N.: Die Sanierung der Ruhr-Universität kommt voran. In: Der Westen vom 05.02.2016.
- DER WESTEN 15.03.2016.** Markus Rensinghoff: Kanzler Schlosser verlässt die Ruhr-Universität. In: Der Westen vom 15.03.2016.
- DEUTSCHLANDFUNK 30.06.2015.** Christian Berndt: Lernen auf der grünen Wiese. In: Deutschlandfunk am 30.06.2015.
- DEUTSCHLANDRADIO 30.06.2015.** N.N.: 50 Jahre Ruhr-Uni Bochum. Demokratisierender Beton? In: Deutschlandradio am 30.06.2015.
- DIE WELT 02.06.2015.** Frank Maier-Solkg: Eine Lernfabrik von überragender Scheußlichkeit. In: Die Welt vom 02.06.2015.
- HANKE 2015.** Hans H. Hanke: „... zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen“. Das Baudenkmal Ruhr-Universität. In: Richard Hoppe-Sailer, Cornelia Jöchner, Frank Schmitz (Hg.): Ruhr-Universität Bochum. Architekturvision der Nachkriegsmoderne, Berlin 2015, S. 131-142.
- HOPPE-SAILER ET AL. 2015.** Richard Hoppe-Sailer, Cornelia Jöchner, Frank Schmitz (Hg.): Ruhr-Universität Bochum. Architekturvision der Nachkriegsmoderne, Berlin 2015.
- INTERNET-PORTAL WESTFÄLISCHE GESCHICHTE.** <http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/drucken.php?ID=495&tab=web>.
- LORENZ 2009.** Jörg Lorenz (Hg.): Sanieren – gestalten – entwickeln. Von der Bauunterhaltung an der Ruhr-Universität Bochum zur Sanierung nach Standortkonzept. Bochum 2009.
- PFLICHTLEKTÜRE 03.12.2015.** Judith Wiesdrecker: Ruhr-Uni Bochum steht unter Denkmalschutz: Uni protestiert. In: pflichtlektüre. Onlinemagazin für Studierende vom 03.12.2015.
- REICHER 2011.** R. Reicher, K. Kunzmann, J. Polivka, F. Roost, Y. Utku, M. Wegener (Hg.): Schichten einer Region. Kartenstücke zur räumlichen Struktur des Ruhrgebiets, Berlin 2011, S. 212f.
- RUHR NACHRICHTEN 02.12.2015.** Michael Nickel: Aufregung um Denkmalschutz für Bochumer Ruhr-Universität. In: Ruhr Nachrichten vom 02.12.2015.
- SPIEGEL ONLINE 26.11.2007.** N.N.: Ruhr-Universität. Betonklötze werden für eine Milliarde saniert. In: Spiegel Online vom 26.11.2007.
- WDR STUDIO ESSEN.** N.N.: Streit um Denkmalschutz für Ruhr-Uni. In: WDR Studio Essen.

Mit den Riesen auf Augenhöhe – Ein neuer Blick auf Großstrukturen der 1960er und 1970er Jahre



GENERAL-ANZEIGER ONLINE
07.09.2014

„Wenn man diese grauen Flächen zwischen den Fenstern gelb anstreichen würde, sähe das Stadthaus direkt viel sympathischer aus.“





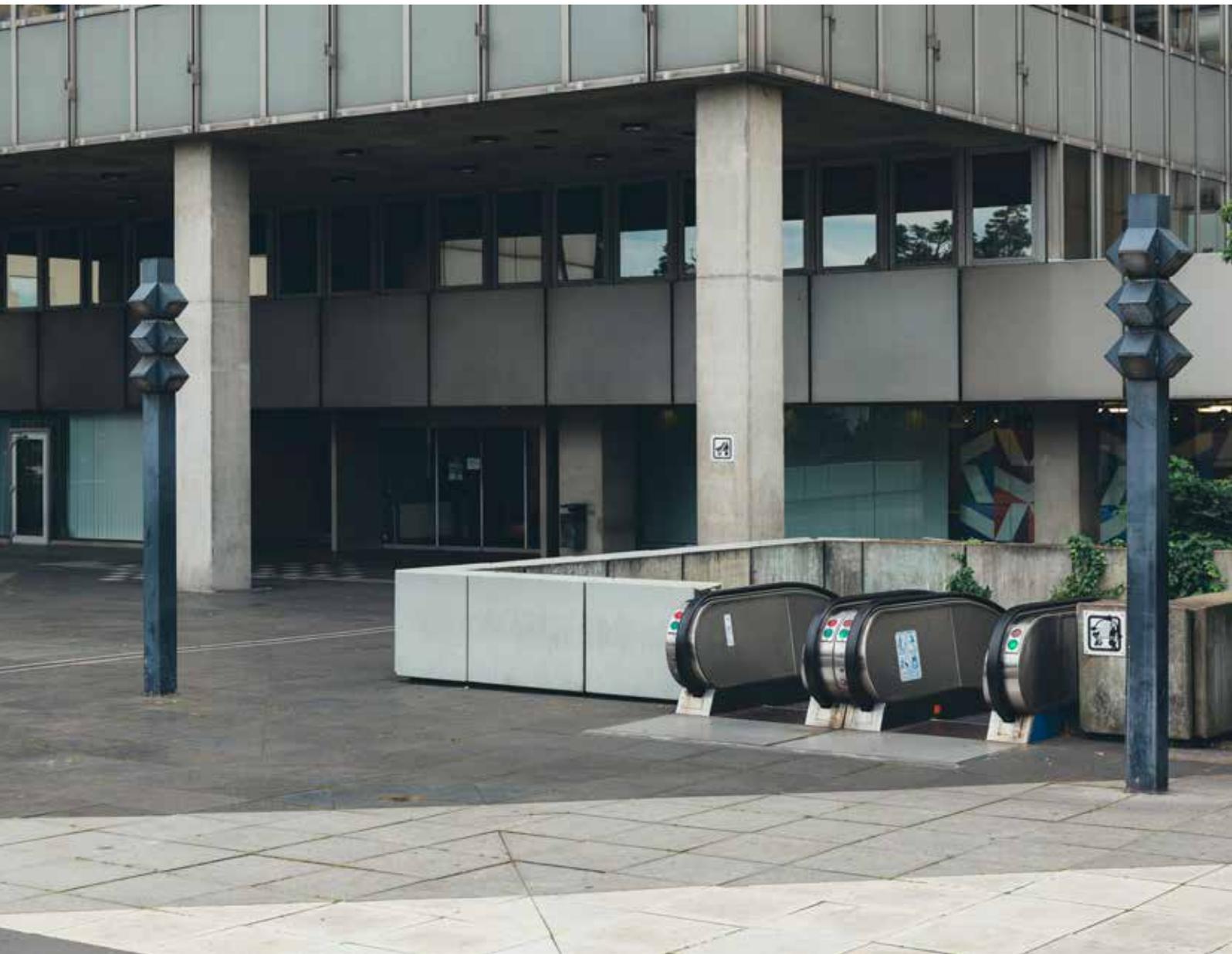
Neues Stadthaus Bonn

Objekt: Neues Stadthaus Bonn
Standort: Berliner Platz, 53111 Bonn
Bauzeit: 1973-77
Architekten: Heinle, Wischer und Partner, Stuttgart



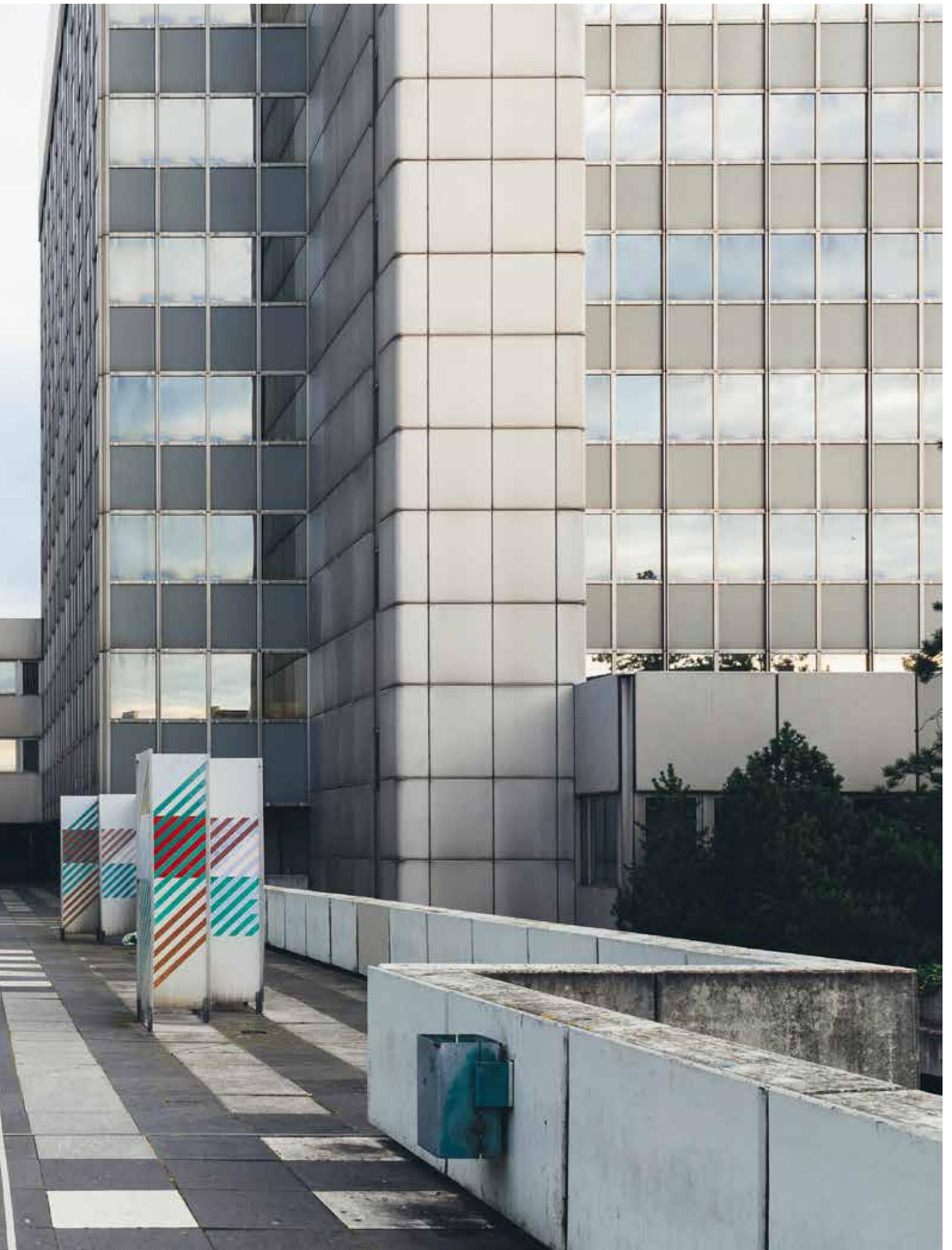
Die Sanierung und insbesondere der Austausch der Scheiben an der Vorhangsfassade des Bonner Stadthauses waren über Jahre ein öffentliches Diskussionsthema in Bonn. Aber die öffentlichen Diskussionen setzten nicht erst mit Instandsetzungsarbeiten am Stadthaus ein; diskutiert wurde bereits seit der Eröffnung. Schon in der Ansprache des Bonner Oberbürgermeisters Dr. Hans Daniels zur Einweihung des Neuen Stadthauses am 20. Mai 1978 wird der „Zündstoff“, den das Stadthaus von Beginn an bot, deutlich: „Wohl selten hat ein Bauwerk die Gemüter so erhitzt wie dieses Stadthaus, zu dessen festlicher Einweihung wir uns heute versammelt haben. Nicht einmal der Lange Eugen oder das Kanzleramt haben unter uns Bürgern so heiße Debatten ausgelöst.

Kein Bauwerk der Neuzeit hat wohl die gewachsene Silhouette im Stadtkern so entscheidend verändert. Nun steht es da und nun, da es steht, sollten wir es mit Martin Luther halten, der über seine Ehefrau Katharina von Bora gesagt hat: Wo wir sie nun einmal haben, wollen wir sie auch lieben.“ (Werkstatt Baukultur Bonn 2014) Nicht nur in Bonn wurden in den 1960er und 1970er Jahren erbitterte Diskussionen über die neuen Stadthäuser geführt, die vielfach im Zuge von „Flächensanierungen“ in zentralen Lagen als Großkomplexe realisiert wurden. Auch wenn im weitesten Sinne an die Bauaufgabe Rathaus mit einem weithin sichtbaren Repräsentationsanspruch angeknüpft wurde, so sollte das Stadthaus Bonn doch vor allem ein „Haus der Bürger“ sein. Dies ließ sich









Bebauung im nordöstlichen Bereich empfohlen wurden. Die problematische Haushaltslage, die kaum Spielraum offen ließ, führte im Mai 2012 zu dem Beschluss, dass nur notwendigste Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen; die Pläne zum Abriss oder zur Generalsanierung waren also vorerst vom Tisch (Talbot 2012, 99f.). Von den Maßnahmen betroffen waren besonders die sanierungsbedürftigen Vorhangschieben der Fassade, die eine rein gestalterische Funktion besitzen. Sie drohten herabzufallen und wurden demontiert, unabhängig von deren Wirkung auf das Gesamterscheinungsbild des Gebäudes (General-Anzeiger Online 07.09.2014). Die geplante Generalsanierung ist zunächst auf 2017 verschoben worden (Talbot 2012, 100). Die mediale Debatte setzte bereits vor der Eröff-



Grundriss der Eingangsebene 0, der „Plattform“ mit Brückenanlagen für Fußgänger (Quelle: Stadtarchiv Bonn)

nung des Stadthauses Bonn ein und fokussierte sich – in zumeist polemischer Art – auf die Ästhetik und städtebauliche Einpassung des Gebäudekomplexes. Der Spiegel widmete sich 1977 unter der Überschrift „Architekten: Kistenmacher im Büßerhemd“ auch dem Bonner Stadthaus und bezeichnete es damals bereits als „Stadtungeheuer“ und als „Fronburg“. Es war mehr eine Generalkritik am Wirken der zeitgenössischen Architekten, aber mit der Bildunterschrift „Neues Bonner Rathaus: Beton wurde zum Synonym für alles Schlechte dieser Welt“ unter der halbseitigen Abbildung des Gebäudes auf der Titelseite

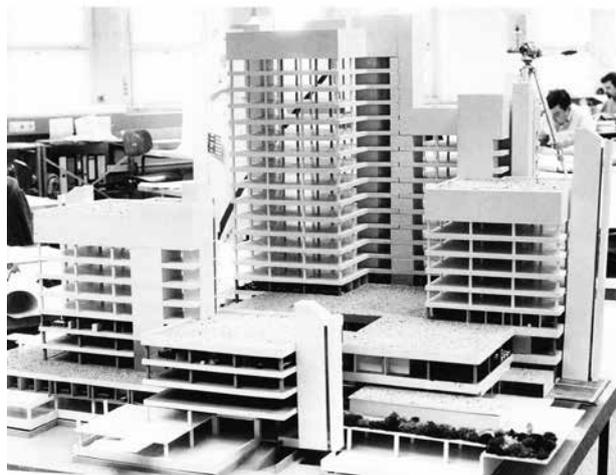
des Artikels erhielt diese Kritik eine Veranschaulichung (Der Spiegel, Nr. 39/1977, 206). Bis heute stehen die Medien der Gestalt des Gebäudes weiterhin emotional-kritisch gegenüber. So weist Neubacher darauf hin, dass sich die Metapher des „Stadtungeheuers“ bis heute erhalten hat, was sich auch in der Darstellung zur Erneuerung der Haustechnik ausdrückt, in der von den „Eingeweiden“ gesprochen wird (Neubacher 2012, 161, Anm. 6; General-Anzeiger Online 01.03.2007). Die Negativschlagzeilen reichen von der „städtebaulichen Sünde“ (General-Anzeiger Online 07.07.2011) über die Unentschiedenheit bezüglich der Sanierung und der schlechten Energiebilanz (z.B. Urbanophil Online 30.06.2011; Kölner Stadt-Anzeiger 18.07.2013; General-Anzeiger Online 17.07.2013, 09.08.2013, 07.09.2014) in den Jahren nach Bekanntgabe der Sanierungs- bzw. Abriss-Absichten (ab 2008 bis ca. 2014) mit einem großen medialen Echo und sogar TV-Beiträgen wie der Übertragung einer von der Werkstatt Baukultur Bonn initiierten Diskussionsrunde (vgl. Neubacher 2012, S. 162, Anm. 11) bis hin zu negativen Zustandsbeschreibungen „Was ist hier bloß los? Stadthaus Bonn: Angst, Dreck und Drogen“ (Express Online 30.10.15). Das mediale Interesse an der Zukunft des Stadthauses Bonn war jedoch seit 2014 spürbar rückläufig; auch wenn mit den ab 2014 durchgeführten Fassadensanierungen in mehreren Bauabschnitten Verkehrsbeeinträchtigungen einher gingen, die erneut für Diskussionen sorgten (General-Anzeiger Online 14.10.2013; 20.01.2014).

Nur vereinzelt lassen sich positive Bewertungen des Stadthauses nachweisen. Diese erfolgten insbesondere von fachlicher Seite, so z.B. im Rahmen der Tagung und der daraus resultierenden Publikation „Klötze und Plätze. Wege zu einem neuen Bewusstsein für die Großbauten der 1960er und 1970er Jahre“ (2012), und schlugen auch die Eintragung als Baudenkmal vor. Die Werkstatt Baukultur Bonn führte Diskussionsabende durch, veröffentlichte in ihrer Reihe „Architekturführer“ den Band 4 zum Stadthaus Bonn und bot öffentliche Architekturführungen an, u. a. mit dem Schwerpunkt „Kunst am Bau“. In der Fachwelt stieß das Stadthaus Bonn auf reges Interesse; in der Bonner Öffentlichkeit blieb diese Sichtweise auf den Komplex jedoch weitgehend ungehört (Neubacher 2012, 155-162 u. Talbot 2012, 99). Neubacher machte dafür die über Jahr-

zehnte etablierten Imageprobleme des Stadthauses verantwortlich, da diese Art der ästhetischen Qualitäten insbesondere an Laien schwer zu vermitteln sei (Neubacher 2012, S. 156).

Aspekte des ursprünglichen Planungskonzepts

Das Bonner Stadthaus sollte Teil eines geplanten Hochhausensembles in der Bonner Innenstadt werden, das nicht realisiert wurde. Es war als zentralisierte Verwaltung inmitten der Stadt vorgesehen und führte die bislang im Stadtgebiet verteilten Verwaltungseinheiten zusammen. Nachdem im Zuge einer so genannten „Flä-



Modell des Stadthauskomplexes
(Quelle: Stadtarchiv Bonn)

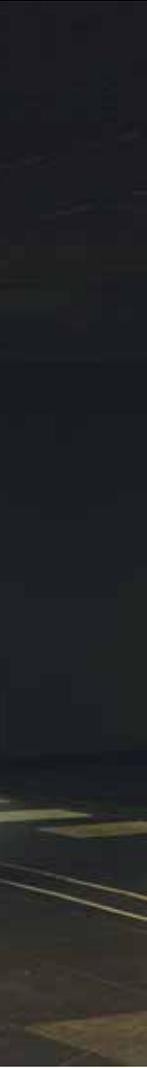
chensanierung“ ein Areal für das Neue Stadthaus in der nördlichen Innenstadt zur Verfügung gestellt wurde, begannen in den 1960er Jahren die Planungen zum Neuen Stadthaus Bonn. Städtebaulich war mit dem Neuen Stadthaus die Verbindung der südlich gelegenen Innenstadt mit der sogenannten Nordstadt, einem Stadterweiterungsgebiet aus dem 19. Jahrhundert, vorgesehen, da mit der in den 1960er Jahren realisierten Ost-Westachse (Ausbau der Oxfordstraße) eine starke stadträumliche Zäsur entstanden war. Im durchgeführten Architektenwettbewerb sahen die Gewinner des ersten Preises, Heinle, Wischer und Partner, wie einige andere Wettbewerbsteilnehmer auch, eine Überbrückung dieser Ost-Westachse vor. Mit dieser Konstruktion sollte eine weitreichende Anbindung an den Gebäudekomplex des Stadthauses hergestellt werden. Ergän-

zend hierzu sollte die Architektur des Komplexes mit differenzierten Aufenthalts- und Grünbereichen in den Außenraum verlängert werden. Zudem konzipierten die Architekten mit der Aufteilung der Baumassen in einzelne, vielgeschossige Baukörper bewusst eine neue städtebauliche Dominante und schufen damit eine neue Silhouette als nördlichen Abschluss der Innenstadt. Das gesamte Stadthaus basiert auf einem Raster von 8,40 x 8,40 Metern und verfügt über keinen ebenerdigen Zugang für Fußgänger, da das Sockelgeschoss der autoorientierten Erschließung und als Parkhaus dient. Die fußläufige Erschließung erfolgt über die autofreie „+1 Ebene“ mit überdachter Passage, an der diverse Einrichtungen (z.B. Friseur und Kfz-Anmeldung) angeordnet sind und über die auch Gastronomien sowie das Foyer des Stadthauses erschlossen werden. Über dem Sockelgeschoss erstrecken sich auf quadratischem Grundriss fünf unterschiedlich hohe Punkthochhäuser mit Großraumbüros im Inneren; die Türme weisen sechs bis 17 Geschosse auf und sind nahezu kreisförmig angeordnet. Ursprünglich wiesen die Fassaden durch vorgehängte Glasplatten eine Reliefwirkung auf, diese sind jedoch inzwischen demontiert. Zwischen Wettbewerb und Realisierung lagen etwa fünf Jahre und gegen den noch 1969 überwiegend gelobten Sieger-Entwurf kam 1970 von verschiedenen Seiten erster Widerstand auf. Die Kritik entzündete sich an zwei Themenschwerpunkten:

Zum einen wurde die unzureichende Einbindung des Gebäudekomplexes in das Stadtgefüge bemängelt, was zu einer Reduzierung der Erschließungsebene auf zwei schmale Fußgängerbrücken und eine Verringerung der geplanten Baumasse führte. Damit wurde die ursprünglich geplante Verbindung der Altstadt mit der Nordstadt, ein wesentlicher städtebaulicher Aspekt des Entwurfs, aufgegeben und die verbliebenen Zugänge blieben trotz der Reduzierung problematisch. Da die Fußgängerbrücke über die Ost-



Dokumentation des Baufortschritts von der anderen Rheinseite aus
(Quelle: Stadtarchiv Bonn)





West-Achse von den Bewohnern der Stadt nicht angenommen wurde, erfolgte Mitte der 1980er Jahre die Einrichtung eines ebenerdigen Fußgängerübergangs; die Brücke wurde Mitte der 1990er Jahre abgerissen.

Zum anderen ging es um die Gestaltung des Gebäudes. Der Entwurf von Heinle, Wischer und Partner sah ursprünglich einen (Sicht-)Betonbau vor und die Idee war, dass die Fassade vom Wechsel zwischen den Fensterflächen und den Brüstungsbändern geprägt werden soll. Sowohl die Politik als auch die Bevölkerung äußerten Kritik an dieser Gestaltung und demzufolge wurde nach einem stadtpolitischen Beschluss im Jahr 1971 die Fassadengestaltung überarbeitet. Ergeb-

nis waren die vorgehängten Leichtmetallverkleidungen, teils zudem mit Glasplatten vor den Brüstungsfeldern. Die Betonbrüstungen im Erdgeschossbereich erhielten ebenfalls vorgehängte Verglasungen oder wurden mit einem Anstrich in verschiedenen Pastellfarben versehen. Die Massivität des Gebäudes ließ sich durch diese Art der Überarbeitungen jedoch kaum mindern (Angaben aus: Talbot 2012, 94-100; Werkstatt Baukultur Bonn 2014).

Chancen und Potentiale

Mit der Entscheidung, ab 2017 eine Generalsanierung durchzuführen, sind auch Chancen für einen Imagewandel und eine positive „Inwertsetzung“ des Gebäudekomplexes verbunden, die genutzt werden sollten. Dabei sind insbesondere die Erschließungsbereiche in den Blick zu nehmen. Anknüpfend an die ursprüngliche Konzeption sollten die Erschließungsebenen geöffnet und stärker mit dem umgebenden Stadtraum verknüpft werden. Auch die Ausformulierung eines „Hauptzugangs“ könnte die Fußgängererschließung erleichtern.

Die sich auf der Ebene „+ 1“ befindlichen Raumangebote, die vom öffentlichen Raum aus erschlossen sind, bieten sich für eine Entwicklung von öffentlichen und privaten Nutzungen an. Hier ist zudem mit dem Foyer des Stadthauses ein Ausstellungs-, Begegnungs- und Veranstaltungsraum vorhanden, der sich für vielfältige Anlässe eignet.

Im Gegensatz zu der starken Verkehrsbelastung in den umgebenden Bereichen kann hier schon fast von einer „Oase“ in der nördlichen Innenstadt gesprochen werden. Mit einer besseren Erschließung und Einbindung des Plateaus sind hier Potentiale für einen ruhigen Aufenthalt gegeben. Eine weitere Chance für eine positive Inwertsetzung liegt in dem ursprünglichen Pflanz- und Grünkonzept des Stadthauses. Eine große Vielfalt an Sträuchern, Bäumen und Stauden wurde gepflanzt, die sich heute in weiten Teilen in einem schlechten Pflegezustand befinden. Gleiches gilt auch für Oberflächen von Pflanzgefäßen und Oberböden. Das Bild der „Oase“ könnte mit einer behutsamen Erneuerung bzw. Überarbeitung des Freiraumskonzeptes eine weitere Qualifizierung erfahren und zu einem neuen Blick auf den Gesamtkomplex beitragen.

Nicht zuletzt bietet das Stadthaus mit seiner Höhenentwicklung einen Orientierungspunkt im innerstädtischen Gefüge. Um aus dem „Ungeheuer“ Stadthaus auch einen Anziehungspunkt zu machen und einen Beitrag zu einem Imagewandel zu leisten, böte eine öffentlich zugängliche Nutzung im obersten Geschoss (z.B. die Unterbringung eines Restaurants) ein großes Potential.

Literatur und Quellen

- DER SPIEGEL 39/1977.** N.N.: Architekten: Kistenmacher im Büßerhemd. In: Der Spiegel Nr. 39/1977, S. 206–223.
- EXPRESS ONLINE 30.10.15.** Ines Bodammer: Was ist hier bloß los? Stadthaus Bonn: Angst, Dreck und Drogen. In: Express Online vom 30.10.15.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 07.09.2014.** Cem Akalin: Dringend sanierungsbedürftig – Zukunft des Bonner Stadthauses nach wie vor ungewiss. In: General-Anzeiger Online vom 07.09.2014.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 20.01.2014.** N.N.: Nur eine Spur befahrbar: Teilspernung wegen Fassadenarbeiten. In: General-Anzeiger Online vom 20.01.2014.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 14.10.2013.** N.N.: Fassadenscheiben werden ab Dienstag abgeschraubt. In: General-Anzeiger Online vom 14.10.2013.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 09.08.2013.** Lisa Inhofen: Stadthaus – Sanierung oder Neubau? Die blockierte Stadt, Folge 5. In: General-Anzeiger Online vom 09.08.2013.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 17.07.2013.** Lisa Inhofen: Sanierung des Stadthauses bleibt strittig. In: General-Anzeiger Online vom 17.07.2013.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 30.11.2011.** N.N.: Bonner Stadthaus: Abrisspläne sind wohl vom Tisch. In: General-Anzeiger Online vom 30.11.2011.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 07.07.2011.** N.N.: Architekten: Bonner Stadthaus ist nicht zu sanieren. In: General-Anzeiger Online vom 07.07.2011.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 01.07.2011.** N.N.: Stadthaus: Sanierung möglich – aber wie? In: General-Anzeiger Online vom 01.07.2011.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 09.02.2010.** N.N.: Fast zu schön, um wahr zu sein. In: General-Anzeiger Online vom 09.02.2010.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 01.12.2009.** N.N.: SPD pocht auf Abriss des Stadthauses. In: General-Anzeiger Online vom 01.12.2009.
- GENERAL-ANZEIGER ONLINE 01.03.2007.** N.N.: Stadthaus – Sanierung kostet sechs Millionen Euro. In: General-Anzeiger Online vom 01.03.2007.
- KÖLNER STADT-ANZEIGER 18.07.2013.** Lisa Inhofen: Wieder Diskussion um das Stadthaus. In: Kölner Stadt-Anzeiger vom 18.07.2013.
- NEUBACHER 2012.** Martin Neubacher: „Putzen und benutzen“. Neues Bewusstsein für das Bonner Stadthaus. In: Bund Heimat und Umwelt BHU (Hg.): Klötze und Plätze. Wege zu einem neuen Bewusstsein für die Großbauten der 1960er und 1970er Jahre, Bonn 2012, S. 155–162.
- TALBOT 2012.** Franz-Josef Talbot: Das Bonner Stadthaus – der unsichtbare Koloss. In: Bund Heimat und Umwelt BHU (Hg.): Klötze und Plätze. Wege zu einem neuen Bewusstsein für die Großbauten der 1960er und 1970er Jahre, Bonn 2012, S. 94–100.
- URBANOPHIL ONLINE 30.06.2011.** Galene Haun: Streitobjekt Bonner Stadthaus. In: Urbanophil Online vom 30.06.2011.
- WERKSTATT BAUKULTUR BONN 2014.** Architekturführer der Werkstatt Baukultur Bonn – Stadthaus, hg. von der Edition Kritische Ausgabe, Band 4, Bonn 2014.

Mit den Riesen auf Augenhöhe – Ein neuer Blick auf Großstrukturen der 1960er und 1970er Jahre



DER WESTEN
15.05.2015

„Viele sind dem
Charme des weißen
Monsters verfallen.“

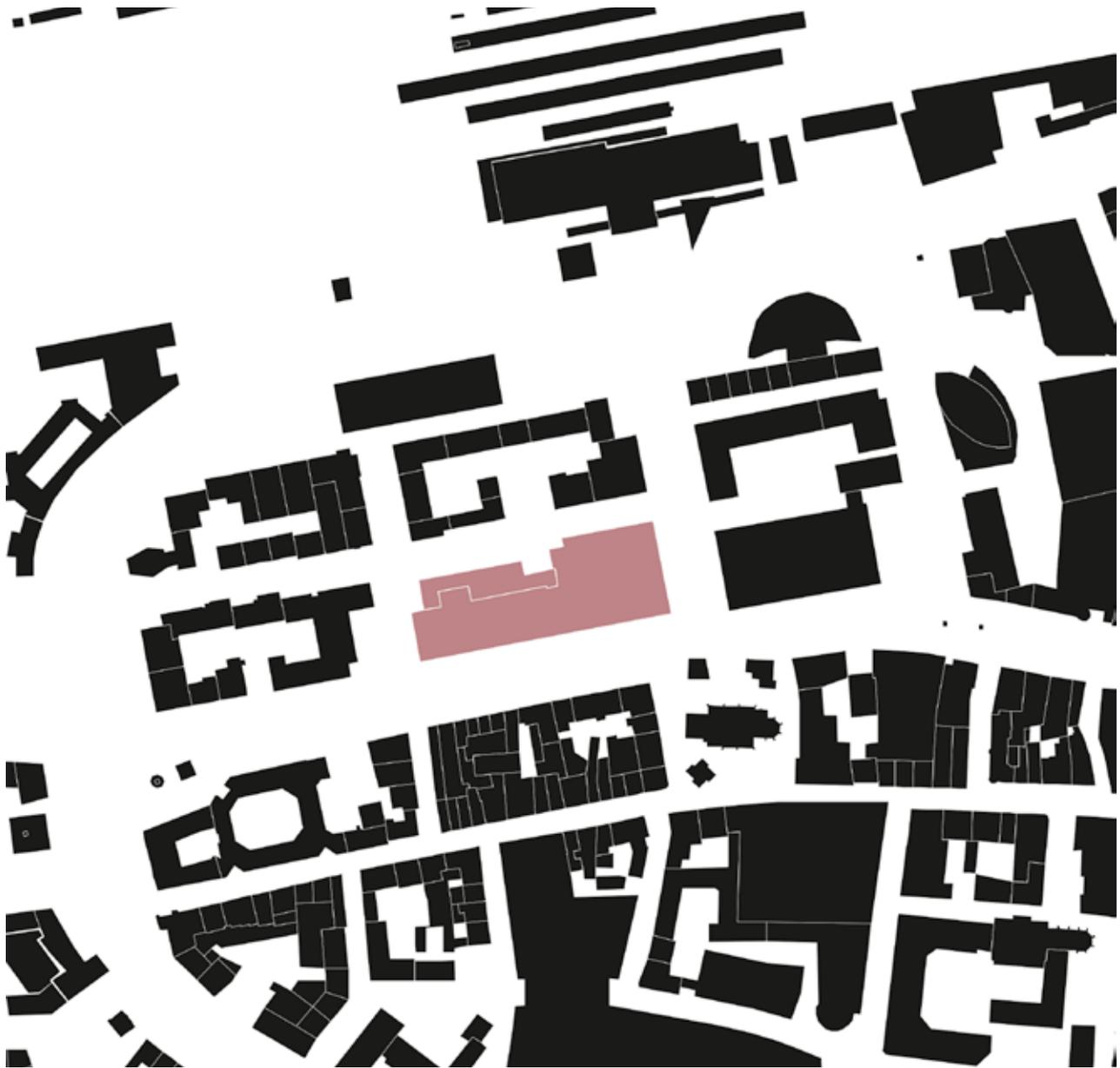


70



Commerzbank und DoC Medical Center Dortmund

Objekt: Commerzbank und DoC Medical Center Dortmund
Standort: Kampstr. 45-47, 44137 Dortmund
Baujahr: 1975-1977; 2011-2012 (Umbau)
Architekten: Harald Deilmann, Münster; Eller + Eller Architekten,
Düsseldorf (Umbau)



Das Gebäude der ehemaligen Westdeutschen Landesbank (WestLB) und der Dresdner Bank in der Dortmunder Innenstadt wurde Mitte der 1970er Jahre vom Architekten Harald Deilmann entworfen. Die Größe ist eindrucksvoll: Das Bauwerk nimmt einen gesamten Baublock ein. Mit dem Bau realisierte der Münsteraner Architekt etwas bis dahin Ungewohntes: Er kombinierte die Repräsentation und Erhabenheit eines Bankgebäudes mit dem profanen Vergnügen des Einkaufens und einem Café. Jahrzehnte lang wurde der multifunktionale Komplex entweder gar nicht oder eher negativ wahrgenommen und stand seit dem Auszug der WestLB im Jahre 2009 zu großen Teilen leer bis zunächst die Denkmalpflege und schließlich eine Investorengruppe, die Marler

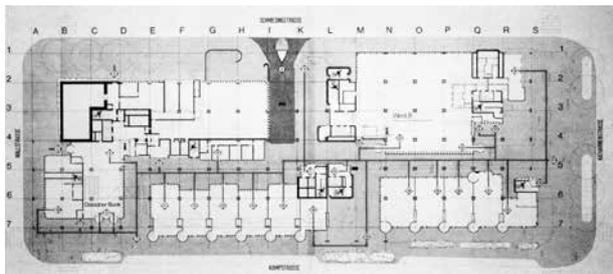
Lanber GmbH, auf das Objekt aufmerksam wurde. Mit einem großen Sanierungs- und Umbauvorhaben wurde das Gebäude bis 2014 durch das Architektenbüro Eller + Eller revitalisiert und in ein Medizin- und Gesundheitszentrum verwandelt.

War der ungeliebte Bau lange Zeit vom Abriss bedroht, so gilt er heute als Vorbild für eine gelungene Revitalisierung. Als erstes Objekt der 1970er Jahre in Dortmund wurde 2011 die Großstruktur unter Denkmalschutz gestellt und ist damit eines der jüngsten Denkmäler Westfalens. 2014 war das Gebäude nach Abschluss der Umbauarbeiten Preisträger bei der Auszeichnung guter Bauten des Bundes Deutscher Architekten Dortmund-Hamm-Unna. Im Juryurteil hieß es:

„Einst ungeliebte Architektur der 1970er Jahre und vom Abriss bedroht, jetzt Vorbild für eine gelungene Revitalisierung statt Rückbau.“ 2014 wurde der Bau nach gelungener Sanierung im Februar durch das Westfälische Amt für Denkmalpflege des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und im August durch die Stadt Dortmund als Denkmal des Monats ausgezeichnet. Das Gebäude ist immer noch fest im Dortmunder Stadtbild verankert und erfährt eine positive Bürgerzustimmung.

Die öffentliche Debatte

Zu Beginn der Debatte spielte vor allem die Passage eine große Rolle. Sie hatte sich mit unkontrollierbaren Pinkelecken und Schlafstätten für Obdachlose zu einem Angstraum entwickelt, der in der Öffentlichkeit zum Stein des Anstoßes wurde. Ein zentraler Punkt in der immer wiederkehrenden Kritik am Gebäude Deilmanns an der Kampstraße war seine Größe, aufgrund derer man sich gegenüber „solchen Ungetümern wie der WestLB“ (Stadtbild 2007) für einen Abriss aussprach: „Ich bin immer noch für einen Komplett-Abriss“ (Architektur-Forum 2009). Noch heute zeugen Bezeichnungen wie „aufragende[r], gewältige[r] Gebäudekomplex“ (Kunstgebiet Ruhr 2016), „gigantische[r] Komplex“ (Der Westen 2015) oder „Ozeandampfer in der Stadt“ (Dort-



Grundriss der Erdgeschosssebene

(Quelle: Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst NRW, A:AI)

mund 2014) von der durch das Bauvolumen geprägten Wahrnehmung. Dennoch konnte diese Auffassung in eine positive Richtung verändert werden. Die Größe des Komplexes wird in der Erläuterung zum Denkmal des Monats 2014 vom LWL als positiv beschrieben: „Noch nach fast 40 Jahren überraschen die ungeheure Wucht und Präsenz, mit der sich der zwei großvolumige Bau-

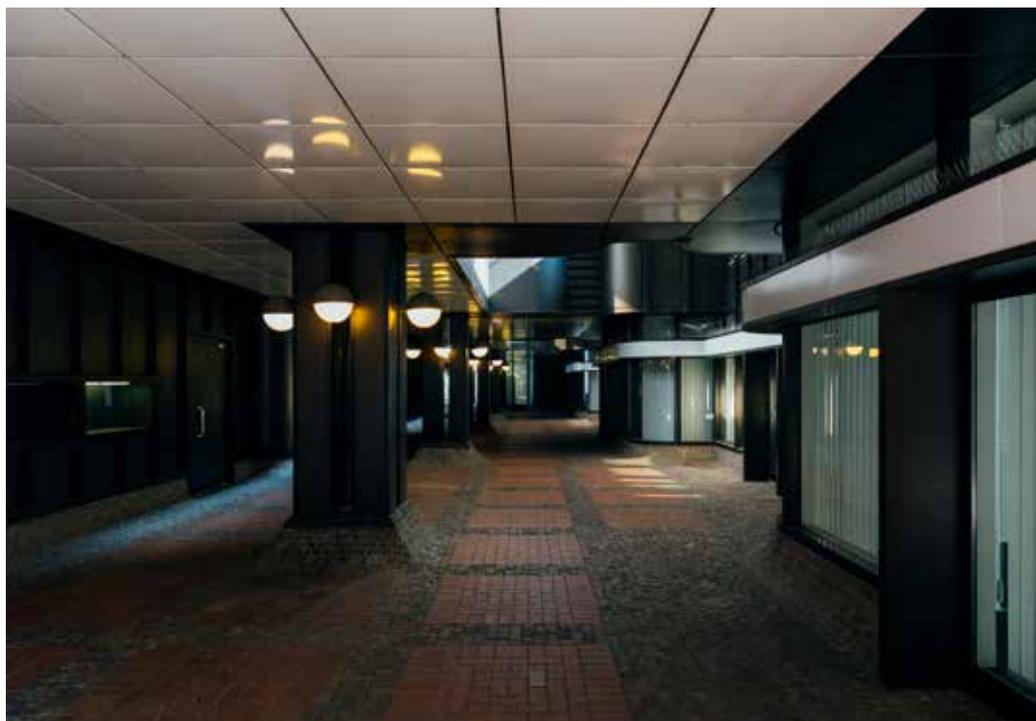
körper vereinende Baukomplex [...] in der Dortmunder Innenstadt breitmacht“ (LWL 2014). Von 2009 bis 2010 stand der Baukomplex zu großen Teilen leer und wurde im Rahmen der Kampagne „Sehenlernen“ der Landesinitiative Stadtbaukultur im Juni 2010 teilweise als Ausstellungsfläche genutzt. So rückte das Gebäude immer mehr in den Fokus öffentlichen Interesses und auch die Potenziale des Objektes wurden thematisiert. Für die Umnutzung zu



Modell des Gesamtkomplexes von Südosten

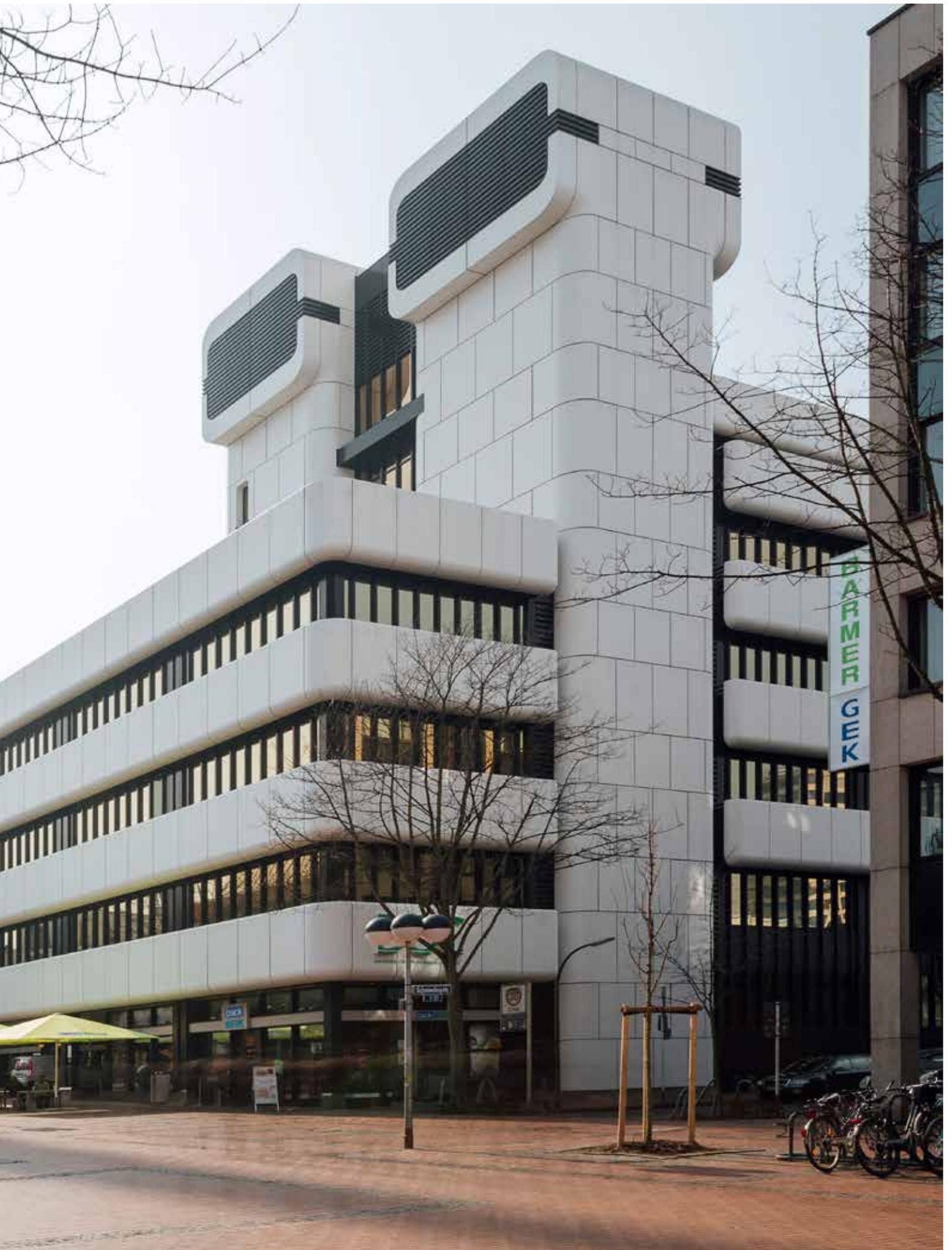
(Quelle: Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst NRW, A:AI)

einem Ärztezentrum lag 2011 bereits ein Entwurf vor, der stark in die Bausubstanz eingegriffen hätte. Daraufhin wurde das Gebäude vorläufig unter Denkmalschutz gestellt, wodurch die Untere Denkmalbehörde der Stadt Dortmund und die LWL-Denkmalpflege in den Planungsprozess mit einbezogen wurden. „Aus städtischer Sicht ist es ein Glücksfall für Dortmund, dass dieses Stadtraum prägende Gebäude eine neue Nutzung erhält. Sie stellt einerseits einen Gewinn für die Dortmunder City dar und trägt andererseits dazu bei, dass ein architektonisch besonders qualitätsvoller Bau der 1970er in Dortmund in seinen markanten Eigenarten erhalten bleibt.“ Mit diesen Worten überreichte Ludger Wilde, Leiter des Stadtplanungs- und Bauordnungsamtes, der Lanber GmbH offiziell die Baugenehmigung für den Umbau des ehemaligen WestLB-Gebäudes an der Kampstraße (Gobain 2016). Schließlich fand noch im Rohbau am 3. November 2014 die BDA-Veranstaltung „Ressource Stadt. Umdenken, Umnutzen, Weiterbauen“ statt, für die der vor dem Abriss bewahrte Deilmann´sche Großkomplex eine perfekte Kulisse bot.









Aspekte des ursprünglichen Planungskonzepts

Der Dortmunder Baukomplex unterscheidet sich von den anderen WestLB-Bauten des Architekten Deilmann in Münster und Düsseldorf dadurch, dass er aus zwei Gebäudeteilen besteht, die dennoch eine differenzierte Einheit bilden. Das Bauvolumen des östlichen Teils der WestLB wird in einem gestaffelten Baukörper untergebracht. Die Fassade ist hier durch umlaufende horizontale Brüstungsbänder geprägt. Die verglasten Ebenen



Luftaufnahme des fertiggestellten Komplexes zwischen Wall und Kampstraße Ende der 1970er Jahre
(Quelle: Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst NRW, A:AI)

7 dazwischen springen zurück, wodurch die Anordnung umlaufender Balkone ermöglicht wurde. Alle Fenster erhielten als Kontrast zum Weiß-Zement der Brüstungen braun bedampfte Scheiben. Das Volumen der benachbarten Dresdner Bank ist wesentlich kompakter gefasst. Ihre Fassade ähnelt zwar der der WestLB, kopiert sie jedoch nicht. Hier sind die Brüstungen wesentlich niedriger gehalten und schaffen so einen Übergang zu der Vertikalaufteilung der Fenster, wodurch sich ein fein gegliedertes Netz über die gesamte Fassade spannt. Beide Teile werden durch die Gestaltung der architektonischen Details wie Lüftungs- und Treppentürme, Runderlemente und das Material miteinander verbunden. Städtebaulich wies der Entwurf der Großform viele Qualitäten auf. Deilmann entwickelte vom Straßenraum aus über halböffentliche Passagen bis in den halböffentlichen Raum der Schalterhalle und die Ladenlokale einen gleitenden Übergang von innen nach außen. Die Passage zwischen dem Trakt der WestLB und dem der

Dresdner Bank führte von der Elisabethstraße zur Kampstraße und erschloss Kassenhalle und Gastronomie sowie Ladeneinbauten. Diese befanden sich in einem eingeschobenen, niedrigen Bauteil aus bronzefarbenem Aluminium, der zwischen der innerstädtischen Fußgängerebene und dem Gesamtkomplex eine gelungene Überleitung schuf. Die Zierpflasterung der Passage wurde in der Fußgängerzone weitergeführt, was den fließenden Übergang zwischen innen und außen zusätzlich verstärkte. Die raumgreifende Staffelung des Volumens, versehen mit Dachterrassen und Vor- und Rücksprüngen in der Fassade und einer verglasten, offenen Erdgeschosszone verband den Bau geschickt mit dem Außenraum.



Blick aus dem Foyer in die Passage
(Quelle: Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst NRW, A:AI)

Qualitäten nach Sanierung und Umnutzung

Ein wichtiges Anliegen der Sanierungsmaßnahme war es, das äußere Erscheinungsbild weitgehend bei zu behalten und den Bau inhaltlich zu erneuern. Charakteristisch für das Gebäude ist seine horizontale Gliederung, die von vertikalen Technischelementen durchdrungen wird. Diese Struktur blieb auch nach der Sanierung erhalten. Probleme fanden sich eher in der Gebäudetiefe von 50 Metern. Doch das Ausbauraster von 8 x 8 Metern erlaubte einen sinnvollen Umbau. Dennoch lagen

die größten Herausforderungen bei den bauzeitlichen Besonderheiten der 1970er Jahre. In den ehemaligen Großraumbüros mussten neue Einzelbereiche gebildet werden und die Fenster sollten wieder zu öffnen sein. Im Innern befindet sich heute ein Ärztezentrum mit Praxen in den oberen Geschossen sowie Läden und Gastronomie im Erdgeschoss. Die enge Zusammenarbeit von



Begrünte Dachterrasse der ehemaligen Dresdner Bank,
heute Commerzbank
(Quelle: Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst NRW, A:AI)

Architekten, Bürgern und der Stadt hat letztendlich zu einem viel gelobten Ergebnis geführt. Die städtebauliche Qualität des fließenden Übergangs von innen nach außen konnte trotz Schließung der Passage und der Aufgabe einiger Ladenlokale beibehalten werden. Das sanierte Gebäude wird im Inneren nicht mehr als verschlossen wahrgenommen, sondern offen, einladend und hell. Mehrere Ebenen werden über ein helles, Tageslicht durchflutetes Atrium miteinander verbunden. Die vorhandene innere Passage und die ehemalige Kassenhalle wurden behutsam in einen neuen, zentralen, öffentlichen Innenraum umgewandelt und erweitert. Die begrünte Terrasse zur Kampstraße sowie die Gastronomie im Erdgeschoss verbindet das Gebäude weiterhin mit dem städtischen Umfeld. Die raumgreifende Großstruktur bekräftigt in ihrer Ausführung ihren Anspruch auf urbane Verdichtung. Gleichzeitig stellt sie ein Beispiel für die ausgezeichnete architektonische Gestaltung des sozialen, innerstädtischen Raums dar.

Literatur und Quellen

- ARCHITEKTUR-FORUM 2009.** Blogeintrag von Luxor am 12.05.2009. <http://www.deutsches-architektur-forum.de>.
- BDA 2014.** <http://www.bda-koeln.de/architekturpreis/architekturpreis-nrw/preise/4/preis/doc-medical-center.html>.
- BDA-BERLIN 2014.** <http://www.bda-berlin.de/awards/dos-medical-center>.
- DORTMUND 2014.** Denkmal des Monats. http://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/nachrichtenportal/alle_nachrichten/nachrichtjsp?nid=310677.
- GOBAIN 2016.** Sanierung des denkmalgeschützten DOC in Dortmund mit Sonnenschutzglas. <http://de.saint-gobain-glass.com/node/890>.
- KROOS 2012.** Peter Kroos: Schutzschirm für Dortmunds ICC. In: *Bauwelt* 5/2012.
- KUNSTGEBIET RUHR 2016.** http://www.kunstgebiet.ruhr/kunstforum/skulpturen/grosse_flora-d/.
- LICHTENSTEIN 2010.** Katrin Lichtenstein: Design-Objekt. In: Sonja Hnilica, Markus Jäger, Wolfgang Sonne (Hg.): *Auf den Zweiten Blick. Architektur der Nachkriegszeit in Nordrhein-Westfalen, Bielefeld 2010*.
- LWL 2014.** Christoph Heuter: Schon drinnen? Oder noch draußen? http://www.lwl.org/dlbw/service/denkmal-des-monats_vom_28_februar_2014.
- PM 2014.** Umnutzung vom Bankgebäude zum Ärztehaus gelungen: LWL zeichnet 40 Jahre junges Dortmunder Denkmal aus. Pressemitteilung vom 25.04.2014. <http://www.lwl.org/pm32237>.
- STADTBILD 2007.** Blogeintrag vom 13.09.2007. <http://www.stadtbild-deutschland.org/forum>.
- DER WESTEN 2015.** Architektur-Führer Dortmund – WestLB an der Kampstraße. In: *Der Westen* vom 18. Mai 2015. <http://www.derwesten/staedte/dortmund/architektur-fuehrer-dortmund-westlb-an-der-kampstrasse-id8990885.html>.







DER WESTEN
18.05.2014

„Am Hannibal scheiden sich die Geister: Hässlich oder schön?“

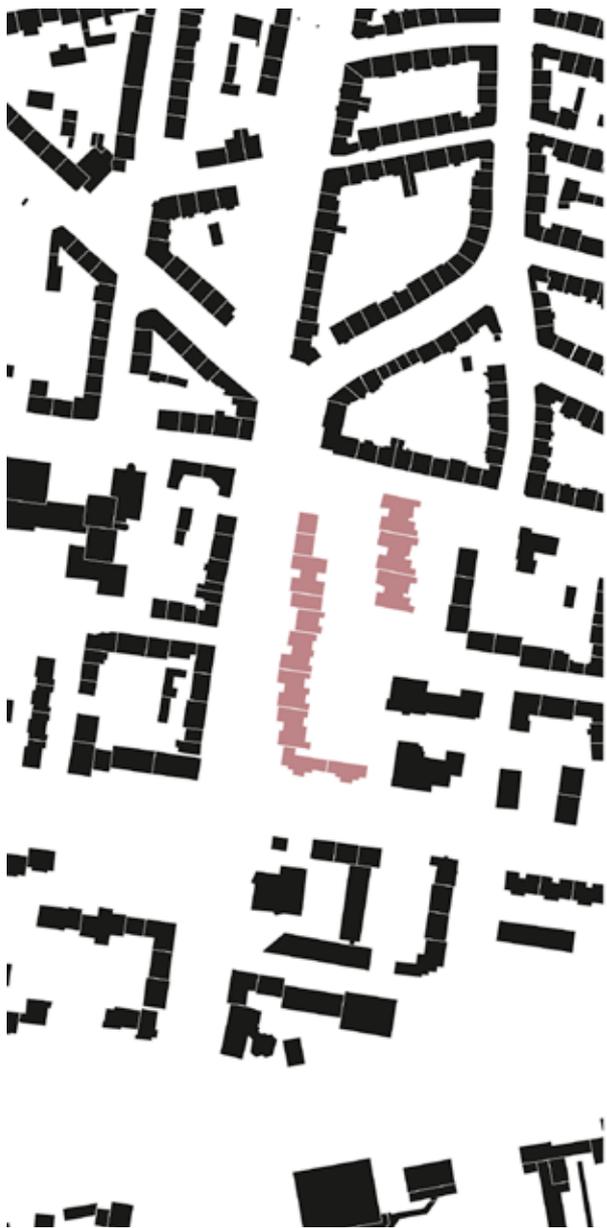




Hannibal-Wohnkomplexe, Dortmund

- ◀ Objekt: Hannibal I Wohnkomplex „kleiner Hannibal“
Standort: Bornstraße 77-85, Dortmund
Baujahr: 1972-1974
Architekt: Günther Odenwaeller und Heinz Spieß, Dortmund
- 📍 Objekt: Hannibal II Wohnkomplex „großer Hannibal“
Standort: Vogelpothsweg 12-26, Dortmund
Baujahr: 1973-1975
Architekt: Günther Odenwaeller und Heinz Spieß, Dortmund





Kaum eine Wohnanlage polarisiert die Gemüter in Dortmund derart wie die „Hannibal“-Komplexe an der Bornstraße in der Nordstadt und am Vogelpothsweg im Stadtteil Dorstfeld. Gründe hierfür liegen einerseits im äußeren Erscheinungsbild der Anlagen und andererseits im Management der jeweiligen Standorte. Die Vorbehalte beziehen sich insbesondere auf die Größe der Bauten, denn der „kleine Hannibal“ an der Bornstraße umfasst rund 230 Wohneinheiten in bis zu 12 Geschossen und im „großen Hannibal“ am Vogelpothsweg mit bis zu 17 Geschossen befinden sich rund 410 Wohnungen. Architekturliebhaber erkennen dem gegenüber die Einzigartigkeit der Anlagen, die in ihrer Struktur der Wohnungszuschnitte sowie der Innen- und Außenbezüge der

Wohneinheiten eine besondere Qualität darstellen. Gleiches gilt auch für die Wohnzufriedenheit der Mieter und den baulichen Zustand der Anlagen: die Bauten gehören unterschiedlichen Eigentümern, die sich in unterschiedlichem Maße um ihre Bestände kümmern – und dies ist an den jeweiligen Standorten deutlich ablesbar. Gleichwohl betonen alteingesessene Mieter die Wohnqualitäten, die sich im wesentlichen auf die Grundrisse und die großzügigen Balkone mit der Aussicht von den höheren Geschossen beziehen. Der stadträumliche Kontext spielt zudem eine Rolle für die Wertschätzung bzw. fehlende Akzeptanz der Wohnanlagen; während der „kleine Hannibal“ in zentraler Lage die gründerzeitliche Blockrandbebauung mit seiner L-Form fort-

schreibt und Teil eines nutzungsgemischten Stadtraums ist, wurde der „große Hannibal“ als freistehender Solitär mit geringen stadträumlichen Bezügen auf die „grüne Wiese“ gesetzt (Der Westen Online 18.05.2014).

In diesem Spannungsfeld bewegen sich die Diskussionen um die „Anerkennung“ der Hannibal-Komplexe in ihrer Substanz und in ihrer Weiterentwicklung – und das bereits seit den 1980er Jahren. Dabei geht es in den Diskussionen in der Regel um das Beklagen der aktuellen Missstände und weniger um eine Rückschau auf die Qualitäten oder das Ausloten von Zukunftsperspektiven.



Perspektivische Zeichnung des „kleinen“ Hannibals um 1971 (Quelle: Archiv Kroos+Schlemper Architekten, Dortmund)

Die öffentliche Debatte

Die Berichterstattung über die Hannibal-Komplexe bezieht sich in der Regel nicht auf die Architektur selbst, sondern auf „Ereignisse“ rund um die Immobilie. Dies können z.B. Eigentümerwechsel, Sanierungsstaus oder soziale Konflikte sein.

So war der Hannibal I Anfang 2016 beispielsweise durch einen Brand Thema in diversen Zeitungen und Nachrichten-Portalen (etwa Focus Online 22.01.2016; Ruhr Nachrichten Online 23.01.2016; Der Westen Online 22.01.2016 und 27.01.2016). Der WDR berichtete zuletzt über eine Rattenplage infolge des Brandes (wdr.de 23.02.2016). Derlei Vorfälle stehen zwar nicht primär mit der Architektur des Hannibal I in Verbindung, beeinflussen jedoch das allgemeine Image des Gebäudekomplexes. Zudem findet das Gebäude im Zusammenhang mit Vorfällen in dessen weiterer Umgebung Erwähnung, wobei es als Ausgangs- oder Orientierungspunkt für die Lokalisierung der



Baustelle an der Bornstraße, im Hintergrund der bereits fertiggestellte Bauabschnitt in der zweiten Reihe (Quelle: Archiv Kroos+Schlemper Architekten, Dortmund)

Geschehnisse dient (Der Westen Online 13.01.2016). Durch seine herausragende Größe, seine ungewöhnliche Gestalt sowie seine Lage scheint der Gebäudekomplex als „Marke“ bzw. „Orientierungspunkt“ zu fungieren. Die im Zusammenhang mit Wohnanlagen der 1970er Jahre als selten, aber umso wichtiger, erachteten „Identifikationsmöglichkeiten“ (mieterforum-ruhr.de 03.12.2011) scheinen beim Hannibal I zumindest in Teilen gegeben zu sein.

Der Hannibal II erfährt in den Medien ebenfalls eine geringe Wertschätzung: „Der Dorstfelder Hannibal ist und bleibt Fremdkörper, sozialer Brennpunkt [...]“. (Der Westen Online 18.05.2014). Auch er taucht immer wieder mit Themen in den Medien auf, die nicht in direkter Verbindung zur Architektur des Gebäudes stehen, die aber das ohnehin schlechte Image befeuern: „Die Wohnhäuser am Hannibal in Dorstfeld-Süd sind auf dem giftigen Boden einer ehemaligen Kokerei gebaut worden. Das war bereits in den 80iger Jahren bekannt. Saniert wurde der Boden aber erst 20 Jahre später. Und die Bewohner heute wissen kaum etwas darüber.“ (Pfänder 2015). Zudem gilt der Hannibal-II-Komplex heute als Problemimmobilie. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass er bereits kurz nach Fertigstellung schon Baumängel aufwies, denen nur unzureichend nachgegangen wurde. Ende der 1990er Jahre wurde ein so genanntes externes Mietermanagement zur „Durchführung von Maßnahmen



Hannibal | Wohnkomplex „kleiner Hannibal“





Hannibal | Wohnkomplex „kleiner Hannibal“



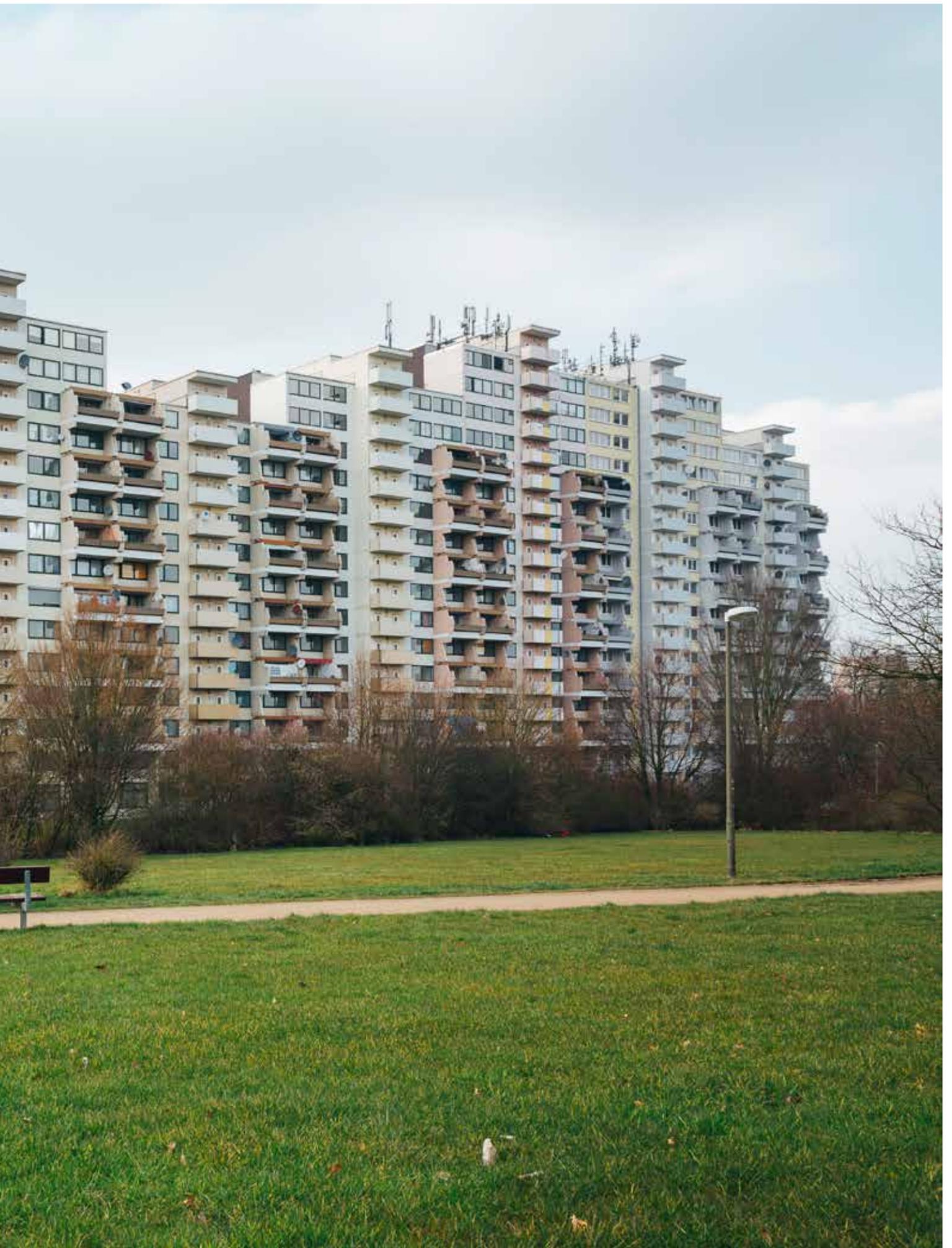


Hannibal II Wohnkomplex „großer Hannibal“

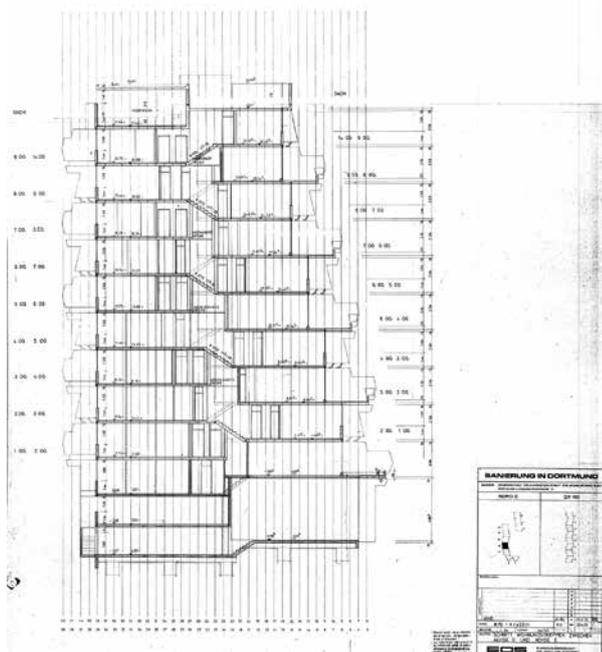




Hannibal II Wohnkomplex „großer Hannibal“



der sozialen Stabilisierung, Beteiligung, Belegungssteuerung zur sozialen Durchmischung, Müllreduktion und Entwicklung weiterer bewohnerorientierter Projekte“ eingerichtet (durchgeführt von der WohnBund-Beratung NRW), mit dem erste Erfolge erzielt werden konnten. Hinzu kamen mehrere Eigentümerwechsel: die DOGEWO21 verkaufte den Komplex 2004 an die Janssen & Helbing GmbH und 2011 erwarb die Lütticher 49 Properties GmbH den Komplex in

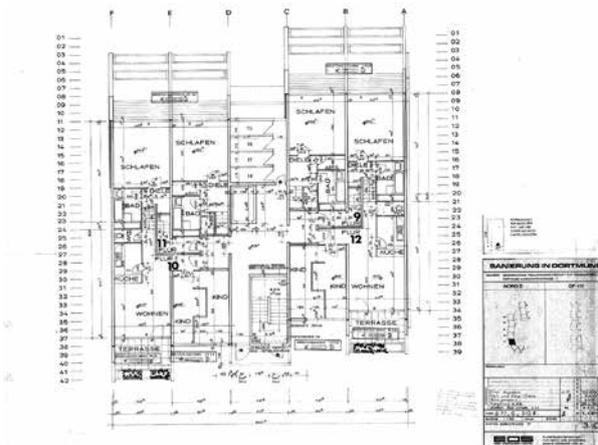


Schnitt durch die Splitlevel-Wohnungen an der Bornstraße
(Quelle: Archiv Kroos+Schlemper Architekten, Dortmund)

96

einer Zwangsversteigerung für sieben Millionen Euro. Dies war deutlich übersteuert, denn der Verkehrswert lag bei 3,7 Millionen Euro; zzgl. rd. 9 Mio Euro für die Behebung von Bauschäden und Mängeln (Mieterverein Dortmund 27.07.2015; Der Westen Online 14.12.2011). Auch bedingt durch die Eigentümerwechsel wurden begonnene Sanierungsarbeiten nicht fertig gestellt, so dass heute seitens der Mieterschaft vielfach über undichte Fenster, Putzschäden, Probleme mit Ungeziefer und Schimmel, defekte Aufzüge sowie hohe Betriebskosten geklagt wird. Eine grundlegende Modernisierung wäre nach wie vor erforderlich, um die Anlage an heutige Wohnstandards anzupassen. Die Wirtschaftlichkeit einer solchen Modernisierung ist jedoch fraglich (Kosten für die notwendigsten Maßnahmen werden auf knapp 10 Mio. Euro beziffert (mieterforum-ruhr.de

02.12.2011). Die Wohnanlage fungiert für die Lütticher 49 Properties GmbH offenbar als Spekulations- und Abschreibungsobjekt (Der Westen Online 14.12.2011). Im August 2012 war von „umfangreichen Bauarbeiten“ die Rede, man wolle „[...] nach und nach ein attraktives und ruhiges Wohnumfeld schaffen“, so Sven Schützek von der Lütticher 49 Properties GmbH; dazu solle auch die Mieterstruktur verändert werden; Wohnungen sollten folglich umfassend saniert und nach strengeren Maßstäben belegt werden (Ruhr Nachrichten Online, 17.08.2012). Insgesamt entwickelte sich durch unterlassene Sanierungsmaßnahmen eine „angespannte Stimmung in der Siedlung“ und mit der Hausverwaltung Kontakt aufzunehmen sei kaum möglich (Ruhr Nachrichten Online 06.04.2013 und 13.09.2013). Teilweise fielen Heizungen über Wochen aus, da die Eigentümerin scheinbar nicht solvent ist und Kosten an Versorger nicht begleicht (Der Westen Online 27.02.2013). Die Bewohner fühlen sich von der



Teilgrundriss des dritten Obergeschosses des Bauteils Bornstraße
(Quelle: Archiv Kroos+Schlemper Architekten, Dortmund)

Eigentümerin im Stich gelassen und die Lütticher 49 Properties legte auch auf Nachfrage der Mieter weder ein Konzept noch einen Zeitplan zu den notwendigen Baumaßnahmen vor. Daher formierte sich Anfang 2013 eine Mieterinitiative (Ruhr Nachrichten Online 28.02.2013) und bis heute ist der Wohnkomplex durch ein negatives Image in der Öffentlichkeit gekennzeichnet.

Aspekte des ursprünglichen Planungskonzepts

Im Zeitraum 1972-1974 entstand zunächst der „kleine Hannibal“ mit bis zu 12 Geschossen in der Dortmunder Nordstadt in zentraler Stadtlage; umgeben von einer überwiegend vier- bis fünfgeschossigen Blockrandbebauung. Es war eine von zahlreichen Neubauaktivitäten der Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft (heute DOGEWO21/Dortmunder Gesellschaft für Wohnen) in den 1970er Jahren und neben dem „kleinen Hannibal“ entstand in direkter Folge auch der „große Hannibal“ in Dorstfeld; beide nach Entwurf der Dortmunder Architekten Günther Odenwaller und Heinz Spieß.

Bei dem „kleinen Hannibal“ bzw. dem „Hannibal I“ handelt sich um einen kompakten L-förmigen Komplex entlang der Bornstraße 77-85 mit rund 230 Wohnungen, die als Maisonnetten in den zu beiden Straßenseiten gestaffelten Geschossen untergebracht sind. Die etwas erhöht und vom Bürgersteig abgerückt liegenden Erdgeschosse sind gewerblich genutzt; hier befindet sich auch ein Mieterbüro der aktuellen Eigentümerin, der LEG Immobilien GmbH.

Durch die Staffelgeschosse und unterschiedliche Höhen einzelner Bauteile sowie dem Wechselspiel von Geschossen mit und ohne vorgelagerte Terrassen/Balkone ergibt sich eine unregelmäßige, aufgelockerte Struktur, die dem Komplex auch den Namen „Wohngebirge“ eingebracht hat. Niedrigere seitliche Bauteile vermitteln zwar zwischen den teils 12 Geschossen des Wohnkomplexes und der angrenzenden Bebauung; insgesamt hebt sich der Komplex durch seine Dimensionen, seine Struktur sowie seine von der Straße zurückversetzte Positionierung jedoch deutlich von der umgebenden Bebauung ab. Im rückwärtigen Umfeld des Gebäudekomplexes befinden sich teils zwei- bis vierstöckige Bauten, die mit ihrer Gestaltung am Hauptgebäude orientiert sind. Der „große Hannibal“ oder „Hannibal II“ wurde in den Jahren 1973-1975 im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld am Vogelpothsweg 12-26, ebenfalls von der DGW (Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft; heute DOGEWO21/Dortmunder Gesellschaft für Wohnen), realisiert. Nach mehreren Eigentümerwechseln befindet sich die Anlage derzeit im Besitz der Lütticher 49 Properties GmbH. Der Komplex „Hannibal II“ ist ein

deutlich größerer und zusammenhängender Wohnkomplex mit insgesamt 412 Wohnungen, die zum großen Teil als Maisonnetten angelegt sind. Die Struktur und Gestaltung des Komplexes entspricht dem Hannibal I; hier wurden jedoch bis zu 17 Geschosse realisiert. Das Gebäude weist ebenfalls eine unregelmäßige, aufgelockerte Fassadengestaltung auf; die Staffelung ist jedoch weniger stark ausgeprägt als bei dem Hannibal I, da das Gebäude eher vertikal als Scheibe angelegt ist und auf rückversetzte Staffelungen der Geschosse verzichtet. Das fast ausschließlich zu Wohnzwecken genutzte Gebäude liegt deutlich rückversetzt vom öffentlichen Straßenraum, vorgelagert sind Wohnbauten mit überwiegend vier bis sechs Geschossen. Der Hannibal-II-Komplex selbst ist im Wesentlichen mit den Zufahrten zu den Tiefgaragen und den Bereichen für Mülltonnen zum Straßenraum orientiert. Die isolierte Lage des Wohnkomplexes mit den geringen Bezügen zum Stadtraum wird mit der undifferenzierten Gestaltung der umgebenden Freiflächen betont. Gleichwohl besteht ein hervorragender Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr, der eine schnelle Erreichbarkeit der Dortmunder Innenstadt ermöglicht.



„Sanierungsgebiet Nord II“, Ansicht der fünf Bauten an der Bornstraße 1971
(Quelle: Archiv Kroos+Schlemper Architekten, Dortmund)

Die Hannibal-Komplexe galten in den 1970ern als bevorzugte Wohnstandorte, da die hellen Maisonnettewohnungen mit den großen Balkonen sowie einer zugehörigen Tiefgarage besondere Qualitäten aufwiesen und als fortschrittlich galten (mieterforum-ruhr.de 03.12.2011). Die architektonisch interessante und herausragende Gestaltung, eben keine glatte Lochfassade, unterstützten die Besonderheit des Wohnungsneubaus.

Chancen und Potentiale

Im Gegensatz zu den typischerweise am Stadtrand realisierten Wohnanlagen der 1960er und 1970er Jahre erfolgte mit dem „kleinen Hannibal“ eine stadträumliche Einbindung in zentraler Lage. Somit ist ein allgemeiner Kritikpunkt an den Wohnkomplexen der 1970er Jahre, eben die periphere Lage, in diesem Fall nicht gegeben. Dies zeigt sich am Beispiel Hannibal II jedoch deutlich anders: fehlende Identifikationsmöglichkeiten mit dem Ort sowie kaum vorhandene Räume für soziale Kontakte wurden von Beginn als Problem erkannt; wenngleich die ÖPNV-Anbindung mit der S-Bahn an die Innenstadt hervorragend ist. Dennoch, bei aller Unterschiedlichkeit in der räumlichen Situation sind beide Hannibal-Komplexe wie viele andere Wohnanlagen dieser Zeit schon nach wenigen Jahren in die Kritik geraten: die Bauten galten als zu anonym und konnten das steigende Bedürfnis nach Individualisierung nur bedingt befriedigen. Zudem zeigten sich Baumängel, die nicht bzw. nur unzureichend behoben wurden. Dazu kamen (und kommen) hohe Betriebskosten durch vielfältige technische Ausstattungen (Aufzug, Müllschlucker, Tiefgarage usw.), unübersichtliche Freiräume und dunkle Gebäudeecken, was nicht selten zu Vandalismus führte (mieterforum-ruhr.de 03.12.2011). Schließlich konnte auch die ursprünglich angestrebte soziale Durchmischung nicht erreicht werden: Da die Realisierung der Anlagen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus öffentlich gefördert wurde, waren sie unattraktiv für mittlere Einkommensgruppen, die als besser verdienende Mieter Ausgleichszahlungen leisten mussten. Insbesondere der Hannibal II stellt sich derzeit als ein „Sorgenkind“ dar und am häufigsten wird er im Zusammenhang mit Kreditbetrügereien und auf den Ankauf sogenannter „Schrott-Immobilien“ spezialisierte Immobilien-Gesellschaften erwähnt (Ruhr Nachrichte Online 14.01.2015). Aber viele Bewohner, selbst jüngere, leben gerne im Hannibal II: „Hier isses richtig schön.“, so der Initiator der Mieterinitiative, Alexander Moewius, der laut Der Westen Online seit acht Jahren dort lebe und nicht mehr wegwolle (Der Westen Online 27.02.2013). Dies ist insbesondere den durchdachten Wohnungsgrundrissen zuzuschreiben, die als Maisonetten besondere Qualitäten aufweisen. Die Nähe zu den Hochschulen kann zudem

als Potential für die Weiterentwicklung des Hannibal-II-Komplexes herangezogen werden. Auch das MieterForum Ruhr steht den Anlagen der 1970er Jahre grundsätzlich positiv gegenüber; „Es lässt es sich in den Wohnmonstern der 1970er Jahre gut leben, wenn die Eigentümer in diese Häuser investieren. In die Bausubstanz und in (Frei-)räume, in denen soziale Kontakte gepflegt werden können. Und, wenn den Bewohnern die Möglichkeit gegeben wird, sich mit dem Gebäude zu identifizieren.“ (mieterforum-ruhr.de 03.12.2011) Begriffe und Phrasen wie „bedrohliche Monster aus einer anderen Zeit“ oder „Wohnmonster“ (mieterforum-ruhr.de 03.12.2011) verdeutlichen jedoch, dass die Wahrnehmung der „Riesen“ durch deren enormen Maßstab bestimmt wird. Entscheidend wird an beiden Standorten – und insbesondere in Dorstfeld – sein, dass der Wohnstandard zeitgemäßen Anforderungen entspricht, um einen neuen Blick auf die Qualitäten der Bestände zu ermöglichen. Ausgehend von der Funktionsfähigkeit der allgemeinen Ausstattungen wie etwa der Aufzüge über den Standard der Bauteile bis hin zu einer zeitgemäßen Haustechnik in den Wohnungen besteht Nachholbedarf. Gleichwohl ist mit der Vielfalt der Wohnungsgrundrisse und den aus heutiger Perspektive ungewöhnlichen Zuschnitten über mehrere Etagen ein individuelles Wohnen möglich, das eher dem Wohngefühl im Einfamilienhaus entspricht als einem „Wohnriesen“.

Literatur und Quellen

DER WESTEN ONLINE 27.01.2016. N.N. Polizei vermutet Brandstiftung in Dortmunder Wohnkomplex. In: Der Westen Online vom 27.01.2016.

DER WESTEN ONLINE 22.01.2016. Daniel Müller: Brand in Dortmund – Hannibal-Komplex wurde evakuiert. In: Der Westen Online vom 22.01.2016.

DER WESTEN ONLINE 13.01.2016. N.N.: Sexueller Übergriff auf 23jährige Frau in Dortmund. In: Der Westen Online vom 13.01.2016.

DER WESTEN ONLINE 18.05.2014. Richard Schmalöer: Architekturführer-Führer Dortmund – Wohnsiedlung Hannibal. In: Der Westen Online vom 18.05.2014.

DER WESTEN ONLINE 14.12.2011. N.N.: Wohnkoloss Hannibal in Dortmund für 7 Millionen Euro versteigert. In: Der Westen Online vom 14.12.2011.

DER WESTEN ONLINE 13.12.2011. Klaus Buske: Mieterverein warnt vor Spekulanten. In: Der Westen Online vom 13.12.2011.

FOCUS ONLINE 22.01.2016. N.N.: Brand in Tiefgarage: Feuerwehr evakuiert Hochhaus. In: Focus Online vom 22.01.2016.

KROOS 2010. Peter Kroos: Individuell in der Masse. Wohnbebauung Hannibal, Dortmund. In: Sonja Hnilica, Markus Jäger, Wolfgang Sonne (Hg.): Auf den zweiten Blick. Architektur der Nachkriegszeit in Nordrhein-Westfalen. Bielefeld 2010, S. 252-259.

MAGOLEY/WÖRNER 1984. Hans Magoley, Norbert Wörner: Architekturführer Dortmund, hg. von der Stadt Dortmund, Dortmund 1984, S. 80.

MIETERFORUM-RUHR.DE 03.12.2011. N.N.: Wohnhochhäuser in Dortmund – Mal hoch hinaus, mal tief gefallen. In: mieterforum-ruhr.de vom 03.12.2011.

MIETERVEREIN DORTMUND 27.07.2015. Pressemitteilung Mieterverein Dortmund und Umgebung e. V. vom 27.07.2015.

PFÄNDER 2015. Thorsten Pfänder: Bodenbelastung in Dortmund-Dorstfeld. Siedlung Vogelpothsweg auf Gift gebaut. In: WDR Studio Dortmund Online vom 03.09.2015.

RUHR NACHRICHTEN ONLINE 23.01.2016. Daniel Müller: Brandursache noch ungeklärt – Ermittlungen der Polizei nach Feuer am Hannibal laufen. In: Ruhr Nachrichten Online vom 23.01.2016.

RUHR NACHRICHTEN ONLINE 14.01.2015. Martin von Braunschweig: Hannibal-Betrüger legen erste Geständnisse ab. In: Ruhr Nachrichten Online vom 14.01.2015.

RUHR NACHRICHTEN ONLINE 06.04.2013. Nils Heimann: Missstände im Hannibal-Hochhaus häufen sich. In: Ruhr Nachrichten Online vom 06.04.2013.

RUHR NACHRICHTEN ONLINE 13.09.2013. Matthias vom Büchel: 400 Wohnungen im Hannibal bleiben kalt. In: Ruhr Nachrichten Online vom 13.09.2013.

RUHR NACHRICHTEN ONLINE 17.08.2012. Nils Heimann: Investitionen in Hochhaus – der Hannibal soll hübsch werden. In: Ruhr Nachrichten Online vom 17.08.2012.

WDR.DE 23.02.2016. N.N.: Rattenplage im Dortmunder Hannibal. <http://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/ratten-nach-brand-im-hannibal-100.html>.



Hannibal I Wohnkomplex „kleiner Hannibal“

100

Mit den Riesen auf Augenhöhe – Ein neuer Blick auf Großstrukturen der 1960er und 1970er Jahre



Hannibal II Wohnkomplex „großer Hannibal“

DER WESTEN
07.09.2015

„In einem
solch
verschandelten
Hochheide
möchte
ich nicht
wohnen.“

102





Duisburg „Weiße Riesen“

Objekt: Großwohnsiedlung Duisburg-Homberg-Hochheide
Bauzeit: ca. 1969 -73
Bauherr: Unternehmensgruppe Josef Kun, Neukirchen-Vluyn
Architekten: Suter + Suter, Lörrach



Auf Teilflächen der Rheinpreußensiedlung im Stadtteil Hochheide wurden ab ca. 1969 sechs vollkommen weiße Hochhäuser mit jeweils 20 Geschossen und insgesamt 1.440 Wohnungen errichtet. Das Areal mit den Adressen Hanielstraße 36-38, Ottostraße 18-20, 24-30, 54-56, 58-60 und Friedrich-Ebert-Straße 10-16 liegt westlich der heterogenen Bebauung der Ortsmitte Hochheide und grenzt im Norden unmittelbar an die denkmalgeschützte kleinteilige Gartensiedlung Johannenhof an. Die Scheibenhochhäuser stehen parallel, aber versetzt zueinander und unterscheiden sich nur geringfügig in Gestaltungsdetails. Die Abstände sind großzügig bemessen, Grünflächen teils mit Baumbestand und Wildwuchs füllen die Zwischenräume. Die

Mischung der Eigentümerstrukturen – z.T. sozial gebundene Mietwohnungen, z.T. Eigentumswohnungen – führte zu unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Gebäuden.

Als nach Zerschließungen schon Mitte der 1980er Jahre in Hochheide die Bevölkerungszahlen sanken, standen einst bevorzugte Wohnungen zunehmend leer, begleitet von demographischen Strukturbrüchen. Hochheide wurde zum sozialen Brennpunkt und, wie andere Hochhausquartiere auch, zum Synonym für eine verfehlte Wohnungsbaupolitik. Aktuell gehören zwei Hochhäuser mit je ca. 160 Wohneinheiten Eigentümergemeinschaften und sind bewohnt. Die vier anderen sind bzw. waren in Privatbesitz und stehen z.T. leer. Einen Block mit 152 Einheiten ließ ein neuer

Investor 2010 für barrierefreies Servicewohnen umbauen und als „Roter Riese“ dessen Putzflächen außen rot fassen. Mehrere Anläufe zur Sanierung des gesamten Quartiers blieben Stückwerk oder liefen ins Leere. Seit 2013 setzt die Stadt Duisburg schrittweise ein Integriertes Handlungskonzept um, das u.a. den Rückbau von „nicht nachgefragtem Wohnraum“, so die offizielle Sprachregelung, vorsieht. Zwei der drei größten Wohnblöcke mit jeweils 320 Wohneinheiten wurden inzwischen durch die Stadt angekauft, um sie abzureißen. Der dadurch gewonnene Freiraum soll zum städtischen Park aufgewertet werden. Die Maßnahmen mit dem Ziel, die vorhandenen strukturellen Missstände zu beheben, werden gefördert aus Mitteln des „Stadtumbau West“.



Luftaufnahme des Gebietes Hochheide von Westen um 1973
(Quelle: Stadtarchiv Duisburg)

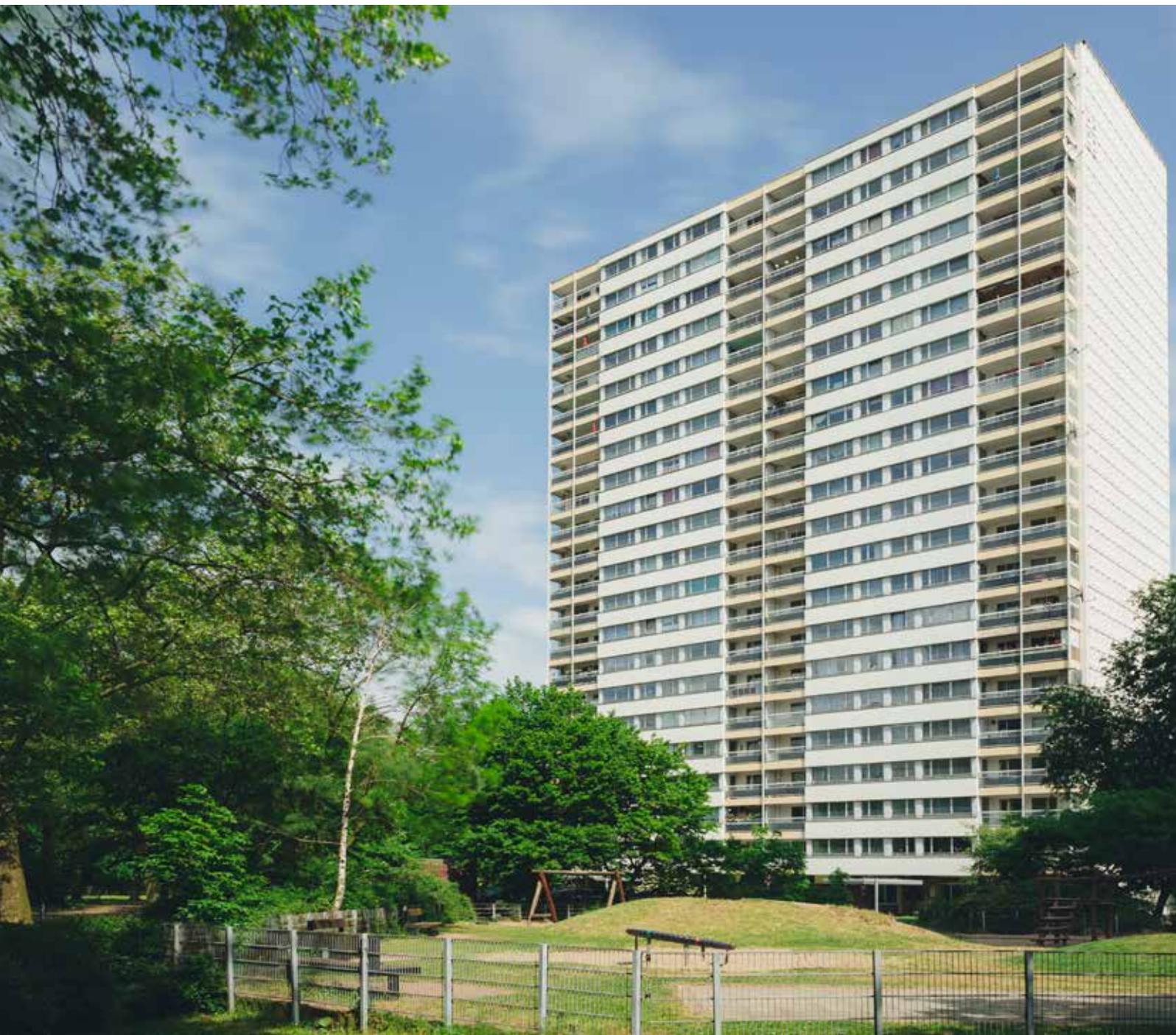
Die öffentliche Debatte

Von Anfang an waren die Meinungen geteilt zwischen „Hurra, endlich mehr Wohnraum“ und „Sofort wieder abreißen“. Schlechte Voraussetzungen für die Akzeptanz der Wohnblocks, die in dem Ortsteil bis heute einen unübersehbaren Fremdkörper darstellen, ergaben sich bereits aus der Baugeschichte. Die landesplanerische Strategie der 1960er Jahre zielte darauf ab, Siedlungsschwerpunkte mit regionaler Ausstrahlung zu schaffen. Als ein solcher Schwerpunkt war der Stadtteil Hochheide der damals noch selbstständigen und erst 1975 nach Duisburg eingemeindeten Stadt Homberg vorgesehen. Der entsprechende Bebauungsplan Nr. 23 von 1969 für das Dreieck zwischen Kirchstraße, Husemannstraße und Ottostraße hat bis heute Gültigkeit. Im Zuge

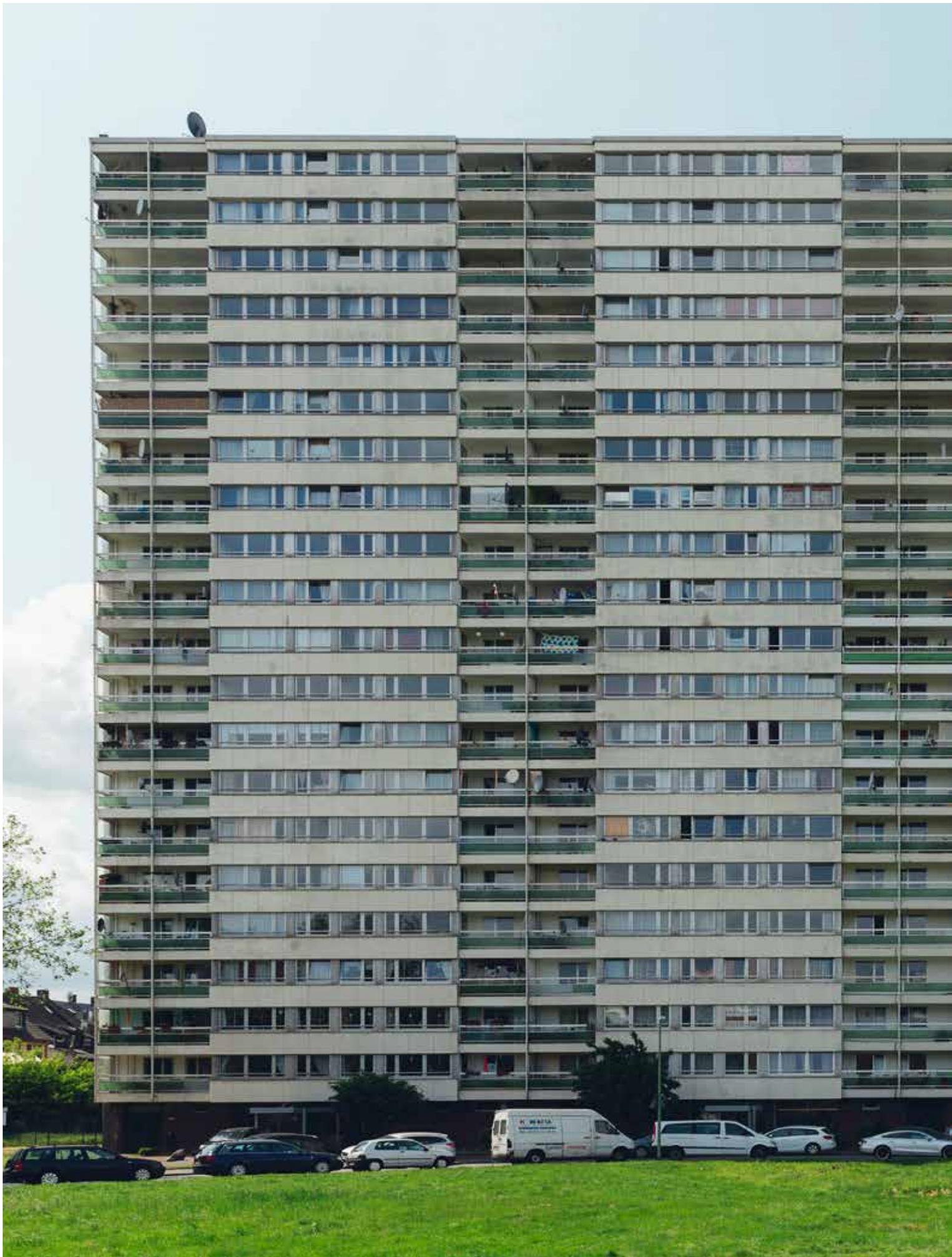
der „Stadtsanierung“ sollten alle Bereiche der historischen Rheinpreussensiedlung abgerissen und neu überbaut werden. Dagegen formierte sich massiver – und letztlich erfolgreicher – Widerstand in einem über zehn Jahre dauernden Kampf bis 1984, bis die verbliebenen Siedlungsbereiche, darunter auch der Johannenhof, in eine eigene Genossenschaft überführt werden konnten und unter Denkmalschutz gestellt wurden. Anlass für Kommentare lieferte in jüngerer Zeit der immer sichtbarer werdende Niedergang der Bausubstanz. „Wann geschieht in der Hochhaus-siedlung ‚Weiße Riesen‘ endlich etwas Sichtbares?“ (WAZ 05.05.2015). Leerstand in vorwiegend zwei der sechs Hochhäuser über viele Jahre hatte das Gefühl wachsen lassen, hier würde sich nie mehr was ändern, weitere Verwahrlosung mit all ihren negativen Begleiterscheinungen sei unausweichlich. Der Erwerber des Hauses Friedrich-Ebertstraße 10-16 mit 320 Wohnungen warf der Stadt Handlungsunfähigkeit vor und machte sie verantwortlich dafür, dass ihm eine ertragreiche Wiederbelegung misslang. Er kündigte schließlich den letzten 150 Mietern, seither verfällt der Bauriegel.

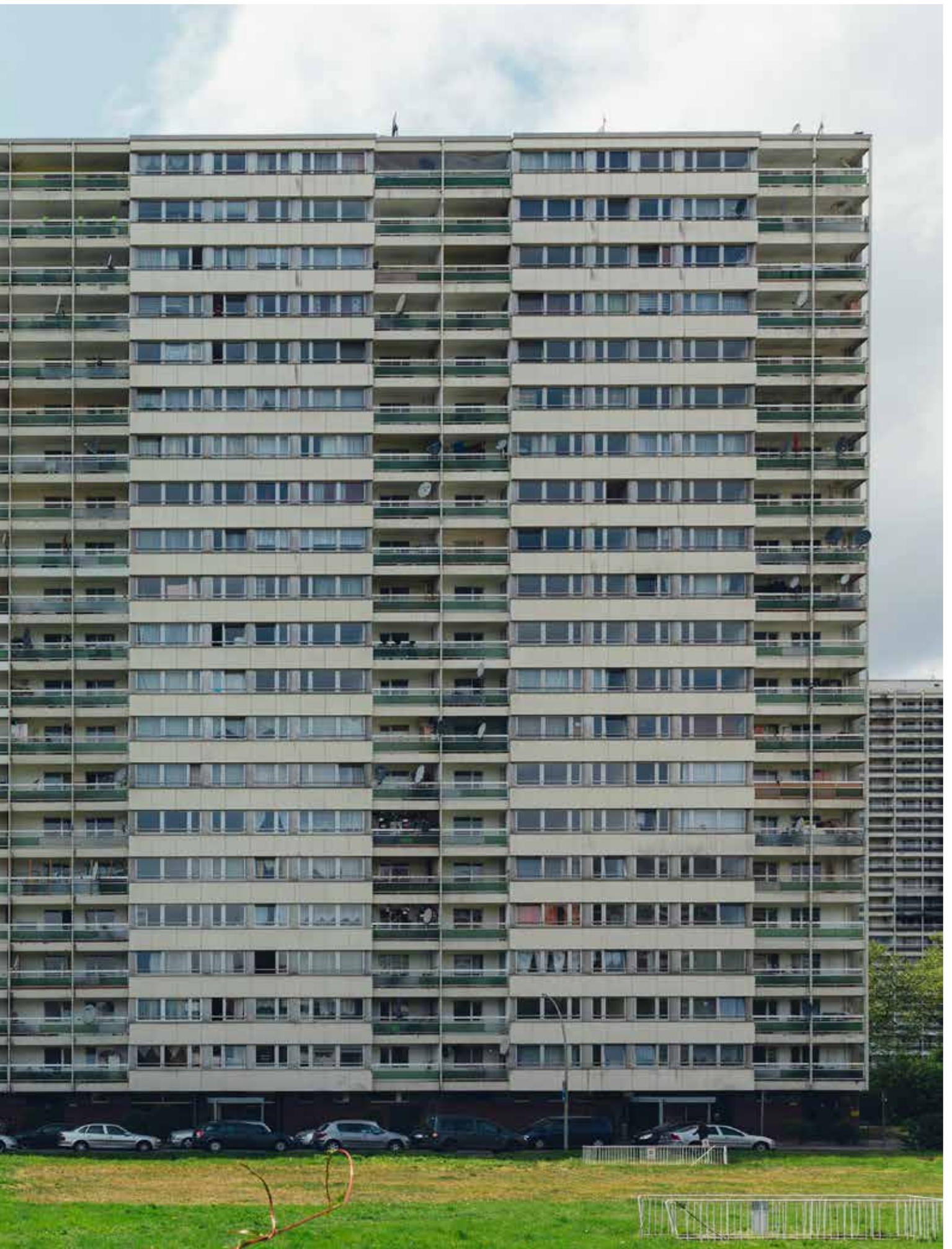
Zur Verfestigung des negativen Image trug im Juni 2012 ein Filmbericht von RTL2 über kriminelle Banden bei, die Hochheide angeblich beherrschten, ausgehend von den Weißen Riesen mit dem leer stehenden Hochhaus. Obgleich sich später herausstellte, dass der Film eine gezielte Falschinformation darstellt, wobei die Informanten bewusst über den eigentlichen Inhalt des Films getäuscht wurden, ist der Beitrag nach wie vor unverändert im Netz verfügbar und tut seine Wirkung.

„Duisburg zahlt für Hochhaus-Ruine 2,5 Millionen Euro“, so titelte die WAZ am 19.08.2015, als der Stadt nach langen Mühen der erste Ankauf gelungen war. „Was ist eine Ruine wert, die als größter Taubenschlag Deutschlands verspottet wird? Nichts, sagt der Gutachter. Denn wer die 320 Wohnungen in dem 20-Geschosser wieder herichten will, um 1,5 Millionen Euro an Jahreskaltmiete einnehmen zu können, müsste erst einmal 19 Millionen in die Sanierung stecken. Selbst die Abrisskosten von drei Millionen würden den Wert des Grundstücks von 2,6 Millionen Euro auffressen. Deshalb liegt der Verkehrswert bei einem symbolischen Euro.“ Die Kommentare auf solche Zeitungsberichte rufen die Zeit in Erinnerung, als







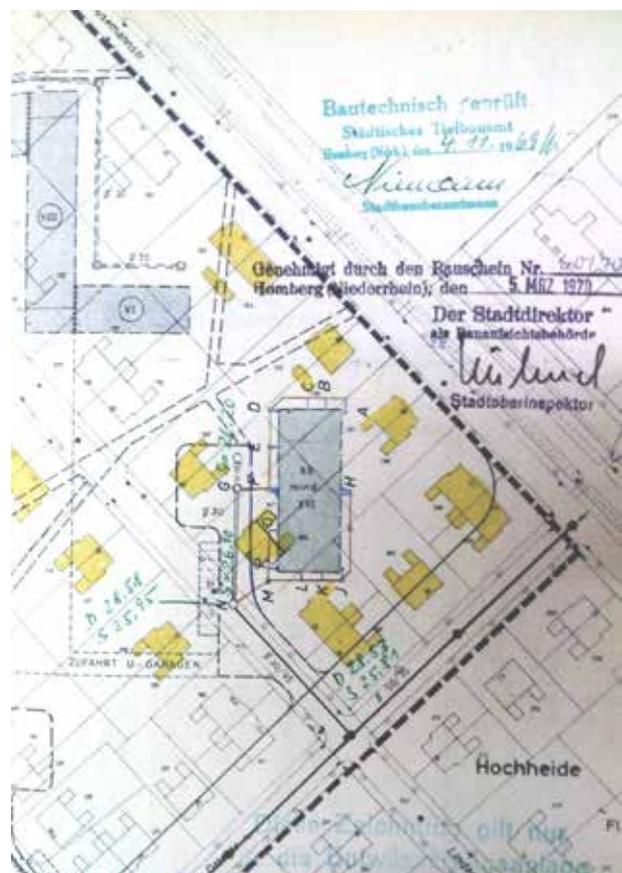


die Siedlung geplant wurde, als man hätte wissen können, dass die Geburtenraten sinken würden und damit auch der Wohnungsbedarf. Sie heben dann aber vorwiegend auf den Umgang mit den Objekten in jüngerer Zeit ab, als kreditgebende Banken durch Einzelverkäufe noch Renditen erwirtschaften wollten. Mit der Architektur beschäftigt sich kaum jemand, allerdings wird doch an den anfänglichen hohen Wohnkomfort und die grüne Umgebung erinnert (WAZ 06.09.2015).

Die Bezeichnung im Volksmund als „Weiße Riesen“, zitiert aus der Waschmittelwerbung, hier aber gemeint und verstanden als Pauschalverurteilung, verhinderte de facto jede differenziertere Debatte über die Gebäude selbst, obgleich die sechs 20-Geschosser nur die Spitze eines Eisbergs im Duisburger Stadtteil Homberg-Hochheide mit noch weiteren Wohnhochhäusern darstellen, wie die Luftaufnahmen aus der Bauzeit beweisen. Daran änderte auch ein Wettbewerb 2003 nichts, mit dem das BBSR unter dem Namen „Tatort Stadt“ Konzepte für eine verträgliche Weiterentwicklung des Standortes auf den Weg bringen wollte. Die Siegerentwürfe wurden ausgestellt und vor Ort u.a. mit engagierten Bürgervereinen diskutiert, sorgten aber andererseits für bundesweite Aufmerksamkeit für die somit objektiv belegten Missstände in Hochheide. Bei Befragungen 2014 aus Anlass der Voruntersuchung zum Integrierten Handlungskonzept Hochheide kritisierten Eigentümer das Erscheinungsbild (seit Schließung von zwei der Hochhäuser) sowie Sicherheit und Ordnung, lobten aber die nah gelegenen Einkaufsmöglichkeiten. Die Mieterbefragung ergab nur einen sehr geringen Rücklauf von 13 Prozent und nur eine Mieterin bezeichnete das Wohn- und Lebensumfeld als sehr gut. Mit ihren Wohnungen sind andererseits die meisten vorhandenen Mieter zufrieden. Die von Beginn der Planungen an bestehende Polarisierung der Meinungen zu dem Hochhausensemble zwischen Zustimmung und kompromissloser Ablehnung blieb über die Jahrzehnte unverändert.

Aspekte des ursprünglichen Planungskonzepts

1966, als die Zeche Rheinpreußen im Zuge der ersten Kohlekrise die Förderung einstellte, erwarb der Investor und Bauunternehmer Josef Kun das Gelände von der Zechengesellschaft und entwickelte in rascher Folge die Bebauung mit den bestehenden 1.440 Wohneinheiten. Laut Aussage einer eigenen Firmenbroschüre von 1972 (Kun 1972) trug das Land NRW nur einen Teil der unrentierlichen Kosten für Abbruch, Entschädigung und Umzug der Mieter. Das Übrige wurde über damals hochpreisige Bankkredite in einem

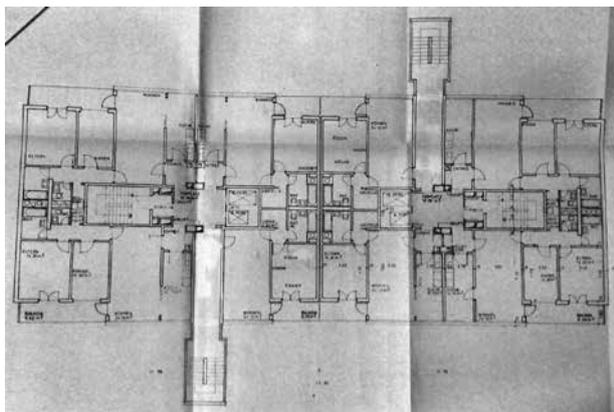


Bebauungsplan für das Hochhaus Ottostraße 18-20, gelb markiert die abgerissenen Zechenhäuser (Quelle: Stadtarchiv Duisburg)

verschachtelten Firmenimperium finanziert. Noch im selben Jahr kollabierte das Unternehmen, flankiert von einem Korruptionsskandal bis in Politik und Verwaltungen. (Der Spiegel 11.12.1972) Die beteiligten Banken versuchten in der Folge, über Einzelverkäufe wenigstens einen Teil der Kredite zu refinanzieren. Deshalb befanden sich alle sechs Hochhäuser bis in jüngste Zeit nicht in öffentlichem Eigentum. Entsprechend mussten

sich die Einwirkungsmöglichkeit der Stadt auf runde Tische und städtebauliche Gutachten beschränken.

Das städtebauliche Konzept sah eine voraussetzungslose Neu-Stadt vor, ohne Rücksicht auf den Bestand bzw. diesen ersetzend. Dazu gehört auch das bestehende Nahversorgungszentrum mit Bushaltestelle im Süden des Baugebietes. Die realisierten sechs Häuser stehen als parallele Scheiben in lockerer zu zwei Dreiergruppen gegliederter Anordnung in dem leicht welligen Gelände. Drei mit je 320 Wohneinheiten sind je 90 m lang, die drei anderen mit nur 160 Wohnungen bzw. 152 im „Roten Riesen“ entsprechend kürzer. Bedingt durch ihre strenge Nord-Süd-Ausrichtung stehen sie im 45°-Winkel zu der übrigen straßenbegleitenden Bebauung und bilden damit insbesondere aus der Fernsicht eine herausragende, in sich homogene Gruppe. Wie stark



Grundriss eines Regelgeschosses in der Ottostraße 18-20
(Quelle: Stadtarchiv Duisburg)

die Baugruppe sowohl aus der Altbauung wie aus den größeren Neubauten im Umfeld herausstechen, zeigt sich deutlich auf den 1972 und 1973 entstandenen Luftaufnahmen bis hin zur Fernwirkung aus größerer Distanz.

Die Hochhäuser wurden in Systembauweise mit nach damaligem Stand hohem Vorfertigungsgrad hergestellt. Alle bieten dieselben Wohnungsgrößen: 2,5 Zimmer mit 68 Quadratmetern und 3,5 Zimmer mit 83 Quadratmetern Wohnfläche. Alle Wohnungen haben in den Baukörper eingezogene Balkone. Diese, übereinander angeordnet, strukturieren die gut proportionierten Rasterfassaden der West- bzw. Ostseiten. Die Schmalseiten nach Norden bzw. Süden sind in durchaus ambitionierter Gestaltung mit unterschiedlich reliefierten Kunststoffplatten verkleidet. Das Unternehmen

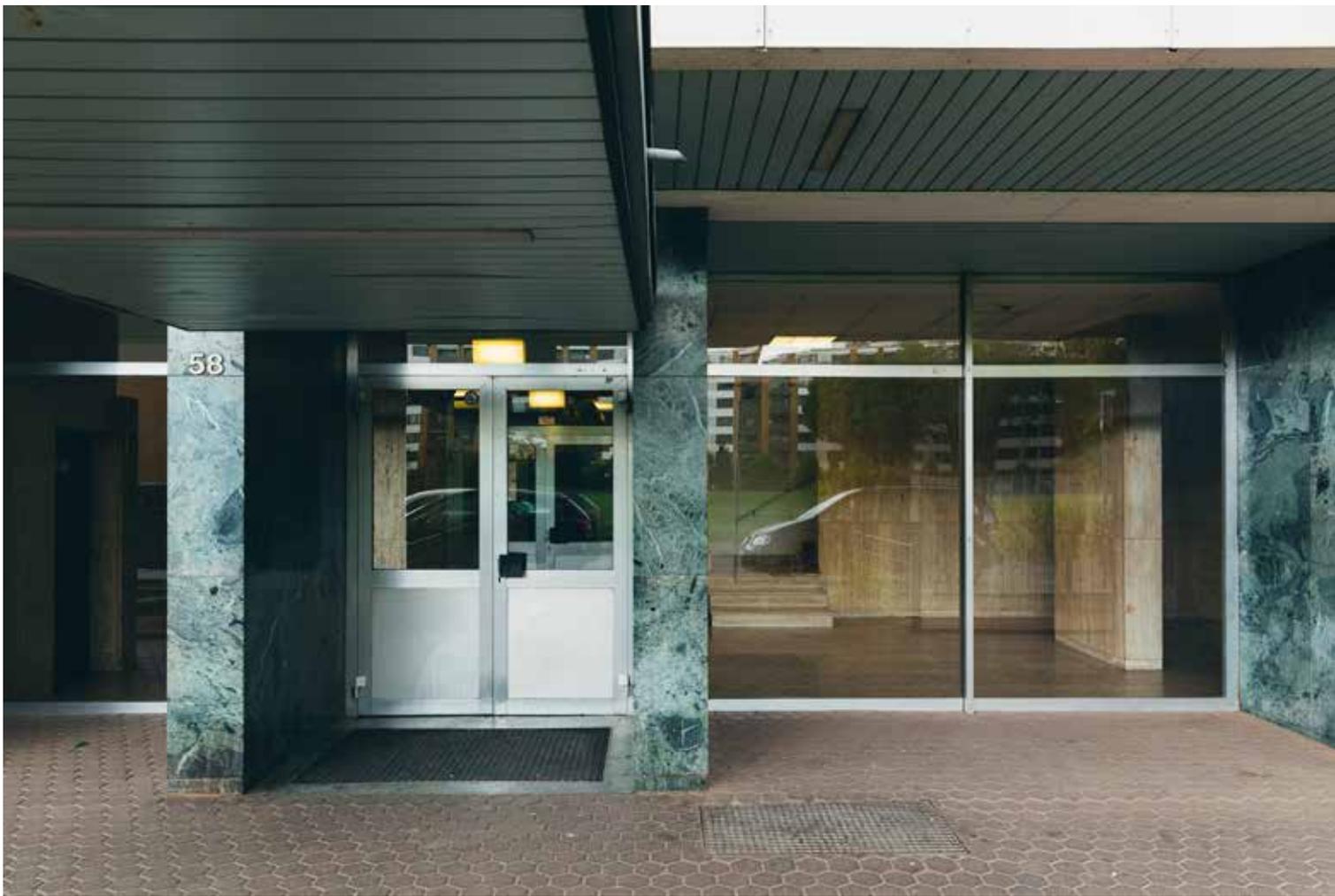
Kun hatte weitreichende Pläne für die „Wohnung aus der Fabrik“ mit vorgefertigten Nasszellen und weitgespannten Decken, in die Zwischenwände in Leichtbau ganz nach Wunsch hätten eingehängt werden können. Die damals auch bei städtischen Angestellten begehrten Wohnungen boten viel Komfort mit den von zwei Seiten zugänglichen Balkons, mit Müllschluckern, großen Küchen, voll eingerichteten Badezimmern und separaten Gästetoiletten. Im Herbst und Winter allerdings fegte draußen der Westwind um die Häuser, wie eine



Luftaufnahme der „Weißen Riesen“ von Süden um 1973, im Vordergrund die Rheinbrücke (Quelle: Stadtarchiv Duisburg)

frühere Bewohnerin des Viertels berichtete. In der Broschüre von 1972 ist von der „Modellstadt Homberg“ die Rede und einer Zielgröße von ca. 5.700 Wohnungen auf 54,6 ha Fläche. Das abgebildete Modell stimmt nur in Teilen mit dem heutigen Bestand überein, beinhaltet auch 30-Geschosser und geht über das genannte Straßendreieck weit hinaus. An Stelle unkomfortabler alter Häuser der Jahrhundertwende würden die Hochhäuser nicht nur den Wohnungsbestand verdreifachen, sondern ungleich mehr Bequemlichkeit bieten, dazu Grün- und Erholungsflächen, Tiefgaragen und Kinderspielplätze. „Urbanität durch Dichte“, so das Kredo. Das hieß im damaligen Verständnis den privaten Wohnraum verdichten und dafür öffentlichen Bewegungsfreiraum, „Urbanität“, gewinnen. Heute meint „Urbanität“ etwas anderes. Tatsächlich weist der Bebauungsplan mehrere Kinderspielplätze und einen Bolzplatz aus. Auch wurden statt oberirdischer Garagenhöfe drei großflächige Tiefgaragen zwischen den Hochhausscheiben unter den Rasen verlegt, um das Gelände fußläufig offen zu halten. Anders als im heutigen Zustand nach den Privatisierungen sollten keine Zäune errichtet werden. Da eine der Tiefgaragen seit 2013 wegen Einsturzgefahr





geschlossen ist, ist auch der darüber verlaufende „Rothe Weg“ und somit die einzige fußläufige Querung durch das Gelände, nicht mehr passierbar. Die Spielplätze sind längst verwahrlost, Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien praktisch nicht gegeben trotz der Wiesen und Bäume.

Chancen und Potenziale

„Der vorgefundene unbefriedigende Zustand der Hochhaussiedlung Duisburg-Hochheide liegt nicht monokausal begründet in der baulich-räumlichen Struktur, sondern ist Ergebnis eines lang andauernden Prozesses auf unterschiedlichen Ebenen,“ so eine der Aussagen des Siegerbeitrags des Dortmunder Büros *ssr* aus dem Wettbewerb 2003 (*ssr* 2003), der vor allem den gravierenden Mangel an kontinuierlicher Pflege monierte. Um die spezifischen Qualitäten dieser aus industrieller Fertigung heraus konzipierten Architektur erlebbar zu machen, wurde statt indifferenter Modernisierung oder gar Abriss eine Museumswohnung im Retrodesign der 1970er Jahre angeregt oder eine „Kunst Aktion Otto I“. Davon wurde nichts umgesetzt. Auch die ausführliche Voruntersuchung, die sich auf das Sanierungsgebiet beschränkt, nimmt nirgends auf die Architektur als solche Bezug und nennt auch die Planverfasser nicht, das damals international renommierte Schweizer Architekturbüro *Suter & Suter*. Keiner der bisherigen Presseberichte bezieht eine Betrachtung der städtebaulichen Anordnung ein und erwägt die Situation, wenn alle drei Stufen der „Sanierung“ durchgeführt sein sollten: Dann nämlich wären nur zwei der kleinen Hochhäuser übrig, der „Rote Riese“ im nördlichen Winkel des Areals, und das Haus Ottostraße 18-20 im Süden. Die Hochhaussiedlung wäre damit Geschichte. In der gegebenen Situation ist der Abriss der zwei bereits leer stehenden „Riesen“ unausweichlich, da der bauliche Zustand keine wie auch immer geartete Sanierung mehr zulässt, zumal auch Asbestbelastung besteht. Aber damit ist noch keine Minderung des Wohnungsangebots in Hochheide erreicht, also arbeitet die Stadt daran, auch die anderen Häuser mit hohen Leerständen in die Hand zu bekommen, um sie abzureißen. Letztlich würde so den Kritikern Recht gegeben, die von Beginn an den Abriss gefordert hatten. Damals allerdings aus

gestalterischen Gesichtspunkten, weil Hochhäuser zum Wohnen generell abgelehnt wurden, jetzt aus rein rechnerischen Überlegungen heraus. Mit dem Abriss ist der Zusammenhalt der Baugruppe in jedem Falle aufgehoben und der verbleibende Rest mit viel Gelände drum herum, müsste räumlich und funktional neu im Stadgefüge justiert werden. Die Chance bestünde darin, die dann vereinzelt Hochhäuser, deren Wohnwert unbestritten ist, in einem parallel laufenden Masterplanverfahren unter umfassenden städtebaulich-architektonischen Ansätzen aufzuwerten und mit dem Stadtteil zu versöhnen. Das Angebot an die Bürger, auf den Freiflächen Nutzgärten anzulegen, dürfte dafür nicht ausreichen.

Literatur und Quellen

- DER SPIEGEL 11.12.1972.** BAUGESCHÄFTE Miese an den Hacken. Der rheinische Baulöwe Josef Kun, durch den Vorwurf der Korruption im Düsseldorfer Landtag bundesweit bekannt geworden, wird jetzt von den Banken an die Kette gelegt. In: Der Spiegel vom 11.12.1972.
- KUN 1972.** Josef Kun: Die Kun-Gruppe ,72. Archiv der Stadt Duisburg T 1006.
- SSR 2003.** Mitteilung des Planungsbüros Schulten Stadt- und Raumentwicklung *ssr*, 2016.
- WAZ 05.05.2015.** Westfälische Allgemeine Zeitung vom 05.05.2015. <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/west/stadt-informiert-ueber-sanierungskonzept-tid10637067.html>.
- WAZ 19.08.2015.** Westfälische Allgemeine Zeitung vom 19.08.2015. <http://www.derwesten.de/wp/staedte/duisburg/stadt-duisburg-zahlt-fuer-hochhaus-ruine-2-55-millionen-euro-id11004653.html#plx181838839>.
- WAZ 06.09.2015.** Westfälische Allgemeine Zeitung vom 19.08.2015. <http://www.derwesten.de/wp/staedte/duisburg/west/stadt-duisburg-will-ersten-weissen-riesen-2016-abreißen-id11057748.html#plx450982128>.



116



WESTFALENPOST
11.11.2015

„architektonische Gewitterwolken mit Garagencharme“

Karstadt Hauptverwaltung Essen

Objekt: Verwaltungsbau mit Großraumlager, Werkstätten, Energiezentrale und Parkhaus
Standort: Theodor-Althoff-Straße 2, 45133 Essen
Bauzeit: 1965-1969, Erweiterung ca. 1970
Bauherr: Karstadt AG
Architekt: Walter Brune, Düsseldorf



Der umfangreiche Gebäudekomplex wurde maßgeschneidert für die Verwaltung und das Zentrallager des Kaufhauskonzerns Karstadt entworfen. Er steht als Solitär im Süden der Stadt Essen zwischen der Autobahntrasse der A 52 und einer kleinen vorstädtischen Siedlung. Der Bau wird aus drei flachen Kuben gebildet, die asymmetrisch angeordnet sind und vor dem zurücktretenden, mittleren Kubus einen Vorplatz bilden. Der Unterbau in dem Richtung Autobahn stark abschüssigen Gelände, wird durch das Rechenzentrum und das Zentrallager gebildet. Die Binnenstruktur wird durch Großraumbüros um lichte Innenhöfe bestimmt. Ein vierter Kubus entstand 1970, angedockt an den ersten Bauabschnitt, unmittelbar nach dessen Fertigstellung südlich

auf den früheren Mitarbeiterparkplätzen. Seitab im Gelände eingangs der Theodor-Althoff-Straße steht als verglaster Kubus die Energiezentrale. Seither wuchs im Umfeld ein Büroquartier mit weiteren solitären Großbauten heran. Im Unterschied zu diesen ist der Karstadtbau von parkähnlichen Grünanlagen umgeben. Bedingt durch die breit lagernde Struktur vermittelt der Komplex den Eindruck, hier sei viel Gelände verschenkt, das verdichtet und effektiver genutzt werden könnte, wenn der Bestandsbau abgerissen würde. Die Diskussion darüber wurde verstärkt durch das von der Denkmalbehörde eingeleitete Unterschutzstellungsverfahren für die drei Bürotrakte der ersten Ausbaustufe mit etwa der Hälfte des Geländes. Politik und Öffentlichkeit sahen darin



Luftaufnahme des Geländes mit Verwaltungszentrale 2011
(Foto: Hans Blossey)

eine Blockade für die gedeihliche Entwicklung der Stadt Essen und hätten andere Bauwerke eher für schutzwürdig gehalten. Die Kritik bezog sich jedoch kaum auf die architektonische Form des Verwaltungsbaus, diese wurde sogar teilweise als qualitativvoll anerkannt. Der jüngst erfolgte Verkauf des Komplexes an einen Immobilieninvestor und die Rückvermietung von 30.000 Quadratmetern an Karstadt lassen alle Optionen für Erhalt, Teilung oder Teilabriss offen. Der Totalabriss jedoch ist nach heutigem Stand mindestens für die zwölfjährige Dauer des Mietverhältnisses blockiert.

Die öffentliche Debatte

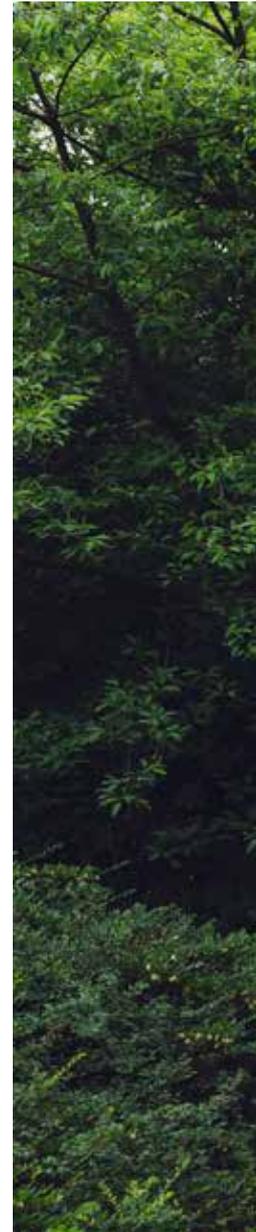
Als noch nicht entschieden war, dass der wegen schlechter Bilanzen schrumpfende Kaufhauskonzern mit seiner Verwaltung in Essen bleiben würde, sah vor allem das Stadtentwicklungsdezernat in dem weitläufigen Gelände direkt an der Autobahn einen ideal angebundenen Standort für ein erweitertes Büroquartier – oder sogar für Wohnungen, denn verfügbare Flächen seien in der Stadt rar. In Kommentaren wurde vor allem gegen die als widersprüchlich empfundenen Strategien der Denkmalbehörden gewettert (Westfalenpost 11.11.2015): „Das ist ja wohl ein Witz. Das hundert Jahre alte Karstadt-Kaufhaus, früher Althoff, mit seiner markanten Fassade, das über Generationen das Essener-Stadtbild prägte, konnte problemlos abgerissen werden – und musste dem heutigen unansehnlichen Einkaufszentrum platz machen. Damit hatte der Denkmalschutz kein Problem. Aber ein gerade 45 Jahre altes Karstadt-Verwaltungsgebäude soll schützenswerter sein. Das soll einer verstehen.“ oder

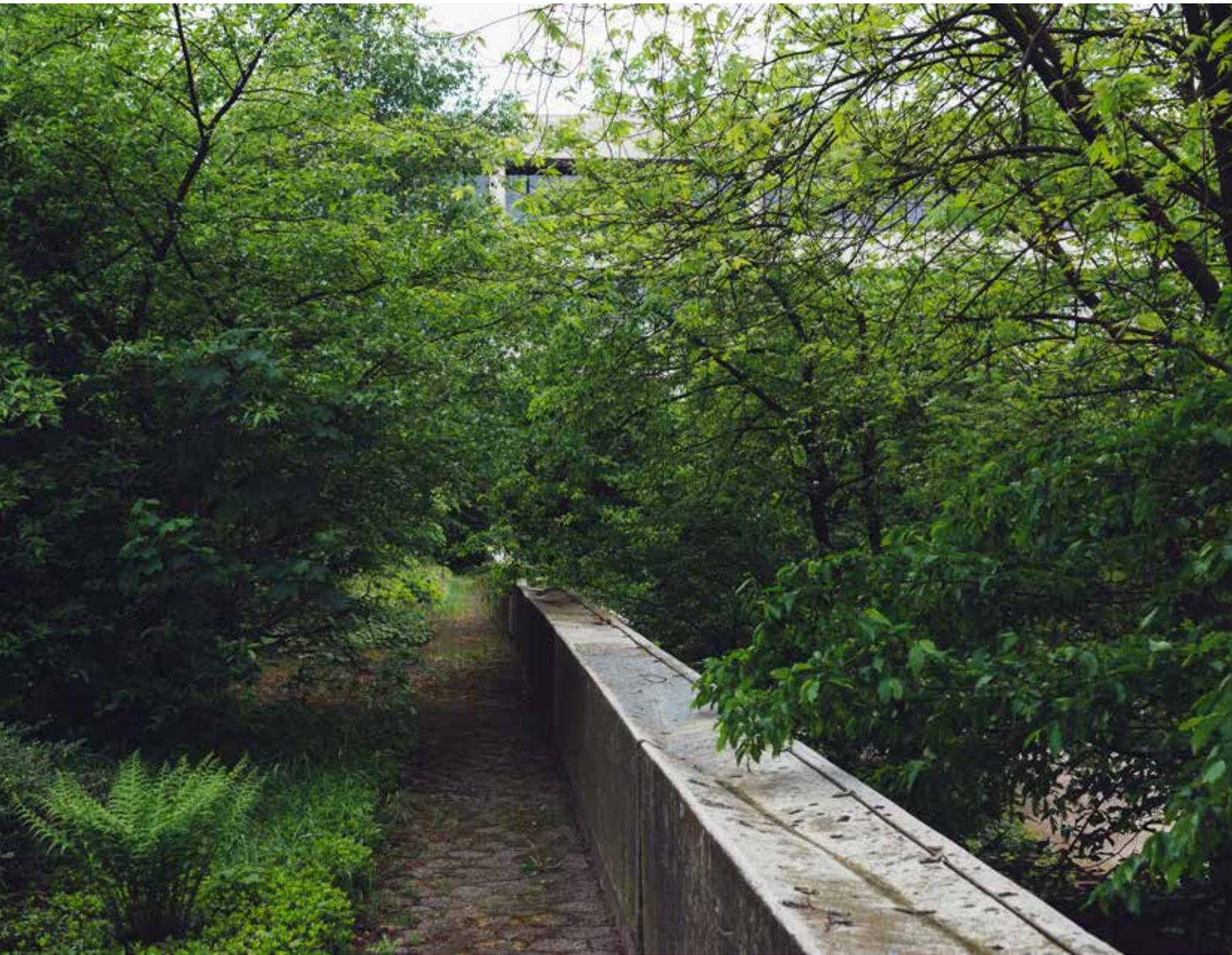
„Diese Stadt hier hat echt keine Baukultur. Landmarken werden angezündet und diese architektonischen Gewitterwolken mit Garagencharme sollen geschützt werden.“ Befürchtet wurde, dass, einmal unter Schutz gestellt aber leer gezogen, das Gelände verkommen würde mit den bekannten, unliebsamen Begleiterscheinungen. Die Presse blies in dasselbe Horn und kommentierte (Westfalenpost 02.07.2015): „Essen hat schon jetzt genug zu tragen an solchen Stillstand-Verurteilungen [...] Keine Frage, dass die Karstadt-Zentrale einen architektonischen Reiz hat als gelungenes Beispiel für die Brutalo-Moderne der späten 1960er Jahre. Aber irgendwo muss auch mal das Entwicklungsbedürfnis einer Stadt zu ihrem Recht kommen.“ Es gab aber auch anders lautende Kommentare für die Berechtigung des Denkmalschutzes und gegen die Wahrung rein wirtschaftlicher Interessen. Wie, um dem noch Jahrzehnte später erhobenen Vorwurf einer Brutalo-Moderne mit ihren allzu großvolumigen Bauwerken zuvor zu kommen, hob selbst die eigene, zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Anlage 1970 herausgegebene Broschüre von Karstadt hervor: „Kein Klotz verschandelt die parkartige Umgebung.“

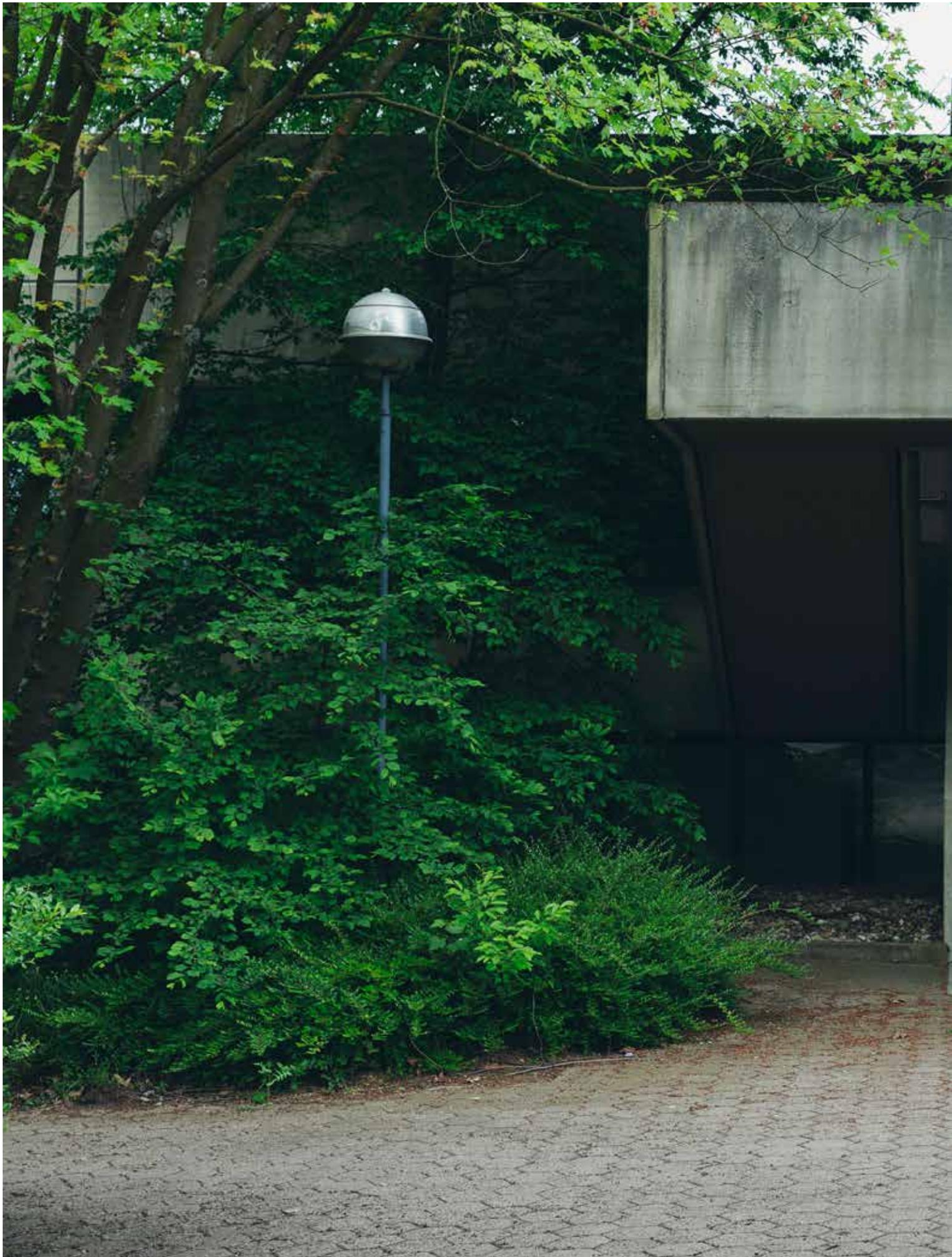
Mit der Architektur als solcher beschäftigte sich die Öffentlichkeit wenn überhaupt nur ansatzweise geschweige denn, dass genauere Vorstellungen über die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort bestünden. Immerhin: Ohne seine Einschätzung, dass „jeder Kaufinteressent erwartet, dass das Gebäude komplett abgerissen wird“ ganz aufzugeben, charakterisierte der Planungsdezernent Hans-Jürgen Best in einer öffentlichen Podiumsdiskussion den Karstadtbau als „lagernde Schönheit“.

Aspekte des ursprünglichen Planungskonzepts

Um die zentrale Verwaltung und den Einkauf der damals je 64 Filialen der Warenhausketten Karstadt und Kapa zusammen zu führen, entschied sich die Konzernspitze 1965 für das zentral im Bundesgebiet liegende Essen. Die Genehmigung, an den Stadtrand mit Autobahnanschluss zu ziehen, wurde wegen der Nähe zum Landschaftsschutzgebiet Bredenei erst erlangt nach der Androhung, andernfalls an den Düsseldorfer









Flughafen zu ziehen. Mit der Planung des Neubaus wurde der Architekt Walter Brune beauftragt, der bereits mehrfach Innenstadtkaufhäuser für Karstadt im Kostenrahmen und termingetreu betreut hatte. Das Grundstück umfasst 105.000 Quadratmeter, die bebaute Fläche des ersten Bauabschnitts 30.000 Quadratmeter für 350.000 Kubikmetern umbauter Raum.



Haupteingang der Karstadt-Verwaltungszentrale 1970
(Foto: Manfred Hanisch)

Das umfangreiche Raumprogramm mit Zentrallager, Musterwerkstätten und allen Anforderungen an eine Unternehmenszentrale wurde in drei untereinander verbundenen Kuben untergebracht mit je 70 Metern Seitenlänge, die zwei äußeren dreigeschossig und der mittlere viergeschossig für die Geschäftsleitung in der obersten Etage. Bewusst entschied man sich für eine asymmetrische Gesamtanlage ganz im Stil eines damaligen US-amerikanischen Unternehmens-Campus. Das durchgängige Ausbauraster von 1,25 Metern leitet sich her aus den für Euro-Paletten geeigneten Abmessungen des Zentrallagers mit 20.000 Quadratmetern Fläche, das das Grundstücksgefälle von 12 Metern überbrückt und den Unterbau für die drei Kuben bildet. Dieses Raster spiegelt sich in dem durchgängigen Stützabstand von 10 mal 10 Metern und damit an den Außenfronten in Form der außen liegenden Tragkonstruktion aus vorgefertigten Betonteilen. Sie sind ausgeführt in Zement mit weißen Zuschlagstoffen und an den Außenflächen glatt geschliffen. So konnte kostensparend auf Außenanstrich wie Verkleidung verzichtet werden. Die Fenster in schwarzen Alurahmen liegen wiederum um 1,25 Meter hinter der Außenkonstruktion und ermöglichen so einen Wartungsgang von außen sowie Verschattung und Schlagregenschutz. Dem Eindruck vorherrschender Horizontalschichtung der Flachbauten

sind mit den als geschlossene Betonkörper mit Wendeltreppe in Erscheinung tretenden Fluchttreppen vertikale Akzente entgegen gesetzt. Keine modische Vorhangfassade verdeckt die Konstruktion, so betont der Architekt in einer von Karstadt nach Fertigstellung des Hauses publizierten, ausführlichen Broschüre, auch sei es das Ziel gewesen, sich abzuwenden vom „vielfach geübten Brutalismus massiver Betonmauern.“ Dagegen setzt der Entwurf auf Gliederung und Ablesbarkeit in einem menschlichen Maßstab trotz der enormen Baumasse.



Südseite des Gebäudes mit Treppentürmen und Terrassierungen 1970
(Foto: Manfred Hanisch)

Unmittelbar im Anschluss an die Fertigstellung wurde die Option zur Erweiterung ergriffen und ein zusätzlicher, wiederum viergeschossiger Kubus südöstlich angebaut. Im System wären zwei weitere Kuben auf dem Grundstück möglich gewesen. Dafür war die Energiezentrale – mit obertägigem Glaskubus für volle Funktionstransparenz – an die äußere Südecke des Grundstücks gesetzt und mit den anderen Gebäudeteilen über einen begehbaren Energiekanal verbunden worden.

Der Innenausbau mit den Kernen für Treppenhäuser und Nassräume ist in Ortbeton ausgeführt. Die verbleibenden Flächen sind flexibel teilbar und wurden vorwiegend für Großraumbüros aus-

gelegt, ließen sich aber nach Aussage des Architekten unschwer auch zu Zweibundbüroräumen umbauen. Innenhöfe in zwei der drei Kuben ermöglichen aus fast allen Bereichen den Sichtbezug nach draußen. Für das Farbkonzept und die Ausgestaltung der Innenbereiche unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten wurden, unter intensiver fachlicher Beratung vor allem durch den damaligen Direktor des Folkwang-Museums Paul Vogt, etwa 40 internationale zeitgenössische Künstler herangezogen. Statt beliebigen Wanderschmuck zu verteilen, sollte Kunst am und im Bau



Innengestaltung und Farbkonzept eines Großraumes
(Foto: Manfred Hanisch)

„die Zeitbezogenheit dieses modernen Funktionsbaus“ reflektieren. Seither hat der Vorbesitzer, die Karstadt Pensionskasse, alle mobilen Kunstwerke veräußert. Verblieben ist nur wandfeste Ausstattung wie z.B. Wandreliefs, darunter ein Wandmosaik von Heinz Mack in dem zuletzt gebauten vierten Kubus. Dieser ist jedoch nicht Teil des ausgewiesenen Denkmalbestandes, wohl aber die wandfesten Kunstwerke. Als kohärenter Bestandteil des Gesamtkonzeptes wurden die Außenanlagen und der Dachgarten mit Zugang von der Mitarbeiterkantine aus geplant. Einzelne Baumgruppen und Büsche sollten die Verbindung zum angrenzenden Landschaftsschutzgebiet herstellen, gepflasterte Wege und farbige Blühpflanzen in großen runden Betonkübeln ein Echo auf die Farbgestaltung im Inneren darstellen.

Chancen und Potenziale

Wenn es noch eines Hinweises bedurft hätte, dass die Kommentare zum weiteren Umgang mit dem Großbau „Karstadtzentrale“ alles mögliche, nur nicht den architektonischen Bestand betreffen, dann die Qualifizierung als „Brutalismus“. Hier wurde ein Schlagwort verwendet, ohne genaue Vorstellungen, was es eigentlich bedeutet. Es wurde auf ein Bauwerk angewendet, das sich dezidiert von den Werken des späten, auf monolithische Baukörper und klobige Bauteile in roh belassenem Beton reduzierten Baustils absetzt. Eher wäre die Karstadt-Zentrale dem Strukturalismus zuzurechnen, wo eine innere Struktur das Ganze durchdringt und mit dem Außenraum in Beziehung tritt. Allerdings spielt die Architektur in der Debatte um fehlende Gewerbeflächen in der Stadt nur eine Nebenrolle und auch die Formulierung „Gewitterwolken mit Garagencharme“ dürfte eher der Lust an plakativen Formulierungen geschuldet sein als einer Ablehnung des konkreten Bauwerks aus ästhetischen Gründen.

In technischer Hinsicht steht der Weiternutzung der Gebäude nichts im Wege, weder einer Aufteilung für verschiedene Mieter noch dem inneren Umbau für veränderte Raumzuschnitte, ohne dass der Charakter des Bauwerks gravierend verändert werden müsste. Nachdem wider Erwarten der Verkauf an einen Finanzinvestor gelungen ist zugleich mit der Weitervermietung einer Teilfläche von 30.000 Quadratmetern an die Karstadt AG für 25 Jahre hat der neue Eigentümer Fachunternehmen mit der weiteren Vermietung von Flächen und dem Gebäudemanagement beauftragt. Diese wiederum stehen in Kontakt mit dem Architekten Walter Brune. Der Umbau für Karstadt wurde allerdings an das Büro KZA aus Essen vergeben. Da der Grundstückszuschnitt von Anfang an zusätzliche Bauerweiterungen erlaubte, bestehen auch in dieser Hinsicht Möglichkeiten zur baulichen Ergänzung auf Flächen, die jetzt noch für Parkplätze genutzt werden.

Aus der Konzeption als isoliert stehender Campus heraus distanzieren die großzügigen Freiflächen den Gebäudebestand von der Umgebung außerhalb des Grundstücks selbst dann noch, wenn die Erweiterungsbauten alle realisiert würden. Eher auf respektvolleren Abstand als auf Korrespondenz angelegt ist vor allem der Haupteingang



126





in dem von der Straße aus am weitesten zurück liegenden Mittelbau. Eine Art cour d'honneur bildend, wird er durch eine aufschwingende stählerne Dachskulptur akzentuiert. Wie groß der Baubestand tatsächlich ist, dürfte vielen, die sich in Kommentaren kritisch äußerten, nicht vorstellbar sein, zumal das Gebäude nie öffentlich zugänglich war. Für die Hausbesitzer auf der gegenüber liegenden Straßenseite bildete der Neubau damals einen willkommenen Riegel und



Ansicht der Verwaltungszentrale von der Autobahn
(Foto: Manfred Hanisch)

Lärmschutz Richtung Autobahn. Wie geschickt die Baumassen im Gelände untergebracht wurden, wird ersichtlich im Vergleich zu dem jüngeren Büroquartier, wo geringere Flächenkontingente in kompakteren, massiger erscheinenden Gebäuden untergebracht wurden. Eine künftige Umnutzung für mehrere Unternehmen sollte sich dieser Situation stellen und eine Entscheidung treffen, entweder für eine wieder deutlicher herausgearbeitete Charakteristik der ursprünglichen Außenanlage – vieles ist seither zugewuchert oder vernachlässigt – oder aber für eine Öffnung und städtebauliche Neukonzeption sowohl in Bezug auf die kleinstädtische Wohnbebauung auf der anderen Straßenseite, dem Haupteingang gegenüber, wie zu dem nördlich angrenzenden, später entstandenen, aber architektonisch weniger anspruchsvollen Büroquartier.

Literatur und Quellen

KARSTADT 1970. Karstadt Hauptverwaltung. Eine Informationsschrift über das Hauptverwaltungsgebäude der Karstadt und Kepa Kaufhaus GmbH Essen, Essen 1970.

WESTFALENPOST 02.07.2015. Michael Kohlstadt: Sorge um Karstadt-Zentrale – Wegzug aus Ruhrgebiet denkbar. In: Westfalenpost vom 02.07.2015. <https://www.wp.de/staedte/essen/sorge-um-karstadt-zentrale-wegzug-aus-ruhrgebiet-denkbar-id10840919.html>.

WESTFALENPOST 11.11.2015. Janet Lindgens: Die Karstadt-Zentrale in Essen kommt auf die Denkmalliste. In: Westfalenpost vom 11.11.2015.

<http://www.derwesten.de/wp/staedte/essen/die-karstadt-zentrale-in-essen-kommt-auf-die-denkmalliste-id11273612.html#plx2074185945>.



130



WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN
24. 5. 2016

„Es ist ein Unding,
dass die Stadt sich
so ein Denkmal ans
Bein binden muss“

Rathaus Gronau

Objekt: Rathaus Gronau
Standort: Konrad-Adenauer-Str. 1, 48599 Gronau
Baujahr: 1973-1976
Architekt: Harald Deilmann, Münster



Diese Äußerung des Ratsmitglieds Rüdiger Bartels, Fraktion Grün Alternative GAL, vom 24. Mai 2016 markierte den vorläufigen Endpunkt einer seit über zehn Jahren andauernden Debatte über den perspektivischen Umgang mit dem Verwaltungsbau des Architekten Harald Deilmann in der Stadtmitte Gronaus. Angesichts der endgültigen Entscheidung des Rates vom 24. Mai 2016 für den Erhalt des Großbaus der 1970er Jahre und dem gleichzeitigen Beschluss ein Sanierungskonzept in Auftrag zu geben, damit das Rathaus auch weiterhin als ein solches genutzt werden kann, zeigt deutlich die Problematik mit derartigen großen Architekturen. Die bis dahin geführten Diskussionen drehten sich vor allem um wirtschaftliche Aspekte des weiteren Umgangs, die vor allem dem Erhaltungszustand des

Gebäudes geschuldet waren. Aber auch die Anerkennung des Denkmalwertes hatte für Unverständnis gesorgt, bis die Stadt den Bau am 18. Mai 2016 nach langem Ringen schließlich doch in die Denkmalliste der Stadt eintragen ließ.

Das Gronauer Rathaus ist ein Beispiel für viele öffentliche Gebäude in Nordrhein-Westfalen, die im Zuge von Bevölkerungswachstum und Gebietsreformen der 1970er Jahre entstanden. Der von Harald Deilmann entworfene und 1976 fertiggestellte Bau in der Mitte der Stadt zeigt viele zeittypische Elemente: gewaltige Dimensionen und großflächig verwendeter Beton in der Außenwahrnehmung, flexible und multifunktionale Raumstrukturen im Innern. Es sollte ein „Haus der Bürger sein“ und ein Symbol der demokratischen Selbstverwaltung.



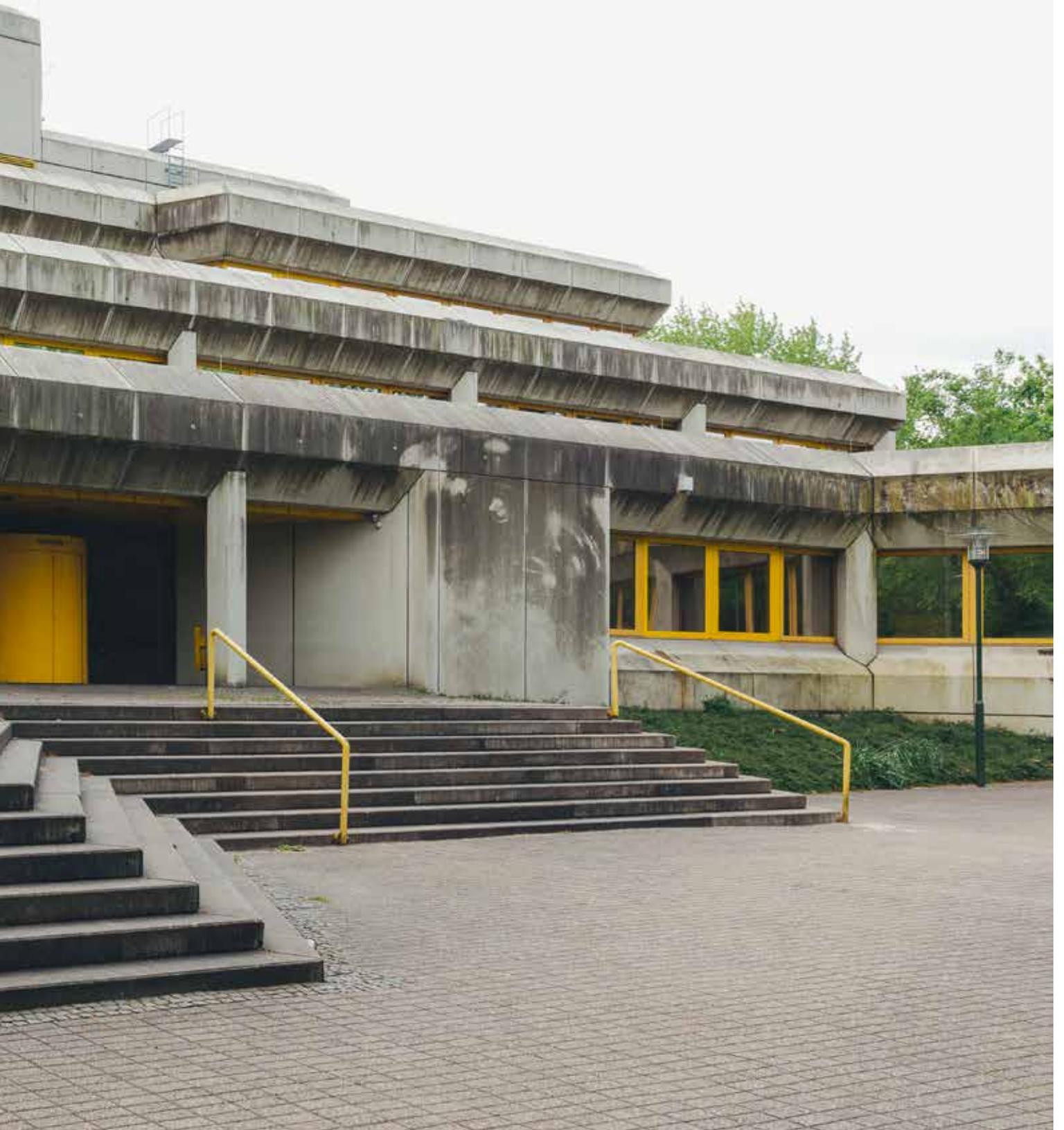




RATHAUS-SERVICE

RATHAUS-S
...wir sind für
Montage-Fre
durchgehend
8.00 bis 18.00

RATHAUS



reiche regionale, aber auch überregionale Tageszeitungen und Fernsehsender „Denkmalschutz für marodes Rathaus“ (Focus 2016) oder „Betonklotz unter Denkmalschutz“ (SAT1 NRW 2016). Daraufhin überlegte die Stadt gegen die Unter-
 schutzstellung Klage einzureichen (Die Welt 21.04.2016), was die Debatte erneut entfachte. Am 24. Mai 2016 fiel letztendlich nun der einstimmige Beschluss des Rates auf eine Klage zu verzichten, das Gebäude als Rathaus weiter zu nutzen und ein Konzept für Sanierung und Erweiterung zu entwickeln (WN 24.05.2016).



Ansicht von Nordosten, ca. 1976

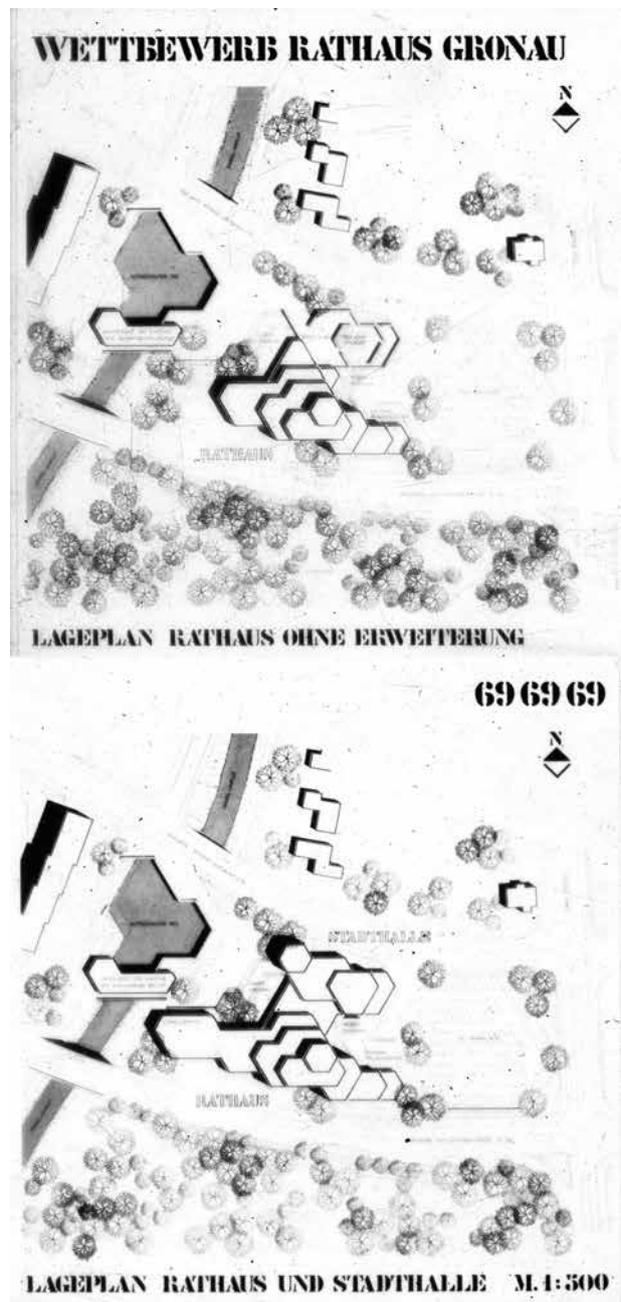
(Quelle: Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst NRW, A:AI)

Aspekte des ursprünglichen Planungskonzeptes

139

Im Zuge der kommunalen Neugliederung erfolgte 1975 die Süderweiterung der Stadt Gronau mit der Hinzufügung des Ortsteils Epe. Der Rathaus-Neubau von Harald Deilmann, errichtet 1973 bis 1976 markiert den neuen städtischen Mittelpunkt und gleichzeitig den Übergang zwischen beiden Stadtteilen. Der Bau war das Ergebnis eines Wettbewerbs von 1969, in dem die Stadt einen „Großraum für Gronau“ forderte (Brinkmann 2012). Die damals viel postulierte demokratische Idee eines Rathauses wollte Deilmann mit diesem Bau neu interpretieren. Statt eines einfachen Rathauses sollte ein „Haus der Bürger“ entstehen und statt eines reinen Verwaltungsbaus ein Ort der Begegnung. Deilmann entwarf einen baulichen Komplex, der mehrere Einzelnutzungen miteinander verflocht und kurze Wege und fließende Arbeitsabläufe ermöglichen sollte. Inspiriert von Geometriestudien Ernst Sieverts, legte er dem

Gesamtkonzept ein Dreiecks-Raster zugrunde, das er, um die geforderte Flexibilität zu erreichen, für optimal hielt. Der Bau verdeutlicht diese Flexibilität auf verschiedenen Ebenen: in seinen städtebaulichen Erweiterungsmöglichkeiten, der freien Gestaltung der Innenräume und seinen unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten. Das Erscheinungsbild des fünfgeschossigen, stark differenzierten Baukörpers zeichnet sich durch eine lebhaft plastische Gliederung aus. Die große zentrale und multifunktionale Eingangshalle ermöglicht dem Nutzer eine rasche Orientierung und bietet durch ihre offene, groß-



Lagepläne mit und ohne Erweiterungen bzw. Stadthalle
 (Quelle: Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst NRW, A:AI)



Haupteingangsbereich mit Treppenanlagen und Terrassierungen, ca. 1976
(Quelle: Archiv für Architektur und Ingenieurbaukunst NRW, A:AI)

zügige Gestaltung eine freundliche Empfangssituation. Der Rathausbau stellt außerdem zahlreiche Sichtbeziehungen zu seiner Umgebung her. Durch die umlaufenden Fensterbänder ist der Blick zur Innenstadt, zum Stadtpark, zur Dinkelumflut und Kirch- und Wassertürmen der Stadt gegeben. Zum Konzept gehörten ursprünglich auch weitere Bauten wie eine Stadthalle, eine Polizeistation und ein Brückenrestaurant, die alle nicht ausgeführt wurden.

Chancen und Potenziale

Im Gegensatz zu vielen starren und innerstädtisch stark eingebundenen Rathausneubauten der Nachkriegszeit stellt das Rathaus Gronau eine gut angepasste Architektur inmitten einer gestalteten Grünfläche dar. Neben der noch heute erhaltenen bauzeitlichen Ausstattung sind nicht nur die qualitätsvolle Gestaltung des Baus, sondern vor allem seine städtebauliche Qualität und die damit verbundene Anpassungsfähigkeit von Bedeutung. Die flexible Struktur im Inneren wie im Äußeren und die umgebenden Flächen bieten eine große Chance das Gebäude weiter zu entwickeln. Der von der Stadt damals gewollte und später stark kritisierte „Großraum“ zeigt in seinen mitgeplanten Erweiterungsmöglichkeiten und seinem Standort auf einer gestalteten Freifläche gute Chancen für ein Weiterbauen des Bestandes. Innerhalb der im Vorfeld geführten Debatte um den Abriss oder eine Instandsetzung wurden diese Qualitäten nicht berücksichtigt. Stattdessen fokussierte man sich auf die Bausubstanz

und das Baumaterial oder die innere Gestaltung. Der Denkmalwert des Rathauses umfasst neben dem gesamten Gebäude auch die direkt umgebende Fläche mit Wasserspiel, Treppen und Balkenbrücke über die Dinkelumflut. Und genau hier liegen auch die tatsächlichen Qualitäten dieses Großkomplexes. Inmitten einer vom Architekten mitgestalteten Freifläche erhebt sich ein wabenförmiger Baukörper, dessen große Baumasse angenehm gestaffelt erscheint und nicht als störender „Riese“ den Stadtraum dominiert. Die freie Fläche ermöglicht einen unverstellten repräsentativen Blick auf das Gebäude. Die Materialsprache und die modulare Struktur wiederholen sich in den Betonelementen des Wasserspiels, Treppen und Zuwegungen. Umrisse und Aufteilung des Parkplatzes sowie die Anordnung der Bäume waren ebenfalls Teil des Entwurfs. Hieraus ergeben sich gestalterische Zusammenhänge und stadträumliche Qualitäten, die man in vielen Verwaltungsbauten vergeblich sucht und die nachträglich schwer zu generieren sind. Es sind beste Voraussetzungen für die Schaffung von Aufenthaltsqualitäten und Nutzungsmöglichkeiten gegeben, die einen städtischen Mittelpunkt unbedingt auszeichnen sollten.





142



Literatur und Quellen

- BRINKMANN 2012.** Ulrich Brinkmann: Statt Abriss: Blickwinkel weiten. In: Bauwelt 40-41/2012, S. 17.
- DIE WELT 21.04.2016.** Denkmalschutz für marodes Rathaus in Gronau. In: Die Welt vom 21.04.2016.
- FOCUS 2016.** Denkmalschutz für marodes Rathaus in Gronau. In: Focus online vom 21.04.2016. http://www.focus.de/regional/nordrhein-westfalen/denkmaeler-denmalschutz-fuer-marodes-rathaus-in-gronau_id_5457670.html.
- RATHAUS WEITERBAUEN.** Peter Knüvener, Stefan Rethfeld: Das Rathaus Gronau weiterbauen. <http://www.rathaus-gronau-weiterbauen.de/links.html>.
- RETHFELD 2012.** Stefan Rethfeld: Gronau – Die Vernunft des geometrischen Systems. In: Bauwelt 40-41/2012, S. 36-41.
- RETHFELD 2016.** Stefan Rethfeld: Zurück zur Zuversicht. Rathaus Gronau unter Denkmalschutz – trotz Kirtik. In: Baunetz vom 02.05.2016.
- SAT1 NRW 2016.** Betonklotz unter Denkmalschutz. Beitrag auf SAT1 NRW vom 10.05.2016. <https://www.sat1nrw.de/archivbeitraege/betonklotz-unter-denkmalschutz-158051>.
- SPD 07.04.2015.** Beitrag der SPD Gronau vom 07.04.2015. <http://www.spd-gronau.com/index.php/archiv/13-archiv/49-denkmal-schutz-fuer-das-gronauer-rathaus>.
- WN 02.03.2012.** Markus Kampmann: Pläne für neues Rathaus: Neubau statt Sanierung. In: Westfälische Nachrichten vom 02.03.2012.
- WN 16.04.2015.** Kaum Chancen auf Weigerung. In: Westfälische Nachrichten vom 16.04.2015.
- WN 18.04.2016.** Rathaus Gronau. Angst vor Asbest. In: Westfälische Nachrichten vom 18.04.2016.
- WN 24.05.2016.** Klaus Wiedau: Wie viel rathaus ist Denkmal? In: Westfälische Nachrichten vom 24.05.2016.
- WN 24.08.2015.** N.N.: Geist der 1970er-Jahre löst nicht die Probleme des 21. Jahrhunderts. In: Westfälische Nachrichten vom 24.08.2015.
- WN 26.05.2015.** Klaus Wiedau: Verzicht auf Klage gegen Unterschutzstellung? In: Westfälische Nachrichten vom 26.05.2015.
- WN 29.08.2015.** Klaus Wiedau: Rathaus: Politik billigt Stellungnahme. In: Westfälische Nachrichten vom 29.08.2015.

144



KÖLNISCHE
RUNDSCHAU
07.01.2014

„ein Musterbeispiel für
den Widerstreit von
Interessen, wenn es um
den Denkmalschutz geht.“

Ingenieurwissenschaftliches Zentrum (IWZ) der TH Köln

Objekt: Ingenieurwissenschaftliches Zentrum der TH Köln (IWZ)
Standort: Betzdorfer Str. 2, 50679 Köln
Bauzeit: 1973/74-1977 (IWZ-Kreuzbau), 1978-80 (Mensa)
Architekten: Staatshochbauamt für die Universität zu Köln „Planungsgruppe
Fachhochschule“ (Bernhard Finner, Friedrich von Gumbertz,
Günter Erler, Reinhard Krause) mit Walter Henn und Claus
Wiechmann, Braunschweig



Bei dem IWZ, dem Ingenieurwissenschaftlichen Zentrum der TH Köln (ehem. FH Köln), handelt es sich um einen komplexen Hochschulbau für ingenieurwissenschaftliche Fachbereiche, der für rund 4.000 Studierende mit entsprechendem Raumangebot (Hörsäle, Seminarräume, Labore, Büros etc.) in den 1970er Jahren errichtet wurde. Seit Anfang 2013 ist das IWZ in die Denkmalliste der Stadt Köln eingetragen. Dem voraus gegangen waren heftige Diskussionen über den Abriss oder den Erhalt des Gebäudekomplexes. Aufgrund von Sanierungsstaus hatten sich zahlreiche Baumängel gezeigt und die anstehende Sanierung sollte voraussichtlich teuer werden als ein Neubau. Der Abriss war schon „beschlossene Sache“ und auf dieser Grundlage wurde 2012 ein

Architektenwettbewerb zur Überplanung des Areals durchgeführt. Im gleichen Jahr legte das Amt für Denkmalpflege des Landschaftsverbandes Rheinland ein Fachgutachten vor, das dem Gebäude einen Denkmalwert zusprach. Damit ist der Erhalt des Gebäudes zwar noch nicht langfristig gesichert, aber die kurzfristigen Abbruch- und Neubaupläne waren zunächst mal vom Tisch.

Die öffentliche Debatte

Bereits seit Jahren beklagten Angehörige der Hochschule ein zu geringes Raumangebot, veraltete technische Standards sowie Baumängel. Zudem kritisierten sie die vom öffentlichen Stra-

Benraum isolierte Lage und damit eine fehlende städtebauliche Einbindung des Gebäudekomplexes in den Kölner Stadtteil Deutz. Und nicht zuletzt wurden mit dem Hochschulkomplex auch vielfach Begriffe wie „Massenproduktion“ und „Gleichförmigkeit“ (Krings 2012) in Verbindung gebracht und positive Zuschreibungen waren demgegenüber kaum vorhanden. Vor diesem Hintergrund sprachen sich sowohl Politik als auch Hochschulverwaltung für den Abbruch des IWZ und einen Campus-Neubau am alten Standort Köln-Deutz aus (Krings/der architekt 2/13, S. 65). 2012 wurde ein städtebaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb zur Gestaltung eines neuen



Ansicht des gestaffelten Zentralbereichs mit Parkplatz, 1980er Jahre
(Quelle: Rektor der FH Köln (Hg.): 100 Jahre Anwendungsbezogenes Studium in Köln, 1979)

Campus auf der Abrissfläche des IWZ durchgeführt, den das Büro kister scheithauer gross architekten und stadtplaner (ksg) mit dem Atelier Loidl Landschaftsarchitekten gewann. „Aufgabe war es, den sanierten Altbau der Fakultät für Architektur und der Fakultät für Bauingenieurwesen und Umwelttechnik aus den 1960er Jahren, sowie das Gebäude der Hochschulbibliothek zu erhalten. Vorgabe des Wettbewerbs war zudem, das Hochhaus [sic: das IWZ], die Mensa und die Hallenbauten durch Neubauten zu ersetzen.“ Während der öffentlichen Vorstellung des Siegerentwurfes am 06. November 2012 lobte der Kölner Stadtbaudezernent Franz-Josef Höing die „extrem hohe Qualität des Entwurfs“, der sich „ohne Schwächen“ gegen die anderen Beiträge

durchsetzte. ksg habe nicht nur einen durchdachten Plan für die Hochschule vorgelegt, sondern, so Höing, „ein Konzept für die Stadt gemacht.“ (Kister, Scheithauer, Gross 2016) Der Stadtplaner Albert Speer (AS&P), der den Juryvorsitz in diesem Wettbewerbsverfahren inne hatte, bezeichnete eine mögliche Unterschutzstellung des IWZ als „Schwachsinn“ (Kölnische Rundschau Online 06.11.12). Auch der Stadtrat sprach sich in einer Resolution gegen den Denkmalschutz aus (Kölnische Rundschau Online 05.11.12) und die Regierungspräsidentin Gisela Walsken machte 2013 deutlich, dass selbst ein unter Denkmalschutz gestelltes IWZ voraussichtlich kein Hindernis für den Campus-Neubau darstellen werde: „Bei einem Antrag auf Abbruch kann derzeit davon ausgegangen werden, dass die Belange von Wissenschaft und Bildung gegenüber dem Interesse der Denkmalpflege überwiegen.“ (Krings/der architekt 2/13, 66f.)

Für den ehem. Stadtkonservator Ulrich Krings ist der Baukomplex „[...] aufgrund seiner architektonischen Signifikanz und seiner beträchtlichen Höhe [...] von stadtteilprägender Bedeutung mit einer gewissen Fernwirkung.“ Außerdem stellt er ein markantes Beispiel der Architektur der 1960er/1970er Jahre dar. Das IWZ sei ein Testfall für den Umgang mit Bauwerken aus dieser Zeit und die Frage nach dem Denkmalschutz des IWZ müsse losgelöst von den Überlegungen eines neuen Campus für die FH Köln betrachtet werden (Krings/der architekt 2/13; Krings 2012). Vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (RVDL) wurde das Gebäude im März 2012 zum „Denkmal des Monats“ ernannt (vgl. Krings 2012) und auch die Landeskonservatorin für das Rheinland, Dr. Andrea Pufke, hielt an der Auffassung fest, dass es sich beim Ingenieurwissenschaftlichen Zentrum (IWZ) der Kölner Fachhochschule in Deutz um ein Denkmal handle (Kölnische Rundschau Online 05.11.12). „Es würde mich nicht wundern, wenn das IWZ am Ende doch noch saniert wird.“ (Dr. Andrea Pufke, zitiert nach Kölnische Rundschau Online 07.01.2014) Andrea Pufke machte deutlich, dass sich das IWZ aufgrund seiner baulichen Struktur besonders gut für einen „revitalisierenden Umbau“ eigne. „Das Land NRW müsse sparen und vielleicht reife am Ende in Düsseldorf ja doch die Erkenntnis, dass eine Sanierung die günstigere Lösung sei, meint die Konservatorin.“ (Kölni-









sche Rundschau Online 07.01.2014) Dem gegenüber befürwortete der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) nach wie vor einen Neubau und forcierte die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens. Auch der damalige FH-Präsident Prof. Christoph Seeßelberg ging davon aus, dass 2015 die Bautätigkeiten für ein neues Hörsaalzentrum und ein Institutsgebäude starten würden. (Kölnische Rundschau Online 07.01.2014) Die politischen Gremien hatten die entsprechenden Beschlüsse gefasst und es wurde ein komplexes Umzugsprogramm für die Fachbereiche der Hochschule sowie angrenzende Einrichtungen (Feuerwehr, Betriebshof, Wohngebäude u.a.) erarbeitet; geplant waren fünf Bauabschnitte bis 2018, in denen die Neubauten bei laufendem Betrieb auf dem Campus-Areal realisiert werden sollten. Den Masterplan hierzu hatte ebenfalls das Büro ksg vorgelegt (Kölnische Rundschau Online 07.01.2014). Anfang 2016 waren noch keine Bagger bestellt und die Sanierung des IWZ könnte doch noch eine Option werden.

Aspekte des ursprünglichen Konzepts

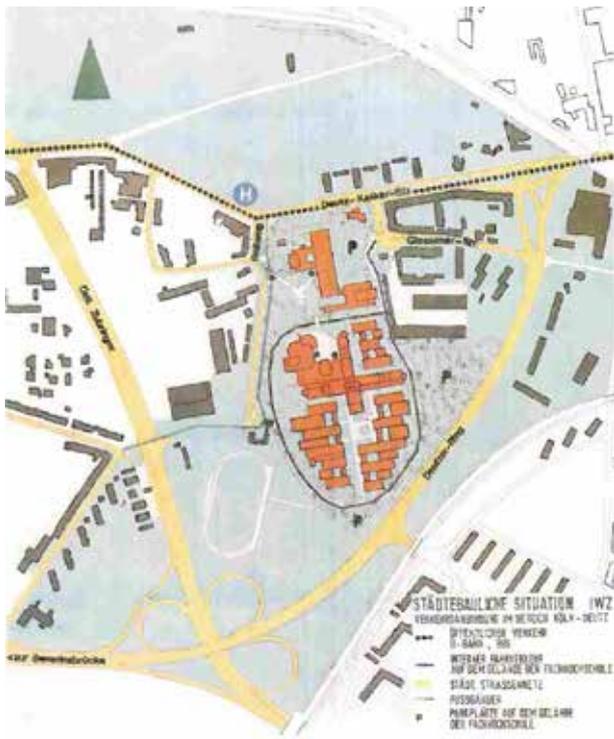
Die Realisierung des IWZ als Teil der Fachhochschule Köln am Standort Campus Deutz erfolgte ursprünglich in einer städtebaulichen Randlage zwischen den Kölner Stadtteilen Deutz, Kalk und Humboldt-Gremberg. Nördlich des IWZ befindet sich am Campus Deutz die Gebäudegruppe der damaligen Staatlichen Ingenieurschule für Bauwesen für die Fachbereiche Bauingenieurwesen und Architektur, die von den Kölner Architekten Berner und Jacobs entworfen wurde. In den Jahren 1966/67 entstanden hier zwei rechteckige, gewinkelt zueinander angeordnete 2- bis 4-geschossige Flachbauten mit einem Saalanbau. Unmittelbar südlich davon wurde das IWZ als eigenständiger Solitär realisiert. Das IWZ selbst ist ein mehrgeschossiger Kreuzbau, dessen Flügel sich von den Enden zur Mitte von vier auf bis zu zwölf Geschosse auftürmen; der Aufbau entspricht einem mehrflügeligen pyramidalen Hochhaus. Der Kreuzbau erhebt sich über zwei horizontalen Erschließungsebenen: das „E1“ dient der Kfz-Erschließung und das „E2“ ist den Fußgängern vorbehalten, über die auch die vorgelagerten Flachbauten (z.B. zweigeschossige

Labortrakte, Mensa und Nebenräume) erschlossen werden. Im Inneren des Gebäudes schließen sich im Erdgeschoss die Hörsäle sowie die Cafeteria und einzelne Ladeneinheiten an ein weitläufiges Foyer an. Seminar-, Studien- und Büroräume befinden sich in den Obergeschossen. Die vertikale Erschließung erfolgt über oktagonale Turmbauten; sie sind im Zentrum des Kreuzes in unterschiedlicher Höhe vierfach gebündelt. Weitere vertikale Erschließungsbauten befinden an den Enden der Flügelbauten.



Links: Erdgeschossenebene 2 mit Fußgängerbrücken, rechts: Ebene 8 des zwölfgeschossigen Hochhauses des Zentralbereichs
(Quelle: Rektor der FH Köln (Hg.): 100 Jahre Anwendungsbezogenes Studium in Köln, 1979)

Mit der markanten Farbgebung in betongrau bzw. weiß, braun, gelb und blau wird die Gebäudestruktur unterstrichen und die Fassaden der Flügelbauten werden durch das so genannte „Balken-Platten-System“ der umlaufenden Wartungsbalkone bestimmt. Hier könnten Anleihen an Bauten japanischer Metabolisten wie Kenzo Tanges Kagawa-Präfektur in Takamatsu, 1955-58, gesehen werden (Krings 2012, Krings/der architekt 2/13, 64-67). Der Gebäudekomplex wurde in Montage-Bauweise auf der Grundlage des Bausystems der „Zentralen Planungsstelle zur Rationalisierung von Landesbauten (ZPL) in NRW“ aus Fertigteilen in Kombination mit Bauteilen in Ortbeton errichtet. Dieses System wurde seinerzeit an sechs Standorten für unterschiedliche Hochschulbauten angewendet. Es handelt sich um eine materialunabhängige, stapelbare Skelettbauweise mit

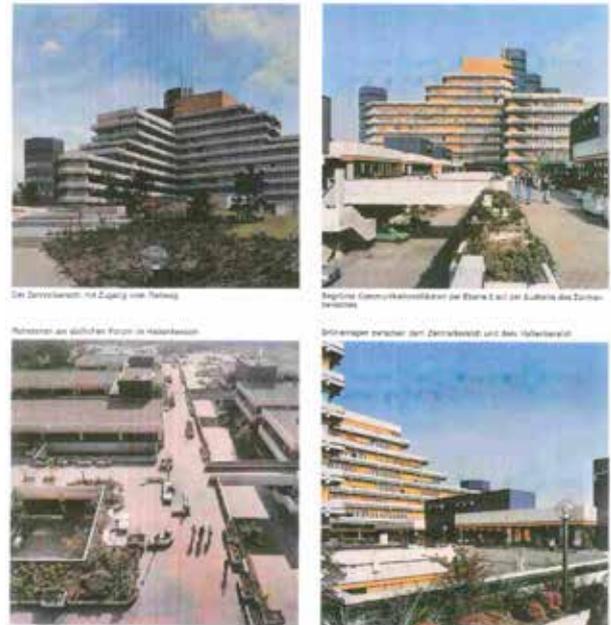


Lageplan des Gesamtkomplexes (Quelle: Rektor der FH Köln (Hg.): 100 Jahre Anwendungsbezogenes Studium in Köln, 1979)

getrennten Rastermaßen für die tragende Konstruktion und den Ausbau. Aufgrund örtlich variierender Raumprogramme und unterschiedlichen Bauteams hat jeder Gebäudekomplex eine eigene Struktur und somit ein unverwechselbares Erscheinungsbild erhalten. Das IWZ am Standort Köln-Deutz ist „bis heute komplett in allen seinen Teilen und in seiner charakteristischen Detaillierung einschließlich des äußeren und inneren Farbsystems erhalten; der bauliche Zustand ist zufriedenstellend.“, so Ulrich Krings, ehem. Stadtkonservator Kölns (Krings 2012). Zur Zeit der Errichtung war das Umfeld des IWZ weitgehend unbebaut und trotz diverser baulicher Maßnahmen in der näheren Umgebung wirkt das Gebäude bis heute als Solitär und plastische Figur in den näheren und weiteren Stadtraum Kölns. Das IWZ gehört zu den Höhendominanten der rechten Rheinseite und ist von der linken Rheinseite aus betrachtet Teil der Deutzer Silhouette.

Chancen und Potentiale

„Das Hochhaus des IWZ der FH Köln in Köln-Deutz ein Meilenstein der ‚Zweiten Nachkriegsmoderne‘.“ (Krings 15.12.2012) Die hohe Qualität



Zentralbereich mit Kommunikationsflächen, Ruhezeiten und Grünanlagen, 1980er Jahre (Quelle: Rektor der FH Köln (Hg.): 100 Jahre Anwendungsbezogenes Studium in Köln, 1979)

der Gesamtanlage ist in ihrem Aufbau und in ihrer Gestalt das größte Potential für die Weiterentwicklung des Gebäudekomplexes. Der Konstruktion ist es zu verdanken, dass im Inneren – je nach Anforderung – unkompliziert andere Raumschnitte realisiert werden können. Der fließende Übergang vom offenen Vorbereich in das großzügige Foyer ermöglicht eine den Anforderungen anzupassende Erschließung und Differenzierung von Funktionen. Gleichwohl bietet die Großzügigkeit dieser Erschließungsebene einen nutzungsoffenen Bereich, der für temporäre Ereignisse und Anlässe genutzt werden kann. Gleiches gilt auch für die Obergeschosse; eine Anpassung der Zuschnitte an zeitgemäße Anforderungen ist aufgrund der Konstruktion weitgehend möglich. Zudem haben bisherige Untersuchungen gezeigt, dass eine bauliche Anpassung und Sanierung des Bestandes kostengünstiger sein kann als ein kompletter Neubau, der in mehreren Bauabschnitten und im laufenden Betrieb erfolgen müsste.

Die derzeit in Teilen beengt wirkenden Erschließungstürme und -stege der „E2“ für Fußgänger lassen sich im Sinne einer optimierten Einbindung in den Campus sowie den umgebenden Stadtraum aufweiten bzw. erneuern und großzügiger gestalten. In diesem Zuge wäre eine Neuorganisation der Flächen für den ruhenden Verkehr zu überdenken, da diese den Campus stark vom





Stadtteil Deutz isolieren. Ergänzende Neubauten, mit denen dem wachsenden Raumbedarf Rechnung getragen werden könnte, böten sich auch für eine Vermittlung zwischen den Ebenen und ergänzende Erschließungen der „E2“ an.

Mit der markanten farblichen Gestaltung sowie der Höhenentwicklung des Gebäudekomplexes ist das IWZ inzwischen zu einer Art „Landmarke“ in Deutz geworden. Gleichzeitig ist mit dem Bau ein hoher Identifikationswert für die Studierenden verbunden. Der Denkmalschutz kann helfen und ist eine besondere Chance, diese Qualitäten wieder stärker herauszuarbeiten und dem Bau die „strahlende“ Einzigartigkeit zurückzugeben, die er ursprünglich mal hatte.

Literatur und Quellen

HOHENGARTEN 2016. Doro Hohengarten: FH-Sanierung als Musterbeispiel für Deutschland? Positionen im Streits ums IWZ. In: meinesuedstadt.de 2016.

KISTER/SCEITHAUER/GROSS 2016. Kister, Scheithauer, Gross: Ingenieurwissenschaftliches Zentrum (IWZ) der FH Köln 2016. <http://ksg-architekten.info/de/projekte/masterplan/iwz-der-fh-koeln>.

KÖLNER STADTANZEIGER 07.04.2014. Norbert Ramme: Umbau dauert 13 Jahre. In: Kölner Stadtanzeiger vom 07.04.2014.

KÖLNER STADT ANZEIGER 24.05.2013. Christian Hümmeler: FH-Bau ersetzt durch Flachbauten. In: Kölner Stadt Anzeiger vom 24.05.2013.

KÖLNISCHE RUNDSCHAU 07.01.2014. Christian Deppe: Hochschule geht vom Baubeginn 2015 aus. In: Kölnische Rundschau vom 07.01.2014.

KÖLNER STADTANZEIGER 31.01.2013. Tim Attenberger: Ein Denkmal ohne echten Schutz. In: Kölner Stadtanzeiger vom 31.01.2013.

KÖLNISCHE RUNDSCHAU 06.11.2012. Martina Windrath: FH sehr zufrieden: Vorfreude auf neuen Campus. In: Kölnische Rundschau vom 06.11.2012.

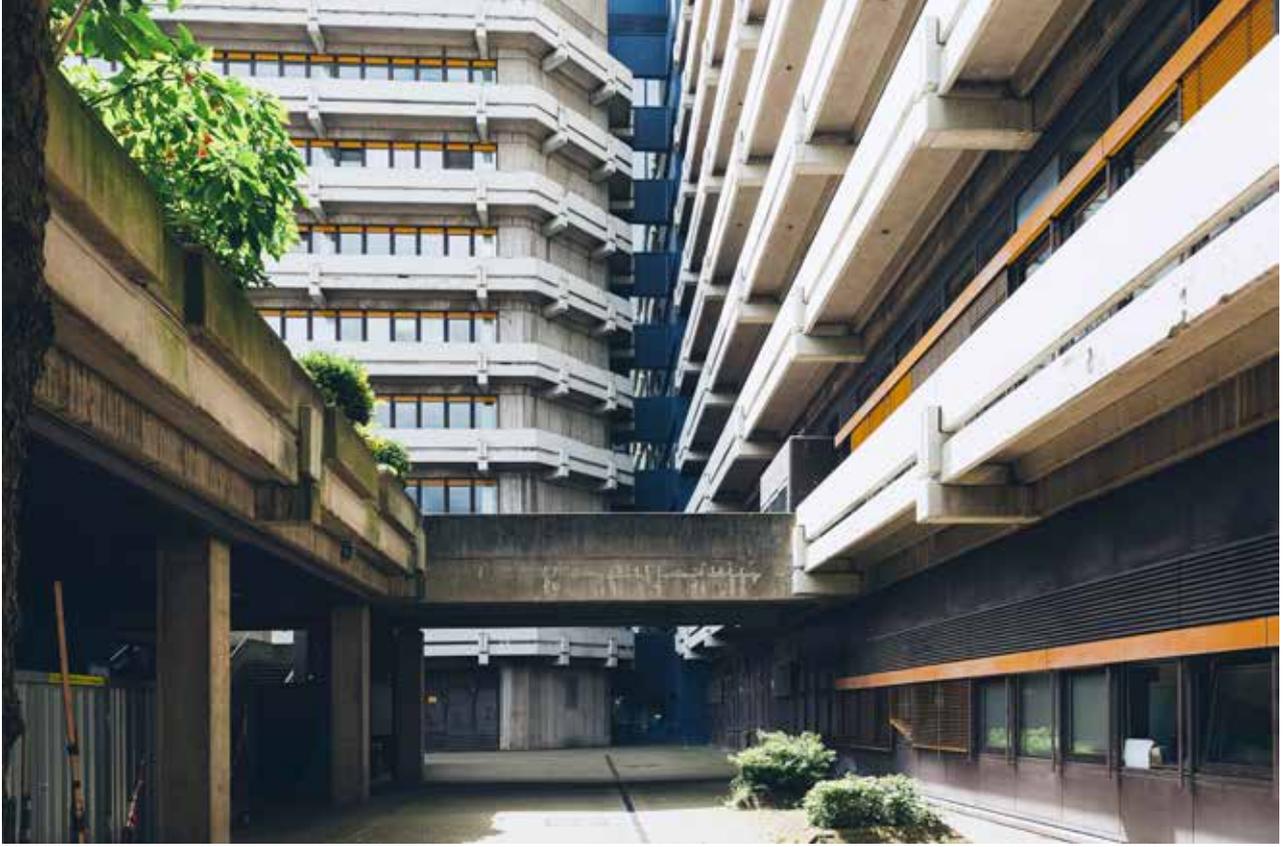
KÖLNISCHE RUNDSCHAU 05.11.2012. N.N.: Fachhochschule: Konflikt bleibt bestehen. In: Kölnische Rundschau vom 05.11.2012.

K-REPORT.DE 2012. N.N.: Planungen für Neubau des IWZ schreiten voran. In: k-report.de am 07.11.2012.

KRINGS 2012. Ulrich Krings: Das Hochhaus der IWZ der FH Köln in Köln-Deutz, ein Meilenstein der „Zweiten Nachkriegsmoderne“. www.ulrich-krings.de am 15.12.2012.

KRINGS/DER ARCHITEKT 2/13. Ulrich Krings: Denkmal, Immobilie oder Schrott? Projekt und Theorie IV: Das Hochhaus des „Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums“ (IWZ) der FH Köln. In: der architekt 2/2013, S. 64–67.

Mit den Riesen auf Augenhöhe – Ein neuer Blick auf Großstrukturen der 1960er und 1970er Jahre



WESTFÄLISCHES VOLKSBLATT
25.04.1980

„Ein Betonmeer mitten im Zentrum“



158



Königsplätze Paderborn

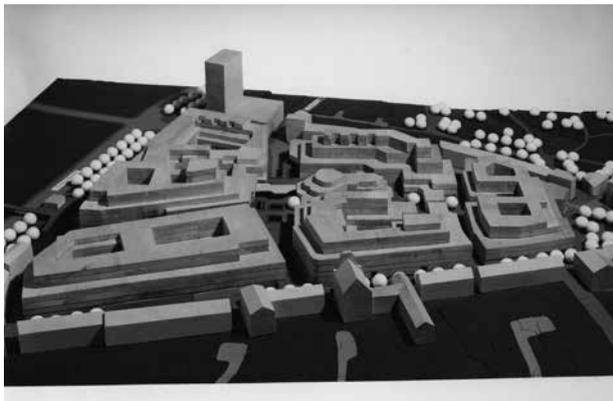
Objekt: Königsplätze Paderborn, Wohn- und Handelskomplex
Standort: Marien-, Western- und Königsstraße, 33098 Paderborn
Bauzeit: 1969-1981
Architekten: Architekturbüro Beller, Paderborn sowie weitere Architekten für Einzelbauten



Der Ende der 1960er bis in die 1980er Jahre errichtete kombinierte Kaufhaus-, Wohn-Hochgaragen- und Hotelneubau an der Königsstraße folgte der Idee einer verkehrsgerechten und funktionsgetrennten Innenstadt ganz im Sinne der städtebaulichen Ziele der 1970er Jahre und sollte als neues Stadtquartier den frisch gewonnenen Großstadtstatus manifestieren. Paderborn hatte im Zuge der kommunalen Neugliederung von Nordrhein-Westfalen mit der Eingemeindung umliegender Orte 1975 erstmals die 100.000-Einwohner-Grenze überschritten. Im diesem Zeitraum wurden in Paderborn entsprechend des neuen Leitbilds weitere Großbauten umgesetzt: Universität, Paderhalle und Diözesanmuseum. Das größte Projekt aber war die Verdichtung des

kommerziellen Zentrums durch das neue Stadtquartier, in dem Fahrverkehr und Fußgänger auf zwei Ebenen voneinander getrennt wurden. So entstand eine verwinkelte, terrassierte Baustruktur mit urbanem Nutzungsmix und darunter liegendem Busbahnhof und Tiefgarage. Die Eigentumsverhältnisse der Königsplätze stellen innerhalb dieser Großprojekte eine Besonderheit dar. Ihre Besitzstruktur setzt sich aus ca. 60 Eigentümern zusammen, die entweder ein Gebäude oder eine Einheit im Wohnturm besitzen. Diesem Umstand und den damit verbundenen Abstimmungsprozessen ist es zu verdanken, dass die Königsplätze trotz erheblicher funktionaler und substanzieller Mängel bis heute nahezu unangetastet blieben und nicht wie vergleichbare

Strukturen aufgekauft oder abgerissen wurden. Der Komplex, der die geschichtsträchtige Königsstraße überspannt und daher seinen Namen erhielt, ist im Wesentlichen durch zahlreiche Rampen, Brücken und Treppen geprägt. Es entstanden Straßenschluchten, Unterführungen und Passagen, die eng und uneinsichtig sind und so zu einem Orientierungsverlust führten. Aus diesen ungemütlichen Räumen wurden Angsträume, Down-Trading und Leerstand endeten an vielen Stellen in einer Verwahrlosung der Königsplätze. Im ebenerdigen Straßenraum unter der Fußgängerplattform befindet sich eine zentrale Bushaltestelle, die sich bis heute als ungestalteter, dunkler Stadtraum präsentiert, der sich schnell zu einem Problemraum entwickelte und von der Bevölkerung als „Betonwüste“ (Hartmann 2016) beschimpft wurde. Ebenso zeigte sich hier eine andere Art der (Funktions-)trennung: Während die Bürger oben auf der Plattform zwischen den Kaufhäusern flanieren, hausieren unter ihnen Obdachlose.



Modell zur Innenstadtsanierung Königsplatz
(Quelle: Stadt- und Kreisarchiv Paderborn, Foto: Rolf Ertmer)

Die öffentliche Debatte

Die Kritik am Gesamtensemble der Königsplätze setzte bereits bei der Eröffnung des Komplexes 1981 ein: „Als Trennung zwischen Fahr- und Fußgängerverkehr [entsteht] ein munterer ‚Stadtbach‘. Wieder ein Beitrag gegen zu viel Beton im Sanierungsgebiet“ (Hartmann 2016). Hier wurde früh deutlich, was sich bis zur Sanierung des Komplexes als Hauptkritikpunkt herausstellen sollte: Die Königsplätze wurden in der Regel auf das negativ konnotierte Baumaterial Beton reduziert. Dies äußerte sich nicht zuletzt in Aussagen wie „Betonareal“ (Radio Hochstift 2011), „Pader-

borner Beton-Geschäftsviertel“ (Radio Hochstift 2009) oder „Die Sanierung der Innenstadt vor 35 Jahren mit dem Ergebnis ‚Betonklotz Königsplatz‘ [...]“ (WVB 2011). Hinzu kam von Beginn an eine Durchsetzung des Quartiers mit Angsträumen, die weniger im Innenbereich als entlang der Außenkanten im Norden und Westen auftraten. Aber auch der großflächige städtebauliche Eingriff durch diese Großstruktur stand im Fokus der Kritik. „Mit dem Neubau von Tiefgarage, Busbahnhof und Einkaufsplattform wurden [...] Straßenzüge ruiniert“ (Bauwelt 1-2/2012). Aber auch die Gestalt der Einzelarchitekturen wurde eher negativ bewertet. „Anders als im Falle der öffentlichen Bauten hat sich die Stadt beim Königsplatz mit einer Architektur begnügt, die selbst an damaligen Verhältnissen gemessen als medioker gelten muss“ (Bauwelt 1-2/2012). Diskussionen um eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Königsplätze setzten verstärkt im Jahre 2009 ein, als der von der FDP geforderte Abriss endgültig vom Tisch war (Radio Hochstift 2009). Im selben Jahr wurden im Auftrag der Initiative von Eigentümern und Gewerbetreibenden, unterstützt von der Stadt Paderborn und der Industrie- und Handelskammer sowie unter Beteiligung der Öffentlichkeit erste Entwicklungsperspektiven für die Königsplätze erarbeitet und diskutiert. Ein neu gegründeter Verein initiierte 2011 mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und weiteren Partnern einen Wettbewerb zur Neugestaltung des öffentlichen Raumes rund um die Königsplätze: „Die Auslobung des Wettbewerbs ist ein weiterer wichtiger Schritt für die zukünftige Steigerung der Gestalt-, Nutzungs- und Aufenthaltsqualität rund um die Königsplätze. Ziel ist es, die strukturellen Schwächen dieses Einzelhandelsstandortes in hervorragender Innenstadtlage Stück für Stück auszugleichen“ (NWZ 2011). Kritisiert wurden auch hier nicht nur Baumaterialien und baulicher Zustand. Immer wieder war auch die mangelnde städtebauliche Verknüpfung mit den angrenzenden Gebieten der Stadt ein Thema. Besonders problematisch wurde dabei der Abschnitt zum Paderquellgebiet im Norden gesehen. So äußert sich Ulrich Brinkmann noch 2015 in einem Interview: „Ein bisschen schwieriger sieht es auf der Nordseite aus, [...] wo es dieses Gefälle gibt und sich [...] plötzlich so eine Eiger-Nordwand aus Beton und Backstein auftürmt“ (Hartmann 2015).









2013 wurde im Rahmen eines Integrierten Handlungskonzeptes eine Bestandsaufnahme von Fachplanern durchgeführt, dessen Ergebnisse dann Grundlage für ein anschließendes Wettbewerbsverfahren zur Aufwertung der Aufenthaltsbereiche und Verbesserung der Einzelhandels-situation des Königsplatzes darstellten (NWZ 2013). Die Umgestaltung wird seit Herbst 2015 durch das Hamburger Büro Breimann + Bruun umgesetzt.

Eine neue Aufmerksamkeit erfuhren die Königsplätze erneut im Jahre 2013, als die „StadtDenker“, eine Gruppe Studierender unter der Leitung der Architekturstudierenden Turit Fröbe, für eine Woche in einem leeren Gebäude der Königsplätze gastierten. Mit unkonventionellen Mitteln und Aktionen versuchte die Gruppe, der Bevölkerung ein erweitertes Verständnis ihrer Stadt zu vermitteln (Fröbe 2014). 2014 startete erneut ein weiteres Zwischennutzungsprojekt. Im Nutzerverein Zwischenstand kamen Künstler und Kreative zusammen, um den Leerstand gezielt mit temporären Zwischennutzungen zu füllen. Auch fanden Veranstaltungen mit externen Gästen wie Ulrich Brinkmann statt, der sich als ehemaliger Paderborner intensiv zur Entwicklung der Königsplätze äußerten. Schließlich fand allmählich ein Perspektivwechsel auf die spätmoderne Architektur der Königsplätze statt: Nicht nur das überregionale Interesse an dem intakten Ensemble nahm stetig zu, besonders jüngere Generationen äußerten sich positiv zur gesamtheitlichen architektonischen Gestaltung.

eine verwinkelte und terrassierte Baustruktur mit urbaner Nutzungsmischung. Den städtebaulichen Auftakt dieses Großkomplexes bildet eine große Fußgängerrampe zwischen Kaufhof und Kaufhaus Klingenthal. Dieser Rampenaufgang erzeugte zunächst eine Großzügigkeit und bildete mit den beiden Eckgebäuden eine Torsituation an der wichtigsten Kreuzung der Stadt.



Bau des Königsplatzes, Bauabschnitt 2-5 vom Standort Schümer aus am 18. August 1975
(Quelle: Stadt- und Kreisarchiv Paderborn, Foto: Rolf Ertmer)

Aspekte des ursprünglichen Planungskonzepts

Im Dreieck zwischen Marien-, Western- und Königsstraße entstand ein verdichteter Handelskomplex, der mit vier Solitärbauten eine Art erweiterte Innenstadt darstellte. Fahr- und Fußgängerverkehr sollten entsprechend des Leitbildes der funktionsgeteilten Stadt auf zwei Ebenen voneinander getrennt werden. Eine eingezogene Plattform über der Verkehrsebene mit Tiefgarage und Busbahnhof war ausschließlich für den Fußgängerverkehr vorgesehen. Sie nimmt den schwierigen topographischen Versprung zwischen der Ober- und Unterstadt auf und bildet so neue Wegeverbindungen aus. Auf ihr entstand

Im Innern des Komplexes bilden das Kaufhof Warenhaus aus den 1950er Jahren und das Kaufhaus Klingenthal aus den 1920er Jahren mit Erweiterungen aus den 1970er und 1990er Jahren, eine kurze Reihe von großen Einzelhandelskaufhäusern. Diese Reihe wird durch das C&A-Haus an der König-/Ecke Marienstraße mit dem daneben hochaufragenden Hotelhochhaus abgeschlossen. In der Mitte dieser Reihe befindet sich das ehemalige „Gemeinschafts Kaufhaus Dany“ mit einer auffälligen grünen Elementfassade. Zwischen den unterschiedlichen Einzelarchitekturen wurde durch Absprache unter den damaligen Architekten eine einheitliche gestalterische Sprache mit verbindenden Elementen wie beispielsweise dem roten Ziegelstein als Boden- und Fas-

sadenmaterial und den dunkelgrün-grauen Wabendecken und abgeschrägten Fassadenteilen entwickelt. Auch die Gestaltung der Freiflächen und Böden innerhalb der Königsplätze ist einheitlich erfolgt. Kreisförmig gemauerte Baumschalen, Wendeltreppen, Pergolen und ein künstlicher Bachlauf beleben den öffentlichen Raum. Tiefe Bepflanzungselemente aus halbierten Betonröhren begleiten alle Laubengänge und Balkonsituationen, so dass ein durchgrüntes und lebendiges Gesamtbild entsteht.



Bebauungsplan 17 a-c Geschosse über der Fußgängerebene, 1977
(Quelle: Stadtplanungsamt der Stadt Paderborn)

Die Einzelarchitekturen lassen in ihrer unterschiedlichen Gestaltung teilweise Qualitäten vermissen. Lediglich das ehemalige Kaufhaus Dany zeigt in seiner Fassadengestaltung aus grünen, unterschiedlich breiten Blechelementen einen Gestaltungswillen, der bei Lichteinfall durch das Changieren der Bleche eine Tiefenwirkung erzeugt und das große Bauvolumen rhythmisiert und auflockert. Auch die Gestaltung des Inselhauses in der Mitte der Königsplätze verleiht dem Ensemble einen besonderen Charakter. Die beigefarbenen Kunststoffpaneele der Fassade des terrasierten Baukörpers verleihen dem Bau ein futuristisches Aussehen.

Chancen und Potentiale

Die Königsplätze sind aufgrund ihrer Komplexität und Konsequenz als Ensemble durchaus in der Lage eine Strahlkraft als Stadtskulptur zu entwickeln. Die Kritik an den vorhandenen Bauten schient im Einzelnen – zumindest in Bezug auf ihre architektonische Gestalt, nicht jedoch im Hinblick auf den Baustoff Beton – teilweise berechtigt und verständlich. Eine Aufwertung oder auch Erneuerung der Einzelarchitekturen bietet für den Komplex aber entscheidendes Potenzial. Es gilt, in der Detaillierung dieser Bauten und Bauteile eine elegantere und durchdachtere Formensprache zu finden, so dass Einzel- wie Gesamtarchitektur als qualitätsvolle und schlüssige Einheit erscheinen können. Die Problematik des vollzogenen Stadtumbaus bezieht sich besonders auf den Maßstabssprung in kleinteiliger Umgebung mit unzureichenden Vermittlungsarchitekturen. Eine Entwicklung, die sich nicht an den heutigen Shopping-Malls, son-



Königsstraße/Königsplatz, Blick abwärts zur Zentralstation von der Westernstraße, 21. Januar 1985
(Quelle: Stadt- und Kreisarchiv Paderborn, Foto: Michael Weber)





dern eher an Stadtquartieren mit kleinteiliger Eigentümerstruktur orientiert wäre sinnvoll. Dazu erfordert es allerdings einen maximalen Kontakt zum öffentlichen Raum, aber auch zur umgebenen Stadt. Somit gilt es die Qualitäten des öffentlichen Raumes ebenfalls zu revitalisieren. Es wäre mit Sicherheit eine Bereicherung des Komplexes, den aufgrund des hohen Pflegeaufwands in den 1990er Jahren zugeschütteten Bachlauf sowie die zugehörigen Brunnen- und Wasserspiele zu reaktivieren und so eine neue Aufenthaltsqualität zu generieren.



Ansicht Königsplatz, 26. Januar 1985

(Quelle: Stadt- und Kreisarchiv Paderborn, Foto: Michael Weber)

170
Seit 2015 wird im Zuge der Sanierung der Königsplätze der Entwurf des zweiten Preisträgers, dem Hamburger Büro Breimann + Bruun Landschaftsarchitekten, umgesetzt. Die Planung unterliegt dem Leitgedanken, die Königsstraße stadt- und straßenräumlich wiederherzustellen, wozu ein Teil der Plattform über der Königsstraße zurückgebaut wird. Auch die Rampe innerhalb der Torsituation zwischen den beiden Kaufhäusern soll durch ein Aufzugs- und Treppenbauwerk ersetzt werden. So soll dem Quartier im Stadtgefüge und als Einkaufsstraße eine neue Bedeutung zukommen. Neue Materialien wie Messing, Holz, Stahl und Granit innerhalb der öffentlichen Bereiche sollen dem Ensemble ein neues Gesicht verleihen.

Literatur und Quellen

- BRINKMANN 2012.** Ulrich Brinkmann: Paderborn Königsplatz. In: Bauwelt 1-2/2012.
- FRÖBE 2014.** Turit Fröbe (Hg.): Stadtdenker. Ein Spielraum für urbane Entdeckungen, Berlin 2014.
- HARTMANN 2015.** Karin Hartmann: Interview mit Ulrich Brinkmann zu Stadtentwicklung und Architektur in Paderborn. In: Baukultur Paderborn vom 10. September 2015.
- HARTMANN 2016.** Karin Hartmann: Schon schön. In: moderne regional, Ausgabe 16/1, 2016.
- KÖNIGSPLÄTZE 2016.** Standortgemeinschaft Königsplätze Paderborn e.V.: Die Historie. Die Königsplätze im Wandel der Zeit, 2016. <http://koenigsplaetze-paderborn.de/historie>.
- NWZ 08.12.1981.** N. N.: „Bächle“ wird an der Marienstraße Fußgänger von Autos abschirmen. In: Neue Westfälische Zeitung vom 8.12.1981.
- NWZ 06.04.2011.** N. N.: Mehr Atmosphäre für den Königsplatz. In: Neue Westfälische Zeitung vom 06.04.2011.
- NWZ 17.10.2013.** N. N.: Der Königsplatz wird schnittiger. In: Neue Westfälische Zeitung vom 17.10.2013.
- PADERSTADT 2016.** Revitalisierung der Königsplätze gestartet. In: paderstadt.org vom 11. Februar 2016. <http://www.paderstadt.org/revitalisierung-der-koenigsplaetze-gestartet-201/>.
- RADIO HOCHSTIFT 2009.** Beton-Königsplatz bleibt. Beitrag vom 24.03.2009. <https://www.radiohochstift.de/nachrichten/archiv-lokales/.../beton-koenigsplatz-bleibt.html>.
- RADIO HOCHSTIFT 2011.** Paderborner Königsplatz soll schöner werden. Beitrag vom 28.01.2011. <https://www.radiohochstift.de/nachrichten/paderborn-hoexter/detailansicht/paderborner-koenigsplatz-soll-schoener-werden.html>.
- WVB 2011.** N. N.: Schaufenster statt Omnibusse. In: Westfälisches Volksblatt vom 18. Februar 2011.
- WVB 1980.** Antonius Voss: Innenstadtsanierung – Ein Betonmeer mitten im Zentrum. In: Westfälisches Volksblatt vom 25.04.1980.

Mit den Riesen auf Augenhöhe – Ein neuer Blick auf Großstrukturen der 1960er und 1970er Jahre



172

„Sophiechen und der Riese“

– oder wie aus schlechten Riesen gute Riesen werden

„Riesen in der Stadt“, so lautet der Titel dieser Fachtagung, und selten hat ein Titel meine Fantasie mehr angeregt als dieser. Denn dieser Titel schlägt eine Brücke zwischen Architektur und Literatur und vermag Bilder freizusetzen, die uns allen aus Märchen, Sagen und Kinderbüchern bekannt sind.

In den alten Sagen und Märchen werden Riesen als archaische Wesenheiten dargestellt, grob, ungeschlacht und dumm. Wesen von übermenschlicher Größe und Kraft, aber von geringem intellektuellem und moralischem Niveau. Diese Riesen verkörpern eine dunkle und urtümliche Macht, die im Gegensatz steht zum kultivierten und sozialisierten Menschen. In der griechischen Mythologie sind das die Titanen, die Vorgänger der olympischen Götter. Und auch in modernen Märchen findet man diese archaischen Riesen, wie zum Beispiel die Trolle oder Orks, die in J.R.R. Tolkiens *Herr der Ringe* ihr Unwesen treiben. Der Mensch muss sie fürchten oder bekämpfen, oder er kann sie – wie das tapfere Schneiderlein aus dem gleichnamigen Märchen der Gebrüder Grimm – an der Nase herumführen.

Sich mit den Riesen verständigen oder gar mit ihnen anfreunden kann er nicht.

Anders verhält es sich mit den Riesen, die man in der jüngeren Kinderliteratur findet. Hier sind Riesen nur auf den ersten Blick bedrohlich, entpuppen sich dann aber als durchaus liebenswerte und manchmal auch bedauernswerte Kreaturen, die sich eigentlich nach Zuneigung und Geselligkeit sehnen, die ihnen aber aufgrund ihrer beängstigenden Größe versagt bleibt. Wer kennt sie nicht? Zum Beispiel den Scheinriesen *Herr Tur Tur* aus Michael Endes Kinderbuch *Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer*. Nur auf Distanz wirkt er riesenhaft und bedrohlich, aber je mehr man sich ihm annähert, umso kleiner und liebenswürdiger erscheint er.⁰¹ Oder den *selbstsüchtigen Riesen* aus Oscar Wildes gleichnamiger Erzählung, der sich zunächst herzlos gegenüber den Kindern zeigt, bis ihn ein kleiner Junge so sehr anrührt, dass er seinen Garten öffnet und mit den Kindern spielt. Oder der *Gurie* aus Roald Dahls Kinderbuch *Sophiechen und der Riese*. Nach anfänglicher Angst stellt das kleine Mädchen Sophie schnell fest, dass dieser Riese gar nicht böse sondern gut ist. Sie freunden sich an und Sophiechen (von Sophia = die Weisheit) beginnt den *Gurie* (Gurie = Guter Riese) zu kultivieren. Sie bringt ihm Lesen und Schreiben bei und ihr gelingt es sogar, sein moralisches Empfinden zu wecken, um mit ihm gegen die bösen Riesen vorzugehen.

Mit der Erkenntnis aus diesem Kinderbuch habe ich meinen Beitrag zur Fachtagung „Riesen in der Stadt“ geschrieben: Was wäre, wenn wir uns gegenüber den gebauten Riesen ebenso verhielten, wie es Sophiechen mit dem *Gurie getan* hat? Wenn wir uns die Reisen zu Freunden machen und mit ihnen für das Gute eintreten?

⁰¹ Dem Buch *Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer* können wir auch entnehmen, dass eine riesenhafte Erscheinung nicht ausschließlich beängstigende Wirkung auf Menschen haben muss, sondern auch zum Wohle der Menschen wirken kann. Denn auf Anraten von *Jim Knopf* verdingt sich *Herr Tur Tur* als Leuchtturm und verwendet seine riesenhafte Gestalt fortan, um Menschen Orientierung zu geben.

Zerstörung

Man muss keine repräsentative Befragung durchführen um feststellen zu können, dass die Architektur der Nachkriegszeit⁰² und ganz besonders die architektonischen Großstrukturen aus dieser Zeit ein denkbar schlechtes Ansehen in der Öffentlichkeit haben. Vermutlich sind es genau diese Gebäude, auf die das Schimpfwort „Betonklotz“ zurückzuführen ist, das seither ein fester Bestandteil unseres Wortschatzes ist.



Rolf Keller: Bauen als Umweltzerstörung (1973)
(Foto: Tim Rieniets)

Am einfachsten lässt sich das schlechte Image der Nachkriegsmoderne damit erklären, dass Bauwerke schon immer einen besonders schweren Stand im öffentlichen Ansehen hatten, wenn sie aus der jüngeren Geschichte stammten und gerade vom Zeitgeist überholt waren. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass das, was die Väter gebaut haben von ihren Kindern und Enkelkindern abgelehnt wurde.

Dieser Erfahrungswert gilt sicherlich auch für das bauliche Erbe der Nachkriegszeit. Aber das negative Ansehen dieser Architektur alleine mit einem Generationenkonflikt zu erklären, will nicht überzeugen. Denn es war nicht erst die Generation der Kinder und Enkel, die sich kritisch gegenüber

⁰² Wenn in diesem Text von der Architektur der Nachkriegszeit bzw. der Nachkriegsmoderne die Rede ist, dann ist damit nicht die Architektur des unmittelbar nach Kriegsende folgenden Wiederaufbau gemeint, die unter den Voraussetzungen der Mangelwirtschaft entstanden ist, sondern die Architektur die während der Wirtschaftswunderzeit, also von Mitte der 1950er Jahre bis Mitte der 1970er Jahre entstanden ist.

der Nachkriegsmoderne geäußert hat. Schon viele Zeitgenossen haben diese Architektur stark kritisiert und mit ihrer scharfen Polemik das Fundament für ihren schlechten Ruf gelegt. Einige Schlagworte ihrer Kritik sind uns bis heute geläufig. Von architektonischer Umweltzerstörung war da die Rede (Keller 1973), von der Unwirtlichkeit der Städte (Mitscherlich 1965), ja sogar von Unmenschlichkeit (Kükelhaus 1988) und von Mord (Siedler/Niggemeyer 1978).

Es ist also nicht nur der Kreislauf des Zeitgeistes, der die Nachkriegsarchitektur heute ablehnt um sie ein paar Jahre später wieder zu feiern. Das schlechte Ansehen der Nachkriegsmoderne hat noch einen anderen Grund und der liegt in der besonderen Entstehungsgeschichte dieser Architektur, die aufs Engste mit den schmerzhaften, baukulturellen Verlusterfahrungen der Nachkriegszeit verknüpft ist. Verlusterfahrungen, die zum einen auf die Kriegszerstörungen zurückzu-



Sprengung des Hochhaus-Komplexes „Goliath“ in Marl (2006).
(Foto: Stefan Korte / Wikimedia Commons)

führen sind, zum anderen aber auch auf den daran anschließenden Wiederaufbau, dem vielerorts historische Baubestände in erheblichem Umfang geopfert wurden.⁰³ Auch wenn viele Bauwerke der Nachkriegszeit in dem festen Glauben errichtet wurden, ihren Bewohnern eine neue, eine bessere Zukunft bieten zu können, haften ihnen doch bis heute die Zerstörung der alten Stadt an.

⁰³ Anfang der 1970er Jahre wurden jährlich bis zu 13.000 Wohngebäude zerstört. Heute sind es knapp 5.000

Erst vor diesem historischen Hintergrund erhält die Kritik, die damals wie heute an den Bauwerken der Nachkriegsmoderne geübt wird („zu eintönig“, „zu groß“ und „zu wenig integriert“) ihren vollen Sinn. Die Kritik bezieht sich nicht nur auf die Gebäude an sich, sondern auch auf das, was zerstört wurde: die kleinteilige Stadt des 19. Jahrhunderts. Doch diese pauschalisierte Kritik trifft nicht immer den Schuldigen. Denn es war nicht die Architektur der 1960er und 1970er Jahre, die den Abriss historischer Bausubstanz zu verantworten hat, sondern die verantwortlichen Planer und Investoren. Die Architektur der 1960er und 1970er Jahre neigte auch nicht von sich aus zu Größe und Gleichförmigkeit. Zahllose Bauwerke dieser Zeit beweisen, dass die Architektur der Nachkriegsmoderne auch kleinteilig, integriert und von hoher gestalterischer Qualität sein konnte.

Aber die Vorbehalte gegen die Nachkriegsmoderne und insbesondere gegen die Großprojekte dieser Zeit sitzen tief. Vielen erscheinen diese Gebäude als Fehltritt der Architekturgeschichte, die keinerlei Anspruch auf Erhalt hat. Und so regt sich auch selten Widerspruch, wenn es zum Abriss von Kaufhäusern, Kirchen, Schulen oder Bürohäusern dieser Baualtersklasse kommt. Manchmal wird der Abriss sogar als späte Genugtuung empfunden und vom Beifall Schaulustiger begleitet.

Erhalt

Auch der staatliche Denkmalschutz polemisierte in den 1960er und 70er Jahren energisch gegen den Bauboom der Zeit und die damit verbundene Zerstörung historischer Architekturen und Stadtstrukturen. Besonders deutlich tat er das während des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975, als er das Thema in Publikationen und Kampagnen aufgriff („Haus für Haus stirbt Dein Zuhause“). Heute, rund 50 Jahre später, hat die Nachkriegsmoderne selbst ein denkmalwürdiges Alter erreicht. Und der staatliche Denkmalschutz steht vor der Aufgabe, sich mit der Denkmalwürdigkeit eben dieser baulichen Zeugnisse befassen zu müssen, die er zu ihrer Entstehungszeit selbst kritisiert hatte.

An den rechtlichen Voraussetzungen soll diese Aufgabe nicht scheitern, denn das Denkmal-



Unter Denkmalschutz: Der Lange Eugen (Egon Eiermann, 1966 – 1969) als architektonische Interpretation der jungen Bonner Demokratie.
(Foto: Eckhard Henkel / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0 DE)

schutzgesetz knüpft die Unterschutzstellung eines Bauwerkes nicht an sein Alter, sondern daran, dass es „bedeutend für die Geschichte des Menschen, für Städte und Siedlungen oder für die Entwicklung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse“ ist. Diesen Tatbestand können Bauwerke aus der Nachkriegszeit allemal erfüllen, schließlich handelt es sich bei ihnen um Zeugnisse einer für Deutschland überaus bedeutenden Epoche. Wirtschaftswachstum, Fortschrittswille und der unbedingte Glaube an die Möglichkeiten von Technik und Planung – das macht die Architektur der Nachkriegszeit historisch einmalig. Trotzdem tun sich viele mit dem Gedanken schwer, dass solche Gebäude in den Rang von Baudenkmalern aufsteigen können.

Wir brauchen also keinen neuen Denkmalbegriff, um die baulichen Zeugnisse der Nachkriegszeit in angemessener Weise zu würdigen, aber wir müssen lernen, diesen Denkmalbegriff konsequent auch auf diese Bauwerke anzuwenden. Damit alleine ist es aber noch nicht getan, denn die Nachkriegsmoderne stellt den staatlichen Denkmalschutz noch vor ganz andere Herausforderungen. Da sind zum einen die architektonischen und baukonstruktiven Besonderheiten, mit denen sich vor allem die praktische Denkmalpflege vertraut machen muss, um den Erhalt dieser Bauwerke sicherstellen zu können. Und zum anderen ist da der schiere Umfang dieses Bestandes, der zahlenmäßig alles übersteigt, was der Denkmalschutz bisher zu bewältigen hatte. Bei Bauwerken älteren Datums genügte häufig ihr Seltenheitswert um das Interesse der Denkmalpflege und das Wohlwollen der Öffentlichkeit zu wecken. Nicht so bei den Bauwerken aus der Nachkriegszeit. Etwa 38% des heutigen Gebäudebestandes⁰⁴ in Deutschland stammen aus den Jahren 1949 bis 1979. Gebäude, die vor 1949 errichtet wurden machen lediglich 26% des gesamten Gebäudebestandes aus.

Die Erfassung und Bewertung des Nachkriegsbestandes wird viel Zeit kosten, aber am Ende wird nur ein Bruchteil seiner Bauwerke in den Rang eines Baudenkmals aufsteigen. Da stellt sich unweigerlich die Frage, was mit dem großen Rest passieren soll. Für viele Fachleute lautet die Antwort erwartungsgemäß „Abriss und Neubau“. Auf diese Weise könnte man die Nachfrage auf dem Immobilienmarkt besser bedienen und obendrein den Anteil an barrierefreiem und energieeffizientem Wohnraum erhöhen.⁰⁵ Bemerkenswert daran ist, dass dafür die gleichen Argumente in Stellung gebracht werden, die man auch schon in der Nachkriegszeit bemühte, als man Wohnungsbestände aus der Vorkriegszeit in großem Stile beseitigte: Die Gebäude sind technisch veraltet, die Grundrisse unzeitgemäß und die Bäder zu klein.

Besonders delikater ist aber das Argument der ökologischen Nachhaltigkeit. Richtig ist, dass Neubauten nach heutigem Standard weniger Heiz-

energie benötigen und darum weniger CO₂ verursachen als vergleichbare Gebäude aus der Nachkriegszeit. Aber bevor dieses Einsparpotenzial realisiert werden kann, muss zunächst viel Energie für den Abriss und den Neubau aufgewendet werden. Mit anderen Worten: Der sparsamere Neubau muss erst etliche Jahre in Betrieb gewesen sein, um die Energie zu kompensieren, die vorher für Abriss und Neubau verbraucht wurde.⁰⁶ Ganz zu schweigen von den großen Mengen nicht erneuerbarer Rohstoffe, die für den Neubau verbraucht werden.⁰⁷ Darum kann der Erhalt und die Ertüchtigung eines Bestandgebäudes zu einer besseren, energetischen Gesamtbilanz führen, als der Bau eines neuen Gebäudes. Würde man diese Erkenntnis ernst nehmen, entstünde eine Überschneidung denkmalpflegerischer und umweltpolitischer Interessen: Sie beide haben den Erhalt alter Bausubstanz zum Ziel, allerdings mit grundsätzlich verschiedenen Folgen: Aus denkmalpflegerischer Sicht sollte ein Gebäude möglichst wenig verändert werden, um möglichst viel von seinem Originalzustand zu bewahren. Aus ökologischer Sicht kann ein Gebäude durchaus baulich angepasst werden, damit die Energie und die Baustoffe, die in ihm gebunden sind, möglichst effektiv weitergenutzt werden können.

Aus dieser Gegenüberstellung lässt sich ableiten, dass diejenigen Bauwerke, die nicht als Baudenkmal erhalten werden können, zumindest aus Gründen der ökologischen Nachhaltigkeit erhalten werden sollten.⁰⁸ Dabei könnte die Denkmalpflege durchaus Schützenhilfe leisten, wenn sie sich nicht darauf beschränken würde den Denkmalwert einiger weniger Bauwerke festzustellen, sondern wenn sie auch den Erhalt anderer Bauwerke empfehlen würde, die nicht denkmalwürdig sind.⁰⁹

04 Gebäude mit Wohnraum. S. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013.

05 Die kürzlich erschienene Studie „Bestandsersatz 2.0“ empfiehlt den Bestandsersatz von zwei Dritteln des Nachkriegsbestandes. S. Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V., Kiel 2016.

06 Es wird davon ausgegangen, dass die graue Energie, die für Abriss und Neubau aufgewendet wird etwa 20 Jahren Betriebszeit des Neubaus entspricht.

07 Mit einem Verbrauch von ca. 600 Millionen Tonnen Baustoffen pro Jahr ist die deutsche Bauwirtschaft der mit Abstand der ressourcenintensivsten Wirtschaftszweig.

08 Vgl. Bund Deutscher Architekten, 2015

09 Im Nordrheinwestfälischen Denkmalschutzgesetz ist dafür der Begriff der „erhaltenswerten Bausubstanz“ vorgesehen. Jedoch wird diese Kategorie nicht näher definiert und findet in der praktischen Denkmalpflege wenig Beachtung.



Teilrückbau der Dornbuschkirche in Frankfurt am Main (Ernst Görcke und Ludwig Müller, 1962). Die räumlichen Merkmale des zurückgebauten Hauptschiffes wurden in der Freiflächengestaltung und im Fassadenrelief des erhalten gebliebenen Altarraums sichtbar gemacht (Meixner Schlüter Wendt, 2003–2005).
(Foto: Gaki64 / Wikimedia Commons)



Auf dem Tragwerk eines ehemaligen Horten-Kaufhauses in Neuss (Hentrich Petschnigg & Partner, 1961/62) wurde ein modernes Theater sowie Gastronomie und Funktionen der städtischen Verwaltung aufgebaut (Ingenhoven & Ingenhoven, 1999/00).
(Foto: Cristóbal Márquez)

Umbaukultur

Mit diesem großen Bestand an nicht denkmalwerten aber erhaltenswerten Gebäuden sinnvoll umzugehen heißt in der Praxis nichts anderes, als ihn intensiv und innovativ umzubauen.¹⁰ Das wäre nicht nur ökologisch sinnvoll,¹¹ sondern birgt auch architektonisches Potenzial. Projekte wie das Neue Museum in Berlin oder die Tate Modern in London haben längst bewiesen, dass der Umbau ebenso spektakuläre und hochwertige Architekturen hervorbringen kann wie der Neubau. Nicht zu vergessen die zahlreichen Umnutzungen historischer Industriebauwerke im Ruhrgebiet während der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park.

Diese Leuchtturmprojekte sind kaum mit dem zu vergleichen, was uns mit Blick auf die Nachkriegsmoderne erwartet. Wurden die oben genannten Projekte mit großem finanziellen Aufwand, starkem politischem Willen und öffentlicher Anteilnahme umgesetzt, finden wir bei der Nachkriegsmoderne andere Voraussetzungen. Hier wird es in erster Linie darum gehen, ganz alltägliche Bauwerke für die Zukunft zu ertüchtigen – alte Wohnungsbestände, leerstehende Handelsimmobilien, Büro- und Verwaltungsgebäude. Welche Potenziale in diesen Gebäuden stecken

und wie sich das öffentliche Interesse dafür wecken lässt, ist bisher kaum erprobt. Aber gerade an dieser Stelle können wir doch etwas von den Leuchtturmprojekten der IBA Emscher Park lernen: Sie hat nämlich bewiesen, wie man Architekturen, die von weiten Teilen der Öffentlichkeit und der Fachwelt ignoriert werden, durch kluge Nutzungskonzepte und Umbaumaßnahmen ein neues Leben verleihen kann, ja, dass man sie sogar zu einem baukulturellen Mehrwert für eine ganze Region machen kann. Wer hätte sich in den 1980er Jahren vorstellen können, dass ausgediente Zechen zu beliebten Destinationen für Freizeit und Tourismus werden würden? Und wer kann heute ausschließen, dass Ähnliches nicht auch mit Bauwerken der Nachkriegsmoderne möglich ist?

177



Umbau des denkmalgeschützten Gebäudes der ehemaligen West LB in Dortmund (Harald Deilmann, 1975 bis 1978) wurde in ein Ärzte- und Gesundheitszentrum umgewandelt (Eller & Eller, 2011–2014).
(Foto: Lucas Kaufmann / Wikimedia Commons)

¹⁰ Vgl. Rieniets, 2014.

¹¹ Laut einer Studie des Umweltbundesamtes könnte auf diese Weise die jährliche Inanspruchnahme von Rohstoffen um 30 Prozent und von Bauland sogar um über 80 Prozent gesenkt werden. Energetische Einsparungen entstehen durch den Verzicht auf Abriss und Neubau.

Gerade die Nachkriegsmoderne eröffnet interessante Möglichkeiten für die bauliche Anpassung. Denn die Idee des Weiterbaus lag vielen Entwürfen dieser Zeit zugrunde – ob in der konstruktiven Struktur einzelner Bauwerke oder in der städtebaulichen Struktur ganzer Siedlungen. Die Möglichkeit des Hinzufügens oder Entfernens einzelner Elemente ist in die architektonische bzw. städtebauliche Struktur vieler Projekte eingeschrieben, wurde aber nur selten genutzt. Warum sollte man diese Option nicht nutzen, wenn sie bereits angelegt ist und dem Erhalt eines Bauwerkes und seiner architektonischen Idee dient?

Und selbst dann, wenn das Weiterbauen nicht in der konstruktiven Struktur eines Bauwerkes angelegt ist und wenn es begründete Hinweise auf bautechnische Mängel vorliegen, die den denkmalgerechten Erhalt eines Bauwerkes in unerreichbare Ferne rücken lassen, ist der Abriss nicht die einzige verbleibende Option. Teilrückbau oder Entkernung eines Bauwerkes können nicht nur wirtschaftlich und ökologisch sondern auch architektonisch eine sinnvolle Alternativen sein.

Gute Beispiele für den Umbau von Beständen aus der Nachkriegszeit gibt es inzwischen genug. Aber unsere Baukultur wird nach wie vor von der Idee dominiert, dass das Neue besser sei als das Alte – zumindest wenn es um Bauwerke der Nachkriegszeit geht. Darum wird es noch einige Zeit dauern, bis sich an den Universitäten, in den Planungsbüros, bei den Bauherren und beim Gesetzgeber die Erkenntnis breit macht, dass sich der Erhalt und der Umbau solcher Gebäude lohnen kann.

Bis dahin werden noch etliche Bauwerke der Nachkriegsmoderne zerstört werden, entweder ohne öffentliche Anteilnahme oder unter dem Beifall von Schaulustigen. Doch Gleiches mit Gleichem zu vergelten und die Architektur der Nachkriegszeit in großem Stile zu beseitigen ist keine zeitgemäße Lösung. Wir müssen lernen, mit diesem baulichen Erbe umzugehen und sollten die Chance nutzen, eine ungeliebte Architektur in positiver Weise umzudeuten und sich mit ihr zu versöhnen, anstatt sie vorschnell aus unseren Städten und unserem historischen Gedächtnis verschwinden zu lassen. Besonders die ungeliebten architektonischen Großstrukturen dieser Zeit könnten zum Symbol für eine nachhaltige Archi-

tektur werden – indem wir sie nicht beseitigen sondern ihnen eine zweite Chance geben. Um das zu tun, müssen wir nicht nur die Riesen verändern, sondern auch uns selbst – ganz so, wie es Sophiechen getan hat. Sie stellt nämlich zu ihrem Erstaunen fest, dass wir die Riesen zu Unrecht fürchten und dass es der Gurie gut meint mit den Menschen. In seiner Höhle sammelt er nämlich Träume, die er in Einmachgläsern aufbewahrt. Des Nachts, wenn die Menschen schlafen, zieht er durch die Straßen und pustet die Träume in ihre Häuser. Vielleicht hält auch der eine oder andere städtische Riese einen Traum für uns bereit.

Literatur und Quellen

- BDA 2015.** Bund Deutscher Architekten, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.: Bestand braucht Haltung (Entwurf), Düsseldorf 2015.
- BESTE 2014.** Jörg Beste: Kirchen geben Raum. Empfehlungen zur Neunutzung von Kirchengebäuden, Gelsenkirchen 2014.
- BUNDESAMT 2013.** Statistisches Bundesamt: Zensus 2011. Gebäude und Wohnungen, Wiesbaden 2013.
- DAHL 1990.** Roald Dahl: Sophiechen und der Riese, Reinbek 1990.
- Junker/Pöppelmann/Pump-Uhlmann 2015. Rolf Junker, Nicole Pöppelmann, Holger Pump-Uhlmann: Neueröffnung nach Umbau. Konzepte zum Umbau von Warenhäusern und Einkaufszentren, Gelsenkirchen 2015.
- KELLER 1973.** Rolf Keller: Bauen als Umweltzerstörung. Alarmbild einer Un-Architektur der Gegenwart, Zürich 1973.
- KÜKELHAUS 1988.** Hugo Kükelhaus: Unmenschliche Architektur. Von der Tierfabrik zur Lernanstalt, Köln 1988.
- MITSCHERLICH 1965.** Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1965.
- PETZET/HEILMEYER 2012.** Muck Petzet, Florian Heilmeyer: Reduce, Reuse, Recycle: Ressource Architektur, Ostfildern-Ruit 2012.
- RIENITS 2014.** Tim Rienits: Umbauen? Das lohnt nicht! In StadtBauKultur NRW: Ostwall 7 Dortmund, Gelsenkirchen 2014.
- SIEDLER/NIGGEMEYER 1978.** Wolf Jobst Siedler, Elisabeth Niggemeyer: Die gemordete Stadt: Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum, München/Berlin 1978.
- WALBERG/GNIECHNITZ 2016.** Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. (Hg.); bearbeitet von Dieter Walberg, Tilo Gniechowitz: Bestandsersatz 2.0. Potenziale und Chancen, Kiel 2016.

Dank

Wir bedanken uns herzlich bei allen Unterstützern, besonders bei der Initiative StadtBauKultur NRW für die finanzielle Unterstützung des Projektes. Weiterer Dank gilt Sonja Hnilica und Tim Rienits für ihre Beiträge in dieser Publikation. Außerdem bedanken wir uns bei den örtlichen Stadtarchiven und Stadtverwaltungen für die hilfreiche Unterstützung bei den Recherchen und das Bereitstellen von Materialien für diese Studie.

Akteure aus Wissenschaft und Praxis haben sich 2010 zur Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege mit Sitz an der TU Dortmund zusammengeschlossen. Die Fachgruppe beschäftigt sich mit dem „Gedächtnis“ der Stadt, dem Stellenwert der historischen Bausubstanz für die Identität der Stadt und der Rolle der historischen Bausubstanz im Rahmen einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

Die Fachgruppe will mit ihren Aktivitäten eine Brücke zwischen Lehre, Forschung und Planungspraxis in den Kommunen schlagen und damit das Bewusstsein im Umgang mit dem baulichen Erbe unserer Städte stärken. Der Fokus der Fachgruppe liegt weniger auf der Auseinandersetzung mit dem einzelnen Objekt als vielmehr auf einer interdisziplinären Betrachtung des historischen Kontextes, die architektonische Gesichtspunkte mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten verknüpft.

Neben der Durchführung von Jahrestagungen zu Themenfeldern der städtebaulichen Denkmalpflege in Dortmund gibt die Fachgruppe die Publikationsreihe „Beiträge zur Städtebaulichen Denkmalpflege“ heraus. Zudem bringen sich die Mitglieder in aktuelle Debatten ein, erarbeiten Studien, führen Forschungsprojekte durch und beteiligen sich an Lehrveranstaltungen in unterschiedlichen Hochschulen in NRW.

Eine Übersicht über die Aktivitäten der Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege sowie deren Mitglieder findet sich auf der Internetseite www.staedtebau-denkmalpflege.de

Autorinnen und Autoren

Dr. Alexandra Apfelbaum M.A. AA

Studium der Kunstgeschichte, Ruhr-Universität Bochum. Seit 2009 freiberufliche Architektur- und Kunsthistorikerin im Büro Apfelbaum. Architektur – Städtebau – Kunst – Denkmalpflege. Seit 2017 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und seit 2011 Lehrbeauftragte im Fachgebiet Baugeschichte am Fb Architektur, FH Dortmund. 2014-2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl GTA, TU Dortmund. 2014 Promotion an der Fakultät Architektur und Bauingenieurwesen, TU Dortmund. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Architektur, Denkmalpflege und Städtebau der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Kunst am Bau/im Öffentlichen Raum. Mitgliedschaft u.a. im Deutschen Werkbund NRW und der Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege. Verschiedene Publikationen und Ausstellungskonzeptionen, insbesondere zur Nachkriegsarchitektur.

Dr. Gudrun Escher GE

Studium der Kunstgeschichte, Archäologie, Philosophie und Germanistik, Promotion 1977, Thema Fliegen und Flugzeug. Wissenschaftliche Tätigkeit, Architekturkritik. Publizistische Begleitung der IBA Emscherpark 1995-1998. Journalistische Arbeit im Spannungsfeld zwischen Baukunst und Immobilienwirtschaft, Ökonomie und Ökologie. Denkmalwertgutachten. Gründungsmitglied der Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege, Mitglied u.a. im Immobilienpresseclub und im Deutschen Werkbund.

Lebt und arbeitet als freie Autorin in Xanten.

Dr. Dipl.-Ing. Sonja Hnilica

Studium der Architektur an der TU Wien und Promotion ebendort zu Stadtmetaphern bei Camillo Sitte. Seit 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Dortmund. Lehrtätigkeit an Universitäten in In- und Ausland, zahlreiche Publikationen und Ausstellungen zur Geschichte und Theorie der Architektur des 19. bis 21. Jahrhunderts. 2017 Abschluss des Forschungsprojektes am GTA an der TU Dortmund zur Ideengeschichte und gebauten Realität von Großstrukturen der Nachkriegsmoderne als Teil eines vom BMBF geförderten Verbundprojektes „Welche Denkmale welcher Moderne? Erfassen, Bewerten und Kommunizieren des baulichen Erbes der 2. Hälfte des 20. Jahrhundert“ in Zusammenarbeit mit der Bauhaus-Universität Weimar. Hier auch Ausstellung „BIG HERITAGE. Welche Denkmale welcher Moderne?“ vom 11.9. bis 3.10.2016 in Halle-Neustadt und vom 10.10. bis 4.12.2016 in Marl. Die Ergebnisse des Projekts münden in Monographie „Der Glaube an das Große in der Architektur der Moderne“ 2017 bei Park Books, Zürich.

Ben Kuhlmann

Studium Kommunikationsdesign mit Schwerpunkt Fotografie, FH Würzburg; Masterstudium Fotografie, FH Dortmund; Seit 2012 Selbstständiger Fotograf für verschiedene Zeitungen und Magazine sowie in verschiedenen Projekten; Seit April 2016 Volontär als Bildredakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; Ausstellungen u.a. „Zwischen Kommen und Gehen“ (Würzburg 2011), „Kultours“ (Würzburg 2013), „Stadt am Rand“ (München 2013/14); 2014 Anerkennung Fotografiepreis der Bundesstiftung Baukultur mit „Fremdverkehr“.

Tim Rieniets

Studium der Architektur. Tätigkeiten in verschiedenen Büros sowie berufliche Aktivitäten der Erforschung und Diskussion aktueller Tendenzen in Architektur und Stadtentwicklung als Stadtforscher, Publizist und Kurator. Gastprofessuren an der TU München und Dozent an der ETH Zürich an der Professur Kees Christiaanse. Seit 2013 Geschäftsführer von StadtBauKultur NRW. Beteiligung an verschiedenen Forschungsprojekten (u. a. zu schrumpfenden Städten, Kreativwirtschaft, Segregation) und Gründung des Lehrprojekts „Urban Research Studio“ an der ETH Zürich. Herausgeber verschiedener Publikationen und Kurator von Ausstellungen und Kulturprojekten.

Yasemin Utku YU

Studium der Architektur und der Raumplanung. 2001 Gründung des Büros sds_utku Städtebau Denkmalpflege Stadtforschung in Dortmund. 2003-2009 wissenschaftliche Angestellte am Institut für Raumplanung (IRPUD) an der TU Dortmund. Lehraufträge an div. Hochschulen in NRW. 2011-2013 Prof. i.V. für Städtebau an der FH Dortmund (Fachbereich Architektur). Seit 2014 am Fachgebiet Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung an der TU Dortmund. Mitgliedschaften u.a. in der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung sowie Gründungsmitglied der Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege. Diverse Veröffentlichungen, insbesondere zur Städtebau- und Planungsgeschichte sowie zum Ruhrgebiet.

Impressum

Titelbilder	Ben Kuhlmann 2016
Herausgeber	Alexandra Apfelbaum Gudrun Escher Yasemin Utku (Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege) Gefördert durch die Landesinitiative StadtBauKultur NRW
Redaktion	Alexandra Apfelbaum
Verfasserinnen Studie	Alexandra Apfelbaum (AA) Gudrun Escher (GE) Yasemin Utku (YU)
Verfasser/in externe Beiträge	Sonja Hnilica Tim Rieniets Der Text von Tim Rieniets sowie ein weiterer Beitrag von Sonja Hnilica sind im Tagungsband „Im großen Maßstab – Riesen in der Stadt“, Beiträge zur Städtebaulichen Denkmalpflege, Bd. 7 veröffentlicht, der 2017 im Klartext Verlag erscheint.
Fotos	Ben Kuhlmann 2016
Schwarzpläne	Darstellung nach OpenStreetMap-Mitwirkende 2017, erstellt von Elisa Mütherig
Layout	BüroBayer — www.buerobayer.de
Auflage	200

184

Die Studie „Mit den Riesen auf Augenhöhe“ porträtiert zehn Großbauten der 1960er und 1970er Jahre in ihrem städtebaulichen Kontext in Nordrhein-Westfalen. Gemeinsam ist den „Riesen“ in Aachen, Essen, Duisburg, Bochum, Dortmund, Bonn, Köln, Gronau und Paderborn, dass sie in den vergangenen Jahren in der öffentlichen Diskussion stehen und teilweise sogar vom Abriss bedroht sind. Diese Bauten mit vorwiegend öffentlicher Nutzung prägen noch heute die Stadtstruktur vieler Städte. Sie stehen für eine euphorische Phase in Stadtplanung und Bauwesen und zeigen dabei oftmals architektonische und städtebauliche Qualitäten, die bisher kaum zusammenhängend betrachtet wurden. Mit den „Riesen“ verbindet sich die zentrale Frage, wie der Anspruch auf Zukunftsfähigkeit mit der Bewahrung des konzeptionellen und gestalterischen Charakters des Baus mit Respekt vor der Ästhetik und Substanz verbunden werden kann. Dabei werden die Bauten unter folgenden Aspekten betrachtet: die angewandten architektonischen und städtebaulichen Mittel, die ursprüngliche Qualität der Planungskonzepte und ihre heutige Bedeutung für Stadtbild und Stadtentwicklung.

